Dadschai - Vorbild für die Landwirtschaft Chinas Seite 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 49 vom 6. Dezember 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Nach mehrjährigem Kampf

Sieg im Kampf für Saschas Einbürgerung

Seit dem 17. November besitzt Sascha die deutsche Staatsangehörigkeit! Der hinterlistige, heimtückische Plan, Sascha an die Folterknechte des Schah auszuliefern, ist gescheitert! Über diese Nachricht hat sich nicht nur Sascha gefreut, sondern mit ihm alle Genossen der Partei, der ROTEN GARDE, der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS und Hunderte weiterer Genossen und Freunde. Ohne diese breite Solidarität hätte Saschas Einbürgerung niemals erkämpft werden können. Deshalb ist die Freude aller Freunde und Genossen vollauf berechtigt. Denn es ist ihr Sieg.


Genosse Sascha

Sascha wird jetzt, nachdem er bald zwei Jahre in der Illegalität leben mußte, wieder offen am Kampf der Partei und der ROTEN GARDE teilnehmen. Allerdings besteht der Haftbefehl gegen Sascha weiter. Er wurde im Februar 1974 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Es ist damit zu rechnen, daß die Bourgeoisie in seinem Fall nicht abwartet, bis das Urteil nach einer Berufungsverhandlung rechtskräftig wird, um ihn einzusperren. Kämpfen wir darum für die Aufhebung des Haftbefehls, kämpfen wir um den Freispruch Saschas bei der nächsten Gerichtsverhandlung!

Die Bourgeoisie hat diesen Kampf verloren. Der geplante Schreibtischmord an Sascha wurde verhindert. Es

Fortsetzung auf Seite 8

Eine Million politische Gefangene

Die Sowjetunion - eine faschistische Diktatur

Vor kurzem hat die Organisation „amnesty international" einen Bericht über die politischen Gefangenen, die politische Unterdrückung in der Sowjetunion veröffentlicht. Die Tatsachen, die in diesem Bericht enthalten sind, bestätigen, daß die Sowjetunion von heute unter der Herrschaft einer faschistischen Diktatur von der Art Hitlers steht. Die Sowjetunion von heute ist weder „sozialistisch" noch „auf dem Weg des Kommunismus", wie Breschnew, Kossygin und ihre Nachbeter bis hin zur D„K"P behaupten. Das sind nur die Aushängeschilder, um die Völker zu betrügen. Sozialismus in Worten, Faschismus in Taten — das ist die wirkliche Natur der Herrschaft Breschnews, Kossygins und Co.

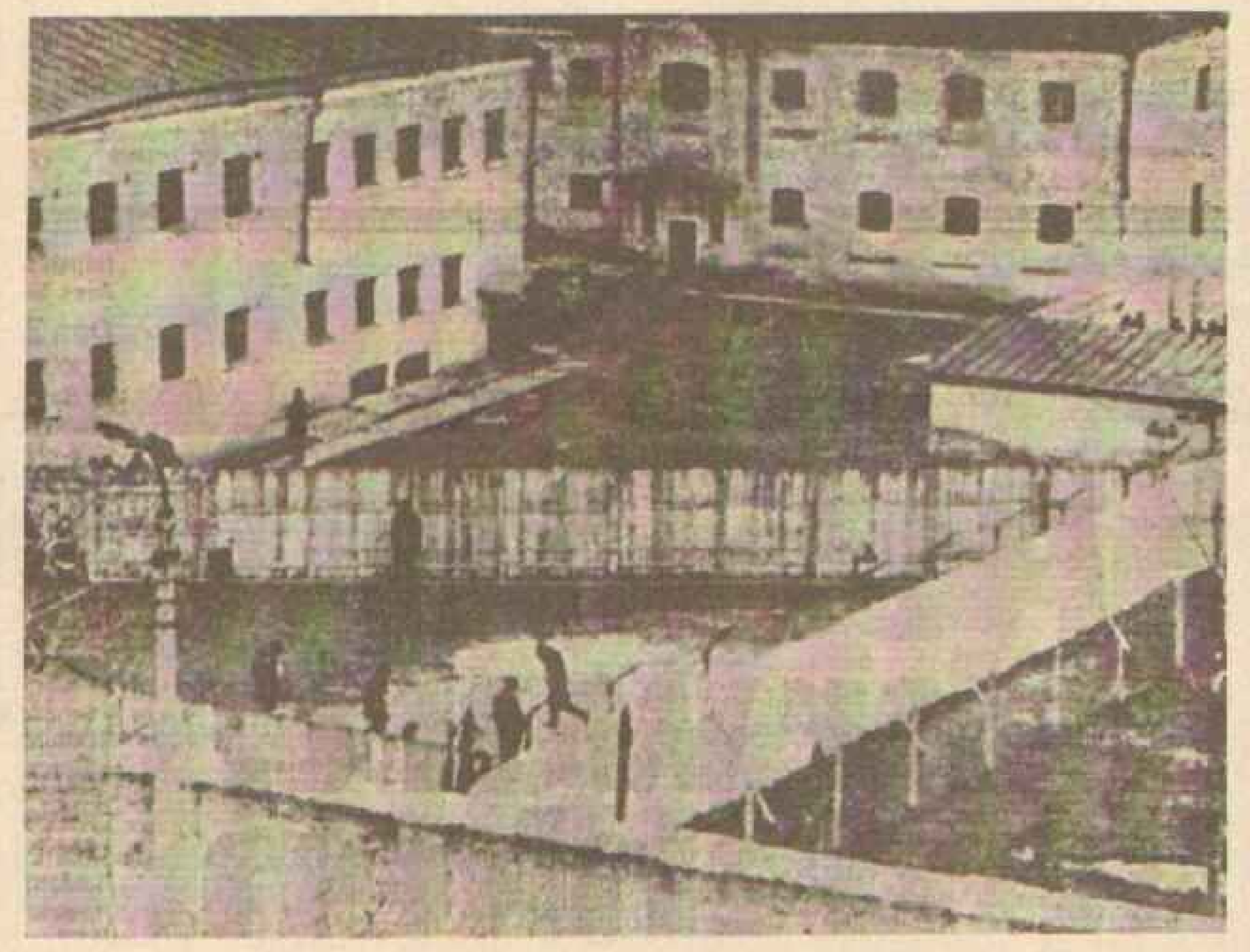
Breschnew, Kossygin und ihre revisionistischen Nachbeter wie Honecker, Mies, Bachmann usw. sind niederträchtige Heuchler. In den letzten Wochen z. B. ist kaum ein Tag vergangen, an dem die Propagandaorgane der russischen Sozialimperialisten und ihrer revisionistischen Agenturen nicht die chilenische faschistische Junta scheinheilig angeklagt haben. Als Franco in den letzten Zügen lag, nannten russische Kommentatoren Spanien das letzte faschistische Land Europas und die russische Nachrichtenagentur TASS schrieb, als im Bundesrat das Gesetz über die Berufsverbote beraten werden sollte, daß in der Bundesrepublik die „Menschenrechte massiv verletzt" werden. Natürlich, in Chile und Spanien herrschen faschistische Regimes und die westdeutschen Imperialisten treiben die Faschisierung voran.

Die russischen Sozialimperialisten aber, die hier heuchlerisch ihre Stimme erheben, sind selbst die reaktionärste faschistischste Macht in der ganzen Welt. Von der Elbe bis zum Stillen Ozean unterdrücken sie hunderte Millionen Menschen. Mauer und Stacheldraht in der DDR, Panzer und Besatzerstiefel in Polen und der Tschechoslowakei, Arbeitslager, Gefängnisse und Irrenanstalten, in die politische Gefangene gesteckt werden — das sagt mehr über die wahre Natur des sozialfaschistischen Regimes aus, als tausend noch so schöne Erklärungen.

Die Sowjetunion, das erste Land der Diktatur des Proletariats, das erste Land, in dem das Volk die Macht in die Hände nahm und den Sozialismus aufbaute, ist in die Hände einer räuberischen neuen Großbourgeoisie gefallen; die ruhmreiche Partei der Bolschewiki, die Partei Lenins und Stalins ist in die Hände von Verrätern am Kommunismus gefallen. Sie hat die Farbe gewechselt und ist zu einer faschistischen Partei geworden.

Organe der Diktatur des Proletariats wurden in Organe zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes verwandelt. Die Sowjets, die Polizei, die Armee, die Gerichte usw. dienten jetzt dazu, das Volk niederzuhalten und jeden Widerstand, jede Opposition gegen das herrschende Regime grausam zu ersticken. Auf Chruschtschow folgte Breschnew.

Breschnew baute die faschistische Diktatur noch mehr aus. Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN einen Kommentar der Nachrichtenagentur Hsinhua über den berüchtigten sowjetischen Staatssicherheitsdienst KGB, der heute die wichtigste Stütze der faschistischen Herrschaft Breschnews und seiner


In solche „psychiatrische Sonderanstalten" werden politische Gefangene eingesperrt und gefoltert. Unser Bild: eine Anstalt in Orjol zwischen Moskau und Kiew.

Als Chruschtschow die Macht ergriff, erledigte er Tausende von Kommunisten, die dem Putsch der Revisionisten Widerstand leisteten, hinterrücks, sie wurden nicht nur ihrer Funktionen enthoben, aus der Partei ausgeschlossen oder in den Ruhestand versetzt, sondern auch eingekerkert, verschleppt, in Irrenanstalten eingeliefert und viele wurden ermordet. Die Bande ist. In dem von „amnesty international" veröffentlichten Bericht wird enthüllt, daß in den vom KGB geleiteten Irrenanstalten zahlreiche politische Gefangene qualvoll gefoltert werden, damit sie ihre Opposition gegen das Regime aufgeben. Einem dieser Gefangenen wurde vom Direk-

Fortsetzung auf Seite 2

Juan Carlos setzt die faschistische Diktatur fort

'Amnestie' in Spanien - eine Farce

In der letzten Woche wurde der Hampelmann Juan Carlos, wie er im Volksmund genannt wird, zum König von Spanien erklärt. Lautstark wurde die Propagandatrommel gerührt, daß nun die Zeit der Liberalisierung und der Demokratisierung anbrechen müsse. Eine wichtige Forderung der spanischen Völker war in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer allgemeinen Amnestie.

Vier Tage nach seiner Proklamation zum König verkündete Juan Carlos eine sogenannte Amnestie, die auf die breite Empörung der Bevölkerung Spaniens stieß. Was war das für eine Amnestie?

Neben einigen wenigen Zugeständnissen heißt es ausdrücklich, daß die „Amnestie" nicht für politische Gefangene gilt, die aufgrund des „Antiterroristengesetzes" verhaftet wurden. Das „Anti-Terroristengesetz", das ist das Gesetz, mit dessen Hilfe die fünf spanischen Genossen im Oktober ermordet worden sind, das der Polizei jede Handhabe gibt, willkürlich Menschen zu verhaften und einzukerkern. Dieses Gesetz wird auch heute noch in Spanien gegen die Bevölkerung angewendet. So werden trotz dieser angeblichen Amnestie, mit der der Anschein der Liberalisierung erweckt werden soll, mit faschistischer Gewalt der revolutionäre Kampf der spanischen Völker unterdrückt und viele ihrer Kämpfer, nämlich die Revolutionäre, die Antifaschisten und Kommunisten, die Genossen der FRAP, der ETA und der KPSp/ML in den Folterkammern weiter gefangen gehalten und mißhandelt.

Im ganzen Land gab es Proteste gegen dieses Dekret und noch während Carlos das Dekret verkündete und den Thron bestieg, ging die spanische Polizei mit faschistischer Gewalt gegen die Bevölkerung vor. In Madrid, Gijon, Aviles, Santander und Zaragoza wurden zig Menschen festgenommen und mißhandelt. 5000 Spanier demonstrierten am Tag der Thronbesteigung vor dem Gefängnis Carabanchel für die Freilassung der politischen Gefangenen. Mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und Tränengas ging die Polizei gegen die Demonstranten vor und verhaftete 30 Menschen. Französische Journalisten wurden am Flughafen von 20 Polizisten verprügelt und einer wurde festgenommen.

Juan Carlos ist der Fortsetzer der faschistischen Diktatur, im Sinne der spanischen Großbourgeoisie und der US-Imperialisten, dem eigentlichen Oberherren Spaniens.

Auch Carillo und seine „demokratische Junta" traten gegen das Dekret auf, sie verkündeten, nach dem Tode Francos habe sich nichts geändert und

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Kampf gegen 'Rechtskartell' statt imperialistischen Staat

So bahnt die D'K'P dem Faschismus den Weg

Überall wurde am letzten Wochenende in einer hohen Auflage ein Extrablatt des ROTEN MORGEN gegen das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz verteilt, das das Eintreten für die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt unter Strafe stellt. Nach dem Willen der Bundesregierung soll dieses Gesetz noch vor Weihnachten verabschiedet werden.

Die meisten haben durch das Flugblatt der Partei zum ersten Mal von diesem geplanten Gesetz erfahren. Denn die Regierung hat es totgeschwiegen. Sie konnte sich bei dieser Geheimhaltungstaktik nicht nur auf die bürgerlichen Massenmedien stützen, sondern auch auf die D,,K"P.

Ja, die D,,K"P-Revisionisten haben der Bourgeoisie sogar noch mehr geholfen, die Durchsetzung dieses Gesetzes vorzubereiten, als irgend jemand anders. Denn während die bürgerliche Presse durch Schweigen die Faschisierungspläne der Bourgeoisie unterstützte, lenkte die D,,K"P die Aufmerksamkeit der Werktätigen in eine falsche Richtung — auf das ,,Gesetz zum Schutz des Gemeinschaftsfriedens" der CDU/CSU.

Die D,,K"P nahm diesen Gesetzesentwurf der CDU/CSU als erneuten ,,Beweis" dafür, daß das sogenannte ,,Rechtskartell" die faschistische Gefahr in unserem Land verkörpert, daß sich deshalb gegen diese ,,Reaktion" die Arbeiterklasse mit allen ,,demokratischen Kräften" — vor allem mit der SPD — zusammenschließen muß. Mit der gleichen SPD also, die — auch durch das Schweigen der D,,K"P geschützt — im Auftrag der Bourgeoisie längst einen ähnlichen Gesetzesentwurf fix und fertig in der Schublade liegen hat!

Selten hat sich so krass wie in diesem Fall gezeigt, was der tatsächliche Zweck der Theorie vom ,,Rechtskartell" ist: Sie hat keinen anderen Zweck, als die Arbeiterklasse auf den Kampf gegen Strauß & Co. zu orientieren, damit die Regierung in Bonn hinter ihrem Rücken die Faschisierung vorantreiben kann. Selten hat sich aber auch so krass gezeigt, was es mit dem ,,Antifaschistischen Charakter" der D,,K"P wirklich auf sich hat. Denn wer mit List und Heimtücke den Kampf gegen Gesetze sabotiert, die eindeutig ein Schritt hin zum Faschismus sind, der ist kein Kommunist und kein Antifaschist, der ist ein Wegbereiter des Faschismus!

Daß die D,,K"P gerade im Fall dieses Gesetzes so offen das Geschäft der Bourgeoisie betreibt, ist kein Zufall. Denn dieses Gesetz, das die Propagierung der revolutionären Gewalt im Kampf der Werktätigen gegen den Kapitalismus, im Kampf der Völker gegen den Imperialismus unterbinden soll, dient nicht nur dem westdeutschen Imperialismus. Es ist sozusagen ein Gesetz im ,,Geiste von Helsinki", das den Interessen der modernen Revisionisten mit den russischen Sozialimperialisten an der Spitze direkt in die Hände arbeitet. Man braucht sich dazu nur die Situation vorzustellen, wenn dieses Gesetz in Kraft ist und gegen die KPD/ML und die anderen revolutionären Organisationen angewandt wird.

Heute tritt der Propaganda der modernen Revisionisten über den ,,friedlichen Weg zum Sozialismus", über ,,Frieden" und ,,Entspannung" in der Welt, über die ,,Ächtung der Waffen und der Gewalt" überall die Propaganda der Marxisten-Leninisten entgegen, die diese Lüge zerreißen, die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution und des Volkskrieges gegen den Kolonialismus, Imperialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte propagieren. Tritt aber dieses Gesetz in Kraft, wird die legale Propaganda der Marxisten-Leninisten weitgehend ausgeschaltet, dann ist das natürlich eine Unterstützung für die revisionistische Propaganda, die nicht zu unterschätzen ist. Sie wird es den russischen Sozialimperialisten erheblich erleichtern, ihre faschistische Diktatur als ,,Sozialismus" zu verkaufen. Sie wird es ihnen erleichtern, vor der Arbeiterklasse als ,,friedliebende Entspannungsfreunde" aufzutreten und gleichzeitig die Vorbereitung des Volkes auf den notwendigen politischen und auch militärischen Widerstand gegen die russischen Sozialimperialisten erheblich erschweren.

So kommt dieses Gesetz der ideologischen Offensive entgegen, mit der die russischen Sozialimperialisten ihre politischen und militärischen Vorbereitungen für eine Neuaufteilung der Welt, für die Neuaufteilung Europas, begleiten. Daß in Moskau über ein solches Gesetz Zufriedenheit herrscht, dürfte klar sein. Man erinnert sich an den Breschnew-Besuch 1973: Während Breschnew im Palais Schaumburg die Hände der D,,K"P-Führungsspitze schüttelte, schlugen Polizisten in Dortmund nach einem gemeinsam mit sowjetischen Spezialisten ausgearbeiteten Plan auf Marxisten-Leninisten und die Bevölkerung ein.

Diese Tatsachen zeigen, daß man im Kampf gegen die Faschisierung auf keinen Fall auf die Unterstützung der modernen Revisionisten der D,,K"P hoffen darf. Sie müssen im Gegenteil scharf bekämpft werden, als eine Kraft, die selber ein Interesse an der Faschisierung hat und sie auch zusammen mit dem Staatsapparat gegen die Arbeiterklasse durchsetzt.

Am Wochenende begann die Partei in zahlreichen Städten damit, Hunderttausende von Extrablättern des ROTEN MORGEN gegen das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz zu verteilen und zu stecken. Die Genossen berichte, daß das Flugblatt bei den meisten Menschen großes Interesse hervorrief. So rief es auch große Empörung hervor, als in Dortmund ein Verteiler dieses Flugblatts von der Polizei festgenommen wurde. In Duisburg berichtete ein Rotgardist auf einer Konferenz von SMV-Vertretern von 15 Duisburger Schulen über das geplante Gesetz, worauf einhellig beschlossen wurde, dagegen den Kampf aufzunehmen. In Essen wurde auf Initiative des KSB/ML eine Resolution gegen dieses Gesetz verabschiedet. (Nebenstehend ein Plakat der KPD/ML gegen das geplante Gesetz).

Werktätige! Klammheimlich will die Regierung ihr 13. Strafrechtsänderungsgesetz durchpeitschen!

EIN GESETZ GEGEN DICH!

Dieses Gesetz bietet die Möglichkeit, jeden Kommunisten, jeden klassenkämpferischen Werktätigen zu verfolgen.

- Aufrufe zu Streiks wie bei Ford 73 — strafbar!
- Presse, Funk, Fernsehen, Film — unter Zensur!
- Tausende von Büchern — auf der Verbotsliste!
- jede kommunistische Zeitung, jedes kommunistische Flugblatt — ein Fall für den Staatsanwalt!

Dieses Gesetz ist ein Schritt hin zum Faschismus!

WEG DAMIT!

KPD/ML

Demonstration: Dortmund 13.12.75

Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

Politische Gefangene in der SU

Fortsetzung von Seite 1

tor einer solchen Irrenanstalt offen erklärt: *,,Wir behandeln Sie nicht wegen einer Krankheit, sondern wegen ihrer Ansichten."* **Andere ehemalige Gefangene enthüllten, daß den Gefangenen in den Irrenanstalten oft giftige Medikamente gespritzt werden, darunter z.B. Sulphasin, das zu heftigem Fieber führt und nach dessen Injektion jede Bewegung drei Tage lang große Schmerzen bereitet.**

Es wurde auch berichtet, daß es im ganzen Land über 1000 Arbeitslager gibt, in denen insgesamt mehr als eine Million Menschen gefangengehalten werden. Von diesen Arbeitslagern gibt es vier Typen mit verschiedenen Haftbedingungen. Die politischen Gefangenen werden gewöhnlich in den Lagern mit den schärfsten Bedingungen eingesperrt. In diesen Lagern müssen die Neuen Zaren im Kreml die Sowjetunion in ein Völkergefängnis verwandelt haben.

Die Arbeiterklasse, die Werktätigen und die unterdrückten nationalen Minderheiten in der Sowjetunion haben sich allerdings mit der sozialfaschistischen Diktatur der Neuen Zaren im Kreml nicht abgefunden, sie verstärken ihren Kampf. Die großen Streiks der vergangenen Jahre in Kiew, Charkow und Chimki, die Kämpfe der nationalen Minderheiten von der Ukraine bis Zentralasien, als in der litauischen Stadt Kaunas Tausende Menschen auf die Straße gingen, **,,Gebt Litauen die Freiheit!"** riefen, die Gebäude der Unterdrücker angriffen und gegen die Militärpolizei und Fallschirmjäger kämpften, zeigen, daß die Welle des Widerstandes wächst. Die Herrschaft der Sozialimperialisten wird bestimmt noch mehr erschüttert werden.



Mit Polizeigewalt gehen die Neuen Zaren im Kreml gegen eine Demonstration in Taschkent vor.

sie harte Zwangsarbeit leisten, erhalten aber nicht genügend Nahrung, so daß sie ständig hungern. Von Seiten der Wachmannschaften sind sie der grausamsten, sadistischsten Unterdrückung und Behandlung ausgesetzt.

Diese Irrenhäuser und Arbeitslager unterscheiden sich in keiner Weise von den KZ's, wie sie die deutschen Faschisten hatten, und sie dienen demselben Zweck — jeden, der sich gegen die sozialfaschistische Diktatur zur Wehr setzt, einzusperren und zu vernichten. Unter den Gefangenen befinden sich auch viele Marxisten-Leninisten und Revolutionäre, die von der Breschnew-Clique am meisten verfolgt werden.

Die KZ's und Gefängnisse des sozialfaschistischen Regimes füllen sich aber auch immer mehr mit Tausenden von Angehörigen der vielen nationalen Minderheiten, den Angehörigen der nichtrussischen Völker der Sowjetunion. Über die Hälfte aller Gefangenen in den KZ's sind ,,Nationalisten", d.h. Menschen, die gegen die nationale Unterdrückung der Völker der Sowjetunion kämpfen, die gegen den großrussischen Chauvinismus der Neuen Zaren aufgetreten sind, die sich dagegen zur Wehr gesetzt haben, daß

Die modernen Revisionisten der D,,K"P wollen uns das sozialfaschistische Regime der Breschnew und Kossygin als Hort der Freiheit und des Sozialismus verkaufen. Die DDR, auf die die Neuen Zaren im Kreml schon ihre Hände gelegt haben, wovon Mauer und Stacheldraht zeugen, soll sich die westdeutsche Arbeiterklasse als Vorbild nehmen. Die russischen Sozialimperialisten, die unser Land mit einem Aggressionskrieg überziehen wollen, weil sie, in Rivalität mit den amerikanischen Imperialisten, nach der Weltherrschaft streben, sollen unsere Freunde sein? In Wirklichkeit sind sie wilde Feinde unseres Volkes. Und die modernen Revisionisten der D,,K"P, die Mies und Bachmänner, sind ebensolche Sozialfaschisten wie sie, nur daß sie nicht an der Macht sind.

Die Neuen Zaren im Kreml und ihre revisionistischen Agenturen, die ihnen den Weg bereiten wollen, sind um keinen Deut menschlicher als die Hitlerfaschisten, darüber darf es keine Illusionen geben. Man muß sie schonungslos bekämpfen, denn jedes Zugeständnis, jede Illusion ihnen gegenüber hilft ihnen, ihre finsteren Pläne gegen unser Volk zu verwirklichen.

Amnestie in Spanien — eine Farce

Fortsetzung von Seite 1

fordern eine Koalitionsregierung zwischen den angeblichen oppositionellen Parteien und den offenen Faschisten. Sie bieten sich unter dem Deckmantel des Fortschritts, für Sozialismus, für Demokratie und Freiheit, als Alternative zur Monarchie an. Doch in Wirklichkeit sind sie es, die dem Imperialismus Tür und Tor offen halten und die imperialistische Ausplünderung verewigen wollen. Carillo und seine Clique haben der Stationierung der Truppen des US-Imperialismus zugestimmt und sie vergrößern den Einfluß der russischen Sozialimperialisten, indem sie ihr revisionistisches Gift in Spanien verspritzen.

In dem Fall, daß Juan Carlos mit einer offen faschistischen Unterdrukkung den revolutionären Kampf der spanischen Völker nicht aufhalten kann, soll solch eine Koalitionsregierung unter dem Anschein, für Sozialismus, für die Errichtung der Demokratie usw., eine Alternative darstellen, um die Herrschaft der spanischen Großbourgeoisie und der US-Imperialisten in Spanien zu sichern und den revolutionären Kampf der spanischen Völker zu ersticken. Um sich als eine solche Alternative zu propagieren, tritt Carillo auch jetzt gegen diese ,,Amnestie" auf.

Doch die spanischen Völker sind wachsam und sie werden unter Führung der FRAP und der KPSp/ML ihren revolutionären Kampf verstärken, um sich von der faschistischen Unterdrückung zu befreien. Sie werden die US-Imperialisten aus ihrem Land vertreiben und die föderative Volksrepublik in Spanien errichten.

Kurz berichtet

MÜNSTER

Am 13. 11. fand in Münster eine Demonstration gegen das drohende Berufsverbot von Prof. Sigrist statt. Aufgerufen zu der Demonstration hatte eine Initiativausschuß, in dem auch der KSB/ML mitarbeitet. Rund 400 Studenten waren dem Aufruf gefolgt. Bei der Demonstration wurde eine Genossin festgenommen, die KPD/ML-Flugblätter verteilt haben soll, **sowie ein junges Mädchen, das dagegen** protestierte. Auf der Abschlußkundgebung versuchten bekannte Schläger der Polizei, den Redner der KPD/ML festzunehmen, was aber am Widerstand der Genossen scheiterte, die den Redner schützten.

BOCHUM

Im Rahmen ihres vierwöchentlichen Kulturabends führte die Ortsgruppe Bochum der KPD/ML am 15. 11. eine Veranstaltung durch, auf der alte deutsche Volkslieder gelernt und gesungen sowie zwei Volkstänze eingeübt wurden. Neuen Sympathisanten und Bekannten, die zum ersten Mal an einer Veranstaltung teilnahmen, hat der Kulturabend gut gefallen. Ein Höhepunkt des Abends war zweifellos die Versteigerung von sechs Malarbeiten, die das Kinderkollektiv Bochum/Wuppertal extra für diesen Zweck gemalt hatte. Die Bilder zeigten zum Beispiel ,,Den höchsten Berg in Spanien mit der Fahne der FRAP", eine ,,Faust, die Gitterstäbe des Gefängnisses durchschlägt", ,,Genossen, die im Gefängnis auf ihre Befreiung durch den Kampf ihrer Klassenbrüder draußen warten" usw. 152 DM wurden für die Bilder ersteigert. Das Geld ist bestimmt für die hohe Geldstrafe und die Gerichtskosten, die Genosse Hanfried an die bürgerliche Klassenjustiz zu zahlen hat. Die Kinder waren zurecht stolz auf ihren Beitrag zum Klassenkampf.

ESSEN

Auf Antrag des KSB/ML verabschiedete die Fachbereichsvollversammlung (Sozialpädagogik) der Gesamthochschule Essen am 26. 11. folgende Resolution (keine Gegenstimme, 10 Enthaltungen, von über 100 Studenten):

,,Wir protestieren auf das Schärfste gegen das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz — Gesetz gegen die Befürwortung der Gewalt — welches seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze den weitestgehenden Angriff gegen den Kampf der Werktätigen für ihre berechtigten Interessen darstellt. Wurden bisher Streiks, Besetzungen, Demonstrationen gewaltsam verfolgt, so soll jetzt bereits die mündliche oder schriftliche Befürwortung, Unterstützung oder auch nur positive Darstellung solcher Aktionen mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft werden (z. B. bei Fahrpreiskämpfen, Bauerndemonstrationen mit Traktorblockaden oder Bewegungen gegen Bombenabwurfplätze und Umweltzerstörung wie in Nordhorn oder Wyhl). Dabei soll es gleichgültig sein, ob das öffentlich oder nicht öffentlich geschieht. Ebenso strafbar sein wird die Verbreitung von Schriften des wissenschaftlichen Sozialismus, weil sie den Klassenkampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker propagieren.

Inhalt und klammheimliche Durchpeitschung des Gesetzes zeigen: Hier handelt es sich um ein Klassengesetz gegen das arbeitende Volk. Damit soll das ,Recht' der Kapitalisten auf Ausbeutung der Werktätigen gewaltsam aufrechterhalten werden.

Weg mit dem 13. Strafrechtsänderungsgesetz!"

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706-466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,—DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Bericht über die Ausbildung in der NVA

Korrespondenz. Es war im Mai 1969, als ich meinen Einzugsbefehl zur NVA bekam. Schon am Stellplatz meines Heimatortes, wo wir von Unteroffizieren und Offizieren des Regiments, in dem wir dienen sollten, abgeholt wurden, sollten wir merken, daß wir nicht in einer Volksarmee, sondern in einer Armee von der Art der alten Hitlerwehrmacht Monate unseren Dienst tun sollten.

Auf dem Marsch vom Stellplatz zum Bahnhof, wo wir in Reih und Glied gehen mußten, wurden wir immer von den Begleitern (Uffz. und Offz.) angebrüllt, wir sollten den Mund im Glied halten, die Zigaretten ausmachen. Und immer wieder schrien sie uns zynisch an, jetzt würde ein anderer Wind wehen, jetzt werden wir Euch mal Zucht und Ordnung beibringen. Aber das sollte erst der Anfang sein.

Nach mehrstündiger Zugfahrt kamen wir dann in der Stadt, wo wir stationiert werden sollten, an. Viele hatten unterwegs eine Menge Alkohol verkonsumiert. Das sollte ein Ausweg oder eine Erleichterung sein, den Schritt in das Militärleben zu tun. Denn die wenigsten gehen in der DDR gerne zur Armee. Nur ein paar Aufstreber oder Arbeitsscheue gingen ganz gerne, denn da brauchten sie nicht viel zu tun, konnten schreiend Befehle erteilen und obendrein gutes Geld verdienen. Aber das waren alles nur Unteroffiziere oder Offiziere, die länger als 1 1/2 Jahre dienten. Diejenigen, die dachten, sie gehen in eine wirkliche Volksarmee, haben diese Meinung nach wenigen Tagen Dienst bereut und den Tag verflucht, als sie für 3 oder mehr Jahre unterschrieben haben. Wiederum sind aber auch viele von ihnen zu Aufstrebern in dieser Armee geworden.

In meiner Soldatenstube schliefen 6 Mann da, wo im Normalfall nur 3 Platz hatten. Die Tür ging nur zur Hälfte auf, weil ein Schrank davor stand. Der Spieß dagegen hatte ein angenehmes Arbeitszimmer mit Balkon, wo bequem 6 Mann drin wohnen konnten.

Im ersten Halbjahr mußte man alle Dreckarbeiten machen, die anfielen. Man wurde „Pisser" genannt. Um eine Einheit unter den Soldaten zu verhindern, brachten die Bonzen folgende Einteilung der Soldaten heraus: im ersten Halbjahr war man „Pisser", im zweiten „Vize", im dritten „EK" (Entlassungskandidat). So wurde versucht, schon unter den Soldaten eine Hierarchie zu schaffen. Diese Spaltung unter den Soldaten wurde von den Offizieren kräftig unterstützt und ausgenutzt. Dazu ein Beispiel: Der Stubenälteste braucht natürlich, weil er „EK" war, keinen Stubendienst zu machen, das machten die Soldaten, die ihm auf der Stube untergeben waren. Der Spieß kam und kontrollierte die Stube auf Ordnung und Sauberkeit. Wenn die Stube nicht so in Ordnung war, wie sie der „Genosse" Hauptwachtmeister gerne haben möchte, so machte er nicht den Mann dafür verantwortlich, der gerade Stubendienst hatte, sondern zog sich den Stubenältesten heran und drohte ihm mit Ausgangssperre und natürlich damit, daß er selbst Stubendienst machen muß.

Die Arbeitszimmer bzw. Stuben der Unteroffiziere und Offz. mußten natürlich auch die Soldaten sauber machen.

Nun zur Art und Weise wie der Spieß die Zimmer kontrolliert. Es wurde laut geschrien und gepfiffen, man mußte vor seiner Stube stramm stehen und dem Spieß Meldung machen, daß die Stube zum Stubendurchgang fertig sei. Dann befahl er uns, in die Stube zu gehen. Jeder Soldat mußte dann vor seinem Spind stramm stehen und Meldung machen, daß sein Spind ordentlich eingeräumt ist. Der Spieß zog dann aus seiner Hosentasche ein Bandmaß und maß die einzelnen Abstände der gestapelten Kleidungsstücke zur Schrankwand millimetergenau nach. War der Stapel vielleicht etwas krumm, so warf er die Sachen auf die Erde, oder er ließ dies von dem betreffenden Soldaten selbst machen. Ich habe sogar einmal erlebt, wie er einen Spind gänzlich von einem Soldaten umkippen ließ.

Noch ein weiteres Beispiel soll verdeutlichen, daß die sogenannte Volksarmee keine Armee des Volkes, sondern eine Armee wie die alte Hitlerwehrmacht ist. Ich war eine Zeitlang für den Furierraum (Raum für Frühstück- und Abendbrotausgabe für die Soldaten) verantwortlich. Ich mußte das Essen ausgeben und den Raum sauberhalten. Ich hatte einmal abends keine Zeit mehr, diesen Raum sauber zu machen und wollte das am nächsten Morgen tun. Als der Spieß morgens den Raum kontrollierte und ihn nicht sauber vorfand, schrie er herum, was ich für ein altes Dreckschwein wäre und warf sämtliche Sachen, die vom Abend noch in den Schüsseln waren (Fischsalat, Fleischsalat usw.) herum. All das Zeug klebte dann an Wänden und Decke. Zerbrochene Schüsseln lagen am Boden. Als er sich dann etwas beruhigt hatte, schrie er mich an, ich sollte das Zimmer saubermachen. Ich fragte ihn dann, was mit den Flecken an Wänden und Decke geschehen soll. Er antwortete, ich solle das renovieren und wo ich die Farbe herbekäme, wäre ihm egal, denn ich wäre ja an der Unordnung und dem Dreck schuld.

Die politische und militärische Ausbildung ging folgendermaßen vor sich: Es wurde uns immer wieder klar und deutlich gesagt, daß im Ernstfall (Krieg) die NVA die Aufgabe hat, den Feind solange aufzuhalten, bis die Armee der Sowjetunion in Stellung gegangen ist. Wir (NVA) würden dann nach einiger Zeit sowieso vom Feind überrollt werden und die SU könne dann nach der NVA-Aufhaltetaktik zum Angriff blasen. Das zeigt doch, welchen Charakter die sogenannte „sozialistische" Sowjetunion hat: eine aufstrebende, sozialimperialistische Supermacht, die nach Weltherrschaft strebt.

Die militärische Ausbildung der Soldaten wurde in alter preussischer Art bzw. in der Art und Weise der Hitlerwehrmacht durchgeführt. Wenn man nicht spurte oder etwas falsch machte, wurde man zu Sonderbehandlungen herangezogen. Das heißt, bei glühender Hitze hin- und herrennen, auf-nieder, auf-nieder oder abends nach Dienst arbeiten. Ich habe einmal erlebt, wie Soldaten von einem Uffz. sonntags bei unheimlicher Hitze über eine Stunde lang in vollständiger Schutzausrüstung, d. h. Schutzanzug gegen Atomschlag mit Gasmaske, um die Kaserne gejagt wurden. Einige kippten dabei um. Ein Uffz. sagte einmal: „Eine richtige Ausbildung ist es erst dann, wenn ungefähr ein Mann der Truppe drauf geht"!! Dieses Beispiel zeigt ganz deutlich den volksfeindlichen Charakter der DDR-Armee, zeigt die Verachtung der revisionistischen Honecker-Clique gegenüber den Menschen in der DDR, zeigt den Sozialfaschismus in diesem Staat.

Aber so wird das nicht ewig weitergehen. Eines Tages wird es ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland geben, wo die Arbeiter und Bauern die Gewehre in ihren Händen halten.

Kommentar

Nicht wenige Menschen sagen: „Was, eine Volksarmee soll gut sein? Dann sieh dir doch die Armee in der DDR an, wie die an der Mauer stehen mit ihren Todesschußkommandos." Sie haben recht, wenn sie die Armee in der DDR anprangern, wenn sie deren Volksfeindlichkeit entschieden verurteilen. Aber ist das eine Volksarmee?

Nicht der Name macht eine Volksarmee. Der Charakter einer Armee ist dadurch bestimmt, wem sie dient, in der Hand welcher gesellschaftlichen Klasse sie ist und welcher Klasse Linie und Politik sie befolgt. Die Armee der DDR aber steht nicht im Dienst der Volksmassen, im Dienst des Proletariats, sondern sie steht im Sold einer Handvoll Ausbeuter und Unterdrükker des Volkes, im Sold der neuen Bourgeoisie in der DDR und vor allem im Sold der Neuen Zaren im Kreml.

Mao Tsetung schrieb über die Volksarmee: „*Diese Armee ist dadurch stark, daß alle, die ihr beigetreten sind, bewußt Disziplin halten; sie haben sich vereinigt und kämpfen nicht um der Privatinteressen einer Minderzahl oder einer kleinen Gruppe willen, sondern für die Interessen der breiten Volksmassen und für die Interessen der gesamten Nation. Fest an der Seite des chinesischen Volkes stehen und ihm mit ganzem Herzen dienen, ist das einzige Ziel dieser Armee.*" Bewußte Disziplin, weil sie für die gerechte Sache kämpfen, das ist die unbesiegbare Stärke der Kämpfer einer wahren Volksarmee. Auf der Grundlage des gemeinsamen Zieles findet auch die Erziehung der Soldaten und der Vorgesetzten in der Volksarmee statt, indem Vorgesetzte und Soldaten füreinander sorgen, einander betreuen und einander helfen, gegenseitig Kritik und Selbstkritik üben, um ihre Aufgaben im Dienst des Volkes immer besser durchführen zu können. Diese Armee, die unter der Führung der Partei und ihrer marxistisch-leninistischen Linie steht, ist aufs engste mit den Volksmassen verbunden, ist Teil von ihnen und zugleich auch ein vorbildlicher Vortrupp. Seine Aufgabe ist nicht nur die Kriegführung, sondern auch die Arbeit unter den Massen sowie produktive Arbeit.

Die sogenannte „Volksarmee" in der DDR dagegen ist vom Volk losgelöst, denn sie dient zur Niedermetzelung der Volksmassen. Dort ist nicht das Volk unter Waffen und die Armee sein Vortrupp, sondern das Volk ist entwaffnet und gegen das Volk stehen die Waffen der Armee. Nicht anders als in der Hitlerarmee wie auch in jeder anderen reaktionären Armee stützen sich dort die Militärs auf Drohungen, Schikane und Einschüchterung der Soldaten, auf den Drill, weil sie das Volk für ihre ungerechte Sache nicht gewinnen können. Für die Militärs in der DDR sind die Soldaten eine passive Menge, die jedem Befehl blind zu gehorchen haben und die Waffen bedienen müssen, genauso wie die Sklavenhalter ihre Sklaven als sprechende Werkzeuge ansehen, die zu ihrer Verfügung zu stehen haben. Chruschtschow brachte das 1960 auf der Bukarester Beratung ganz offen zum Ausdruck, als er sagte, für ihn seien Millionäre nicht mehr als ein Haufen Fleisch. Ein Haufen Fleisch, Kanonenfutter für die Neuen Zaren im Kreml wie für ihre Marionetten, die Honecker und Sindermann, das ist die sogenannte „Volksarmee" der DDR, die mit einer Armee des Volkes nichts gemeinsam hat. Sie ist ein fester Bestandteil des sozialimperialistischen Kriegsinstrumentariums, eine Armee, die unter Moskaus Kommando die Werktätigen in der DDR blutig unterdrückt, wie z. B. mit ihren Todesschußkommandos an der Mauer, und die unter Moskaus Befehl die Aggressions- und Expansionspolitik der Neuen Zaren stützt, wie die Beteiligung an dem Überfall auf die CSSR es bewiesen hat.

Aus aller Welt

VIETNAM

Nach einwöchiger Dauer wurde am 21. November die politische Konsultativkonferenz für die nationale Wiedervereinigung zwischen Nord- und Südvietnam in Ho Tschi Minh-Stadt, dem früheren Saigon, erfolgreich abgeschlossen. Auf der Schlußsitzung, auf der alle Mitglieder der beiden Delegationen aus Nord- und Südvietnam anwesend waren, wurden die Dokumente der Konferenz feierlich unterzeichnet. Genosse Truongh Chinh, der Leiter der nordvietnamesischen Delegation und Genosse Pham Hung, der Leiter der südvietnamesischen Delegation, unterzeichneten zwei offizielle Dokumente: das „Kommunique über die politische Konsultativkonferenz für die nationale Wiedervereinigung" und die „Aufstellung über die Probleme, über die auf der politischen Konsultativkonferenz für die nationale Wiedervereinigung zwischen beiden Delegationen vollständige Einheit erzielt wurde". In seinem Schlußwort erklärte Präsident Nguyen Huu Tho unter anderem, daß die Konferenzdokumente die brennendsten Wünsche des ganzen vietnamesischen Volkes in dem neuen Stadium der vietnamesischen Revolution widerspiegeln. Er erklärte abschließend, daß die Konferenz der revolutionären Sache der vietnamesischen Nation neue, glänzende Aussichten eröffnet.

VR CHINA

Zwischen der VR China und dem Staat der Komoren ist am 13. November in New York ein gemeinsames Kommunique unterzeichnet worden, in dem die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten bekanntgegeben wird.

PORTUGAL

Die russischen Sozialimperialisten haben der portugiesischen Regierung vor kurzem eine Erklärung übergeben, in der sie sie auffordern, ihrer Politik zu folgen, Zwietracht zwischen den drei Befreiungsorganisationen in Angola zu säen und den Bürgerkrieg zu schüren. Der Inhalt dieser Erklärung, die, wie eine portugiesische Zeitung berichtet, dem portugiesischen Staatspräsidenten Costa Gomes durch den russischen Botschafter Kalinin überreicht wurde, hat in Portugal Empörung hervorgerufen. Ein hoher Beamter, der Gelegenheit hatte, den Text der Erklärung zu lesen, meinte z. B.: „Moskau behandelt uns, als ob wir einer von seinen Satelliten wären." Es wird auch berichtet, daß der russische Botschafter dem Staatspräsidenten Costa Gomes mit einer Beeinträchtigung des portugiesisch-sowjetischen Handels gedroht haben soll, falls Portugal nicht in Übereinstimmung mit den Wünschen Moskaus handelt.

NORWEGEN

Sowjetische Kriegsschiffe, Spionageschiffe und Aufklärungsflugzeuge verletzen immer wieder den Luftraum und die Gewässer der nordeuropäischen Länder. Am 18. November drangen drei sowjetische Aufklärer in den Luftraum Norweges zwischen den Lofoten und dem Vestfjord ein. Erst als sie von der norwegischen Luftabwehr gesichtet wurden, drehten sie rasch ab. Und allein am 17. November verletzten über 30 sowjetische Flugzeuge den Luftraum Norwegens. Das norwegische Außenministerium hat der sowjetischen Regierung inzwischen einen heftigen Protest übermitteln lassen.

ITALIEN

Über eine Million Arbeiter in der Provinz Piemont und 500000 Angestellte der Verkehrsunternehmen im ganzen Land haben am 20. November Streiks und große Demonstrationen gegen den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze durchgeführt. In Turin beteiligten sich über 100000 Menschen an einer Demonstration. Schon am 17. November war in der Provinz von Neapel ein Generalstreik abgehalten worden und 20000 demonstrierten in den Straßen der Stadt.

NORDIRLAND

Die britischen Patrioten setzen ihre bewaffneten Aktionen gegen die britischen Besatzertruppen und die einheimischen Reaktionäre fort. In der Nacht zum 26. November griffen sie ein Auto der Polizei an, töteten zwei Polizisten und verletzten zwei weitere schwer. In derselben Nacht wurde ein Angehöriger des reaktionären „Ulster-Verteidigungsregiments" in seinem Haus in Derry hingerichtet.

NAMIBIA

Die namibischen Patrioten haben auch in der vergangenen Woche zahlreiche Angriffe gegen die Einrichtungen und Truppen der südafrikanischen Besatzer geführt. Bei diesen Angriffen töteten sie 5 Soldaten, nämlich zwei Offiziere und drei Unteroffiziere.

VR CHINA

Die Volksrepublik China hat erfolgreich einen künstlichen Satelliten in eine Umlaufbahn um die Erde geschossen. Seine Umlaufdauer beträgt 91 Minuten. Mit diesem Erfolg gelang es der VR zum viertenmal, einen künstlichen Satelliten in eine Umlaufbahn um die Erde zu schießen.

NATO

Im Mittelmeer und in der Norwegischen See finden zur Zeit großangelegte Manöver des aggressiven NATO-Pakts statt. Die Manöver begannen kurz nachdem die russischen Sozialimperialisten und ihre Vasallen im Warschauer Pakt ihre Seemanöver in der Nord- und Ostsee beendet haben. An dem zehntägigen Manöver „Oceansafari 75" in der Norwegischen See beteiligten sich 17000 Soldaten und 65 Kriegsschiffe aus den USA, der Bundesrepublik und anderen NATO-Staaten, während bei den Manövern im Mittelmeer 10000 Soldaten, Flugzeug- und Hubschrauberverbände teilgenommen haben. Ebenso wie die russischen Sozialimperialisten demonstrieren die amerikanischen Imperialisten mit diesen Manövern ihr Militärpotential und bedrohen nicht nur die Schiffahrt in den Manövergebieten, sondern auch die Länder, in deren Nähe die Manöver abgehalten werden. So erklärten hohe amerikanische Offiziere, Meldungen der Nachrichtenagenturen zufolge, im Verlauf der Manöver in der Norwegischen See, daß nicht einzusehen sei, warum Norwegen nicht die feste Stationierung von NATO-Truppen auch in Friedenszeiten erlaube.

OMAN

Trotz der von den Trupen des reaktionären Regimes des Sultan Quabus und der englischen Söldner unternommenen Militäroperationen setzen die Patrioten von Dhofar erfolgreich ihren Kampf für die Befreiung des Landes fort. Sie greifen die reaktionären Truppen an zentralen Punkten an und fügen ihnen schwere Verluste an Menschen und Kriegsmaterial zu. In einem Kommunique, das vor kurzem von der Volksfront für die Befreiung Omans veröffentlicht wurde, heißt es, daß bei Kämpfen, die am 6. November in Westdhofar stattgefunden haben, zahlreiche feindliche Soldaten getötet und verwundet worden sind.



Ein Kämpfer für die Befreiung Omans

JAPAN

In Japan hat in der Nacht zum 26. November ein zehntägiger Streik der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes begonnen. Dieser Streik, an dem sich auch die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Eisenbahnen beteiligen, hat schon am darauffolgenden Tag den Verkehr in Tokio lahmgelegt.

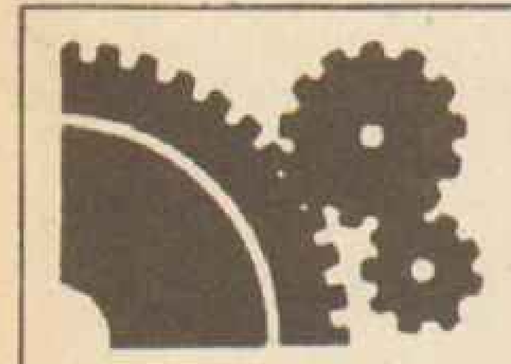
NEPAL

Einem Bericht der nepalesischen Tageszeitung „Samaj" zufolge ist am 3. November eine Gruppe bewaffneter indischer Polizisten auf nepalesisches Gebiet eingedrungen. Die indischen Polizisten eröffnen das Feuer auf die Bewohner eines Grenzdorfes, töteten sechs und verwundeten vier von ihnen. Der brutale Überfall, den die indischen Polizisten mit angeblich bevorstehenden Plünderung eines indischen Kaufmanns, der in Nepal lebt, begründeten, hat im ganzen Land große Empörung hervorgerufen. „Ein noch schwerwiegenderes Verbrechen als die Morde", schreibt eine nepalesische Wochenzeitung, „ist, daß die indischen Polizisten einfach in das Territorium einer souveränen Nation eingedrungen sind." Angesichts der Tatsache, daß Indien vor kurzem skrupellos Sikkim annektiert hat, ist dieser Grenzzwischenfall ein Grund mehr, wachsam gegenüber den Plänen des Gandhiregimes zu sein.

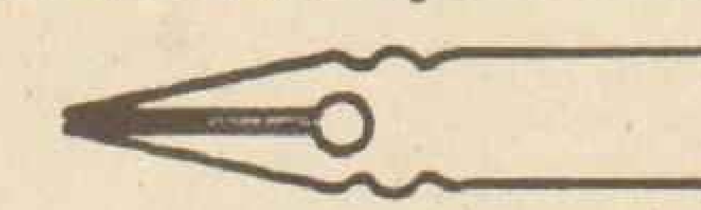
OSTTIMOR

Indonesische Truppen haben ihre Aggression gegen Osttimor verstärkt. Aus Australien wird gemeldet, daß indonesische Kriegsschiffe und Flugzeuge die Hafenstadt Atabae beschießen, während eine Abteilung regulärer indonesischer Truppen auf die Hauptstadt Osttimors, Dili, marschiert. Das faschistische indonesische Regime hat schon seit längerem offen seine Absicht erklärt, Osttimor zu annektieren.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Roter Betriebsrat mit 40% der Stimmen wiedergewählt

Bei Dörnemann, einem Kleinbetrieb von 120 Arbeitern, wurde ein neuer Betriebsrat gewählt. Was war geschehen, der alte Betriebsrat war nur vier Monate tätig. Bei der letzten Betriebsratswahl wurde ein Roter Betriebsrat gewählt und weitere Kollegen, die bereit waren, sich für die Interessen der Kollegen einzusetzen. Von Anfang an war dieser Betriebsrat den Dörnemann Kapitalisten natürlich ein Dorn im Auge und sie setzten alles daran, diesen Betriebsrat zu zerschlagen.

Der Rote Betriebsrat sagte dazu auf der Belegschaftsversammlung, die vor der Neuwahl stattfand: „Dem alten Betriebsrat gehörte noch der Kollege R. und T. an, beide waren bereit,sich für die Interessen der Kollegen einzusetzen, daher wurden auch sie bald von der Betriebsleitung unter Druck gesetzt. Man versuchte, sie finanziell zu beschneiden, so durften sie nur in Recklinghausen arbeiten, bei geringem Fahrgeld und Auslösung. Ihr Lohn sank um beachtliche Summen und das macht eine Menge aus, wenn man eine Familie hat. Zu mir wurde vor einiger Zeit gesagt, „wenn Du nicht im Betriebsrat wärst, wärst Du längst auf der Straße'." Die Dörnemann-Kapitalisten haben zwar erreicht, daß die beiden Kollegen gekündigt haben, aber es haben sich bereits drei fortschrittliche Kollegen in die Betriebsratswahlliste eingetragen, die die Sache fortführen wollen.

Nach der Versammlung, in der der Rote Betriebsrat noch auf die dringendsten Probleme der Arbeiter eingegangen war, blieben noch einige Kollegen, um mit dem Roten Betriebsrat zu sprechen, einer kaufte den ROTEN MORGEN, andere machten Vorschläge für die weitere Arbeit. Die Betriebsleitung versuchte nun alles, um die Wiederwahl des Roten Betriebsrats zu verhindern. So berichtete ein Kollege, daß er zur Betriebsleitung kommen mußte. Dort fragte man ihn, ob er auf alle Baustellen fahren würde, um die Kollegen aufzuklären über den Roten, damit er nicht wiedergewählt wird. Man wollte dem Kollegen sogar eine Woche frei geben. Doch der Kollege lehnte solche dreckigen Geschäfte ab. So behinderte die Betriebsleitung sogar die Wahl, indem sie die Wahlurne verschwinden ließ, so daß eine neue beschafft werden mußte. Einige Kollegen sagten zu diesen Maßnahmen der Betriebsleitung: „Um so mehr sie Dich unterdrücken, um so mehr Stimmen kriegst Du, wir unterstützen Dich, unsere Stimme hast Du." Und das stimmte auch. Von 100 Kollegen, die gewählt haben, erhielt der Rote Betriebsrat 40 Stimmen und wurde damit wieder in den Betriebsrat gewählt, das sind mehr als bei der Betriebsratswahl im Frühjahr, wo er 28 Stimmen erhielt.

Damit haben die Arbeiter von Dörnemann einen großen Erfolg errungen. Die Kollegen beglückwünschten den Roten Betriebsrat und einer hat ihn sogar gleich zu sich nach Hause eingeladen. Für die Dörnemann-Kapitalisten ist die Niederlage umso größer, denn durch diese Betriebsratswahl ist der Zusammenschluß der Belegschaft noch mehr gewachsen.

Genossen aus Recklinghausen

Probezeit verlängert, um Aushilfe für 10 Wochen zu haben

Durch das Arbeitsamt wurde ich an die Firma Heinkel, Maschinen- und Aggregatebau, in Karlsruhe vermittelt. Ich stellte mich noch am gleichen Tag bei dem Personalchef vor. Er erklärte mir, daß die Arbeit **sauber** und **sicher** sei. Eine sehr gute Bezahlung, 1.500 DM netto, sei mir ebenfalls gesichert. So konnte ich der Zukunft beruhigt ins Auge schauen. Meine Probezeit sollte acht Wochen dauern.

Sehr bald merkte ich, daß die Arbeit gar nicht so sauber war. Ich mußte Material von Maschinen in Salzsäure eintauchen, dann in kaltes Wasser, anschließend in ein heißes Salzbad und schließlich in heißes Öl. Ich bekam dicke Eiterpickel an den Oberschenkeln vom heißen Öl und brennende Wunden an Händen und Armen von der Salzsäure. Außerdem stank es so, daß es kaum auszuhalten war. Mein Lohn betrug 1 100 DM netto. Nach sechs Wochen legte man mir nahe, die Probezeit um vier Wochen verlängern zu müssen, mit der Begründung, daß ich angeblich nicht geeignet sei und mangels Arbeitsaufträge. Hinterher und auf Umwegen, nämlich über den Betriebsrat, erfuhr ich dann, daß ich nach den ersten 2 Wochen schon gekündigt werden sollte, da der Betrieb einen anderen, der in der Firma tätig ist, an meinen Arbeitsplatz stellen wollte. Dieser wurde dann jedoch krank. Man hatte nur noch darauf gewartet, daß er wieder gesund wird, deshalb meine verlängerte Probezeit. Der Arbeiter wollte da gar nicht arbeiten, aber sicher hat der Betrieb ihm mit Entlassung gedroht.

Ich habe bestimmt meine Arbeit gut gemacht und habe zum Teil sogar länger geschafft. Ich weiß jetzt genau, daß ich ganz brutal ausgenutzt worden bin.

So wie mir ist es bestimmt schon vielen gegangen und ich habe jedenfalls die Lehre daraus gezogen, nicht mehr auf „liebes" Gerede zu vertrauen.

Jungarbeiter, Sympathisant der ROTEN GARDE Karlsruhe

Umweltschutz — ein Vorwand für PVC-Produktionsstopp

Liebe Genossen!

Wie Ihr wißt, hat es hier in Troisdorf vor längerer Zeit große Aufregung gegeben, nachdem festgestellt wurde, daß durch die PVC-Produktion bei Dynamit Nobel mehrere Kollegen so krank wurden, daß sie starben und eine große Zahl von Kollegen unheilbar krank sind.

Nun hat sich die Dynamit Nobel etwas Neues geleistet. Die PVC-Produktion soll eingestellt werden, mit der unverschämten Begründung, daß die PVC-Produktion umweltschädlich sei. Es wird gesagt, daß die Anwohner in Troisdorf belästigt werden. Andererseits wird gesagt, daß im Werk selbst die Konzentration von vc-Gas soweit reduziert sei, daß der vorgeschriebene Konzentrationswert unterschritten sei. Es sieht aber so aus, daß die Meßgeräte nur bis zu einem Wert von 100 ppm (Gasanteile pro cbm. Luft) reichen und immer voll ausschlagen.

Diese Begründung ist aber deshalb eine Unverschämtheit, weil die wahren Gründe für die Schließung ganz andere sind, die jetzt bekannt wurden. Die PVC-Produktion ist angesichts der Krise nämlich nicht mehr rentabel. Um das 4-5fache müßte die Produktion gesteigert werden, damit sie wieder Profit bringen würde, das ist bei der jetzigen Absatzkrise natürlich vollkommen unsinnig. Es wird gesagt, daß die Arbeiter in anderen Teilen des Werkes weiterbeschäftigt werden sollen. Es ist aber allgemein bekannt, daß es bei Dynamit Nobel Massenentlassungen gibt. Es besteht natürlich die Möglichkeit, daß die Kollegen in anderen Abteilungen Arbeit finden. Aber erstens fragt es sich, mit welchen Auswirkungen für die betroffenen Kollegen und zweitens ist es für die DAG keine Schwierigkeit, dann eben einige Kollegen mehr zu entlassen.

Rotfront! RG Troisdorf

"Konzertierte Aktion" für mehr Arbeitsplätze?

Ihre Sorge gilt allein dem Profit des Kapitals

Am 25. November fand die 36. Sitzung der „Konzertierten Aktion" statt, an der Vertreter des Monopolkapitals, Regierungsvertreter und Führer des Gewerkschaftsapparates beteiligt sind. Kurz nach dem Lohnraubabschluß im Stahlbereich und noch rechtzeitig vor den Verhandlungen bei Metall und den anderen Bereichen. Wie bereits in den 35 Sitzungen der „Konzertierten Aktion" zuvor, stimmte man sich auch diesmal ab, wie man im weiteren gemeinsam gegen die Arbeiterklasse vorgehen will, um Ausplünderung und Ausbeutung zu verstärken.

Es war die Regierung selbst, die zur Begeisterung des Kapitals ganz offen vorschlug, man müsse bei den kommenden Tarifverhandlungen wie überhaupt im nächsten Jahr dafür sorgen, daß die Profite gesteigert werden, die Lohnabschlüsse aber möglichst noch unter dem Stahlabschluß von 5% liegen sollten. Dann wären mehr Investitionen möglich und mehr Arbeitsplätze würden geschaffen werden. Und darin waren sich alle, Monopolkapital, Staatsapparat und Gewerkschaftsapparat, in ihrer unendlichen Sorge um die Werktätigen einig, daß vor allem „Arbeitsplätze geschaffen und gesichert" werden müßten.

Es ist wirklich zynisch, wie dort mit der berechtigten Furcht und Ungewißheit der Arbeiter, vielleicht morgen schon zu den arbeitslosen Kollegen zu gehören, und mit der Hoffnung der arbeitslosen Kollegen auf neue Arbeit spekuliert wird. Wie versucht wird, unter der Parole „Investitionen für mehr Arbeitsplätze" wachsende Profite durch Lohnsenkungen durchzusetzen. Rechtzeitig zur Sitzung der „Konzertierten Aktion" hatten die „Fünf Weisen" (Wirtschaftsinstitute, die auf Bestellung der Regierung die Wirtschaftsanalysen herstellen, die gerade gebraucht werden) ein neues Gutachten erstellt, so daß Gewerkschaftsapparat wie Regierung die verschärfte Ausplünderung der Arbeiterklasse auch noch als „wissenschaftliche Vernunft" deklarieren können.

Tatsache aber ist, daß die Investitionen der Kapitalisten, für die sie angeblich höhere Profite brauchen, keineswegs mehr Arbeitsplätze schaffen. **In einem Interview im „Spiegel", gab der Siemens-Erbe Peter von Siemens, der zugleich noch in mehreren anderen Unternehmen im Aufsichtsrat sitzt, offen zu, daß die Investitionen gerade dazu gebraucht würden, um zu rationalisieren, um „Arbeitnehmer freizusetzen", wie es im „Spiegel" wohlklingend ausgedrückt wird. Lohnsenkung und weitere Arbeitslosigkeit für die Werktätigen, Steigerung der Profite für das Monopolkapital — genau das ist das Programm der „Konzertierten Aktion". Selbst das Wirtschaftsgutachten muß dies indirekt zugeben, wenn darin festgestellt wird, daß auch im nächsten Jahr über 1 Million Kollegen arbeitslos sein werden und die Löhne durch die niedrigen Abschlüsse und die Inflation effektiv sinken werden.** Das „Handelsblatt" stellt dazu unverfroren fest: „Das, was die Arbeitnehmer 1975 eigentlich zuviel verdienten, müssen sie 1976 zurückzahlen."

Dieses Programm zur noch stärkeren Ausbeutung der Werktätigen, das im Rahmen der „konzertierten Aktion" zwischen Vertretern des Monopolkapitals, des Staatsapparates und des Gewerkschaftsapparates abgestimmt wurde, zeigt erneut, daß die angebliche „Sorge der Regierung um die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen" nur eine Phrase ist, die verdecken soll, daß der kapitalistische Staatsapparat der regierende Ausschuß des Monopolkapitals ist. Es zeigt, daß der Gewerkschaftsapparat durch und durch reaktionär ist und allein dazu dient, die Beschlüsse und Weisungen des Monopolkapitals innerhalb der Arbeiterklasse gegen den Kampfwillen der Kollegen durchzusetzen, wobei er dies tut, indem er den Kollegen vorspielt, man müsse gemeinsam mit dem Kapital sehen, daß es zu einem Aufschwung komme. Einen Aufschwung aber wird es nach diesem Programm nur für die Profite des Monopolkapitals geben. Für die Arbeiterklasse hingegen hält der Kapitalismus samt seinen Organen wie dem kapitalistischen Staatsapparat und dem reaktionären Gewerkschaftsapparat lediglich größeres Elend bereit.

Belegschaftsversammlung COOP-Schwaben

COOP - Ausbeuterbetrieb des Gewerkschaftsapparates

Vor kurzem hat in Stuttgart die erste zentrale Betriebsversammlung der COOP-Schwaben stattgefunden. Die COOP ist ein gewerkschaftseigener Betrieb und, gemeinsam mit der ebenfalls gewerkschaftseigenen GEG, einer der größten Lebensmittelkonzerne in der Bundesrepublik. In den Läden und Betrieben der COOP-Schwaben arbeiten allein 5000 Menschen.

Wenn man den Gewerkschaftsbonzen Glauben schenken soll, dann arbeiten sie allerdings in einem Betrieb, der sich grundlegend von seinen Konkurrenten wie z. B. Albrecht, Neckermann, Horten usw. unterscheidet. Die COOP gehört schon zu einer „Wirtschaftsform, bei der nicht das private Profitstreben, sondern der Nutzen der Gesamtheit im Vordergrund aller Erwägungen und Handlungen" stehe; das Ziel ihrer Arbeit liege nicht in der Gewinnmaximierung, sondern in der Senkung und Stabilisierung der Preise — so jedenfalls wird es in einer Jubiläumsbroschüre des DGB-Bundesvorstandes behauptet. Diese schönen Worte sind aber ein ebensolcher Betrug, wie die ständigen Beteuerungen der Kapitalistenverbände, sie ließen sich stets von der Sorge um das Wohl „der Allgemeinheit" leiten. In Wirklichkeit sind auch die gewerkschaftseigenen Unternehmen kapitalistische Betriebe, in denen die Arbeiter ausgebeutet werden und deren ganze Tätigkeit darauf gerichtet ist, Höchstprofite zu raffen; Konzerne, an denen sich einige Wenige, die Spitzen des Gewerkschaftsapparates, an der Ausbeutung der Arbeiter bereichern. Die Tatsachen sind dafür ein schlagender Beweis. Niemand, der schon einmal bei COOP eingekauft hat, wird das Märchen von den sinkenden Preisen glauben. Wie steht es aber mit dem „Nutzen der Gesamtheit"?

Im Mittelpunkt der Belegschaftsversammlung in Stuttgart stand die Zusammenfassung aller COOP-Betriebe in einem Handelskonzern, der geplanten DGB-Holding. Mit Hilfe dieses Trusts, so erklärte auf der Belegschaftsversammlung der Vertreter der COOP-Zentrale in Frankfurt, Otto, sei es möglich, trotz großer Schwierigkeiten, die Arbeitsplätze zu sichern, die infolge der Krise bedroht sind.

Um diesen Betrug aufzudecken, verteilten Genossen der Partei vor der Belegschaftsversammlung ein Flugblatt, in dem es u. a. heißt: „Die Geschäftsleitung und der Betriebsrat werden uns Märchen aus Tausend und einer Nacht erzählen, wie gut es uns mit der Konzentration ergehen wird. Aber die Verbesserung der Lage des Unternehmens COOP ging immer einher mit der Verschlechterung der Lage der Arbeiter. Früher gab es neben dem Urlaubsgeld eine Herbstzulage — heute gestrichen. Früher konnten COOP-Beschäftigte in COOP-Läden billiger einkaufen — heute gestrichen ... Ganz zu schweigen davon, daß Urlaubs- und Weihnachtsgeld nur die bekommen, die in der Gewerkschaft sind." In dem Flugblatt wird auch gezeigt, daß die Konzentration und Zusammenfassung der COOP-Betriebe immer mit Entlassungen verbunden war, mit einer gesteigerten Arbeitshetze, um aus den übrigen Arbeitern noch mehr rauszuholen. So wurde, als die COOP-Schwaben aus vier Genossenschaften gebildet wurde, die Reutlinger Bäckerei wegrationalisiert. Und eine der ersten Maßnahmen des neuen Trusts wird es sein, die hochmoderne Ludwigsburger Großbäckerei zu schließen. Die Gewerkschaftsbonzen unterscheiden sich um keinen Deut von den anderen Kapitalisten, wenn es darum geht, die Lasten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen. Im übrigen entschlüpfte auch dem Vertreter der COOP-Zentrale auf der Belegschaftsversammlung, worum es in Wirklichkeit geht, als er sagte: „*Wir haben 8,2% Marktanteil, den wollen wir behalten, möglichst wollen wir mehr, Konkurrenten müssen wir bekämpfen, Verluste möglichst gering halten* ..." Und der Betriebsrat scheute sich nicht, zu bekennen, daß er nicht nur allen Maßnahmen zugestimmt, sondern sie auch „mitgetragen" habe.

Um oppositionelle Kollegen von vornherein einzuschüchtern und auf der Belegschaftsversammlung gar nicht erst zu Wort kommen zu lassen, mußte jeder, der sich an der Diskussion beteiligen wollte, seine Frage schriftlich stellen, unter Angabe seines Namens, seiner Abteilung und seiner Kostenstelle. Infolge dieser sozialfaschistischen Unterdrückungsmaßnahmen gab es nur drei Anfragen, zwei davon anonym, die der Betriebsrat gar nicht erst beantwortete. Die dritte wollte er nicht öffentlich beantworten, weil sie Kritik enthielt, sondern erklärte drohend, er werde auf den Kollegen an „seiner Arbeitsstelle zu bekommen.

Die Phrasen der Bonzen und die Wirklichkeit sind ganz verschieden. Diese dienen lediglich dazu, die Ausbeutung schmackhaft zu machen. Aber die Tatsachen können auf die Dauer nicht vertuscht werden. Die Arbeiter und Angestellten bei COOP werden bestimmt erkennen, daß die Gewerkschaftsbonzen um keinen Deut anders sind als alle übrigen Kapitalisten auch.

Gespräch mit spanischem Arbeiter

Gesetze gegen Ausländer werden verschärft

Angesichts der Krise, des mangelnden Bedarfs der Kapitalisten an Arbeitskräften und der Furcht vor Arbeitskämpfen, sind unter Führung des Bundeskanzleramtes 17 Thesen zur Ausländerpolitik der Bundesregierung entworfen worden, die, über das reaktionäre Ausländergesetz hinaus, die minimalen Rechte der ausländischen Arbeiter noch mehr einschränken sollen. So soll z. B. Freizügigkeit auch der ausländischen Arbeiter, die schon länger als 5 Jahre in Westdeutschland arbeiten, eingeschränkt werden, so wie es seit April schon für die anderen Ausländer, die nicht aus EG-Ländern, deutschsprachigen Ländern oder den USA kommen, gilt. Ihnen ist damit verboten, in bestimmten Regionen der Bundesrepublik zu leben und zu arbeiten. Auch die Frist für die Zahlung des Arbeitslosengeldes, die bisher bei deutschen und ausländischen Arbeitern gleich war, soll für die ausländischen Arbeiter gekürzt werden. So will der Staat sich die Abschiebung der nicht benötigten Ausländer erleichtern, denn für den Staat sind Arbeitslose ein reiner Unkostenfaktor. Wir haben mit einem spanischen Arbeiter, der jetzt bei Opel arbeitet, über die Lage der ausländischen Arbeiter gesprochen.

RM: Kollege, Du bist 1971 nach Westdeutschland gekommen, kannst Du uns schildern, welche Vorstellungen Du hattest, als Du hierhergekommen bist?

Span. Kollege: Ich war damals 19 Jahre alt und hatte viele Vorstellungen. Die Bundesrepublik wurde uns als ein Land angepriesen, wo man viel Geld verdienen konnte und das demokratisch sei, in dem man seine Meinung frei sagen könne usw. Ich hatte Kraftfahrzeugmechaniker gelernt und wollte Geld verdienen. In Spanien sind die Löhne niedrig und die Arbeitslosigkeit sehr hoch und dazu kommt noch die faschistische Unterdrückung. Ich dachte, ich gehe eine zeitlang nach Westdeutschland und verdiene Geld, um dann, wenn ich zur spanischen Armee eingezogen werde, Geld zu haben. Ich dachte auch, in Deutschland bist du frei, im Gegensatz zu unserem Land, in dem jeder Protest, jeder Streik, jede Organisierung der Arbeiter verboten ist.

RM: Und wie denkst Du heute darüber, nachdem Du jetzt schon mehrere Jahre hier gelebt hast?

Span. Kollege: Ich muß sagen, ich habe meine Meinung gründlich geändert. Für die westdeutschen Konzerne sind wir billige, rechtlose Arbeitskräfte. Nachdem ich in Westdeutschland angekommen war, spürte ich sofort die Diskriminierung ausländischer Arbeiter. Aber eigentlich begann das schon in Spanien auf den Anwerbestellen. Ein Beispiel von meinem Kollegen macht das ganz deutlich. In der Anwerbestelle in Madrid mußten sich die spanischen Arbeiter aufstellen, die nach Westdeutschland wollten. Von Opel war einer von der Personalabteilung da und suchte sich Arbeiter aus. Jung, kräftig und aus der Provinz mußten sie sein, weil die nicht so politisch sind wie die Arbeiter aus der Stadt. Ein deutscher Arzt und eine Krankenschwester untersuchten die Arbeiter und dann wurden sie in die Bundesrepublik geschickt. Das ist doch wie auf dem Sklavenmarkt. In der Anwerbestelle wo ich war, konnte man zumindest noch zwischen 5 Firmen wählen.

Ich kam nach Hasewinkel zur Landmaschinenfabrik Claas. Dort sind ca. 300 Arbeiter beschäftigt. Am Anfang war es schwer, mit der Sprache und der neuen Lebensweise zurechtzukommen, aber die Kollegen haben mir geholfen. Behandelt wurden wir von Anfang an wie Arbeitstiere. Wir bekamen die schlechteste und schwerste Arbeit, wir wohnten in den sogenannten Wohnheimen von Claas, die eigentlich Ställe sind. Wir bekamen weniger Lohn als unsere deutschen Kollegen. Aufgrund der Ausländergesetze müssen wir ständig Angst haben, entlassen und abgeschoben zu werden, besonders, wenn Du etwas gegen die Unterdrückung sagst. Uns sind nicht einmal die Grundrechte gegeben. Und gerade jetzt, wo sich die Krise so verschärft hat, da hetzt man gegen uns. Die ausländischen Arbeiter seien für die Arbeitslosigkeit verantwortlich, heißt es, sie würden den deutschen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen. Aber obwohl schon 500000 ausländische Arbeiter in ihre Heimat zurückgekehrt sind, ist die Arbeitslosigkeit immer weiter gestiegen. Das zeigt schon, daß das eine Lüge ist, um die deutschen Kollegen gegen uns aufzuhetzen, damit wir uns nicht zusammenschließen.

RM: Die Kapitalistenklasse fürchtet sich natürlich vor dem Zusammenschluß der deutschen und ausländischen Arbeiter, sie weiß, daß häufig die ausländischen Kollegen den Anstoß für einen Kampf gegeben haben, deshalb betreiben sie die Spaltung mit aller Macht, deshalb verbreiten sie solche Demagogien und lenken gleichzeitig von der Ursache der Arbeitslosigkeit, nämlich von der kapitalistischen Produktion, ab. Jetzt, wo der Bedarf der Kapitalisten an ausländischen Arbeitern geringer ist, wollen sie die Arbeitslosen auch schneller ausweisen, während sie eine bestimmte Zahl Kollegen weiter ausbeuten wollen und als Reservearmee brauchen. Dazu verschärfen sie ihre Bestimmungen. Kannst Du uns Deine Erfahrungen kurz schildern, denn Du warst doch auch einmal arbeitslos?



Span. Kollege: Ich selbst war arbeitslos, als ich bei Claas entlassen wurde. Nach 4 Monaten erhielt ich die erste Arbeitslosenunterstützung. Nachdem ich vom Arbeitsamt keine Arbeit bekommen habe, hab ich mir selbst eine Stelle gesucht und sogar eine in meinem Beruf gefunden. Nach einer Woche kam mein Meister und sagte: „Weißt Du was, Du darfst hier nicht ohne Erlaubnis vom Arbeitsamt arbeiten." So flog ich wieder raus und ein anderer Kollege bekam die Stelle.

Ich hatte eine Arbeitsgenehmigung für 3 Jahre. Nachdem ich arbeitslos geworden war, ist die sofort abgelaufen. Wenn Du keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstützung hast, weil die Frist abgelaufen ist, dann kannst Du auch Deine Koffer packen.

Ein Kollege von mir wollte nach Frankfurt gehen und dort arbeiten. Das Arbeitsamt sagte ihm, er könne es ja mal versuchen, aber er bekäme dort keine Arbeitserlaubnis. Frankfurt fällt nämlich unter die Bestimmung der Zuzugssperren. Oder es wird z. B. die Arbeitserlaubnis einfach nicht verlängert, wie es bei Opel gemacht worden ist: Die Gesetze geben den Ausländerbehörden zig Möglichkeiten, Zwangsmaßnahmen gegen uns zu ergreifen.

RM: Der DGB-Apparat gibt doch immer vor, er würde für die Rechte der Ausländer eintreten. Welche Erfahrungen hast Du denn mit den Gewerkschaftsführern gemacht?

Span. Kollege: Ich möchte Euch da ein Beispiel erzählen. Es gibt bei der IGM einen Spanier Namens Carlos Pardo, der auch in Frankfurt sitzt. Er taucht vorwiegend in den Betrieben auf, wo viele Spanier arbeiten. Ich selbst habe ihn ein paar Mal bei Claas erlebt, vor allem auf Belegschaftsversammlungen. Da macht er immer Propaganda für die Politik der IGM. Er sagte immer: „Ihr müßt die IGM unterstützen" usw. Als wir die Unterstützung der IGM aber brauchten, da tauchte Pardo nicht auf. Es passierte folgendes:

100 neue Spanier sollten bei Claas ankommen. Claas hatte aber keine Zimmer. In unserem Wohnheim hatten wir einen Speisesaal, den hat er mit Betten vollstellen lassen, und als wir von der Arbeit kamen, da war er abgeschlossen, wir konnten da nicht essen. Was machen wir jetzt, haben wir überlegt. Wir haben die Tür aufgemacht, die Betten aus dem Fenster geworfen. Dann sind wir zur Geschäftsleitung gegangen. Die Firmenleitung sagte, es sei doch notwendig, daß dieser Raum dazu benutzt wird, weil keine Zimmer da seien. Wir haben gesagt: „Dann baut doch ein neues Wohnheim oder bringt die Kollegen in Hotels unter." „Das können wir nicht machen", sagte die Firmenleitung. „Dann streiken wir!" Einen Tag lang haben wir gestreikt, der Speisesaal wurde wieder hergerichtet und als die Kollegen kamen, wurden sie in Hotelzimmern untergebracht.

Wir hatten aber auch den Pardo von der IGM angerufen und verlangten Unterstützung. Er sagte aber, er wolle keine Konfrontation und hätte auch keine Zeit. Alle Spanier waren sauer, sie haben verlangt, er soll sofort kommen. Doch die IGM-Führer sagten, er könne nicht kommen. Seitdem habe ich ihn dann bei Claas nicht mehr gesehen.

Das ist die Politik, die die IGM-Führer machen. Sie haben auch gesagt, bei Entlassungen hätten die deutschen Arbeiter ein Vorrecht, erst einmal sollte man die ausländischen Arbeitskräfte reduzieren. Ich meine aber, daß die deutschen und die ausländischen Arbeiter gemeinsam gegen Entlassungen vorgehen sollten und keine hinnehmen sollten, egal ob Ausländer oder Deutsche. Deutsche und ausländische Arbeiter sind eine Klasse und sie müssen sich gegen ihren gemeinsamen Ausbeuter erheben.

RM: Die IGM-Führer wollen den Kapitalismus aufrechterhalten, deshalb sabotieren sie unsere Kämpfe, deshalb wollen sie natürlich auch die Spaltung der deutschen und ausländischen Arbeiter. Deine Forderung nach Einheit der ausländischen und deutschen Arbeiter ist richtig. Die ausländischen Arbeiter sind eine wichtige revolutionäre Kraft und das wissen auch die Kapitalisten, deshalb spalten sie, deshalb schaffen sie Gesetze, die Euch jede politische Betätigung verbieten. Es ist eine unbedingte Voraussetzung, damit wir die Kapitalistenklasse im revolutionären Kampf besiegen, daß wir die Einheit zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern herstellen. Diese Einheit ist notwendig, um in der Bundesrepublik die Revolution durchzuführen. Die KPD/ML wird diesen Zusammenschluß der Arbeiterklasse weiter verstärkt vorantreiben.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Aus dem Kampf lernen! Gespräch mit Kollegin Roswitha



KPD/ML: Dir wurde mit Kündigung gedroht, weil Dein Bruder Harald Kommunist ist. In den Gesprächen mit den Kollegen haben wir festgestellt, daß viele sich nicht vorstellen können, daß das stimmt. Wie kamst Du darauf, daß das der wirkliche Grund ist?

Roswitha: Ja, weil die Oberschwester mich danach gefragt hat, z. B. wieviele „ROTE MORGEN" mein Bruder verkauft. Als ich angefangen bin, da wußte sie schon, wo er arbeitet und wie er heißt und fragte sofort, ob Harald Brandl mein Bruder wär. Dann hat sie auch erfahren, daß meinem Bruder aus politischen Gründen gekündigt wurde. Und dann ist der Polizist, der gegen meinen Bruder in seinem politischen Prozeß ausgesagt hat, der Mann von einer Arbeitskollegin.

KPD/ML: Warum hast Du Dich an uns gewandt, als Du hörtest, daß Dir gekündigt werden sollte. Warum nicht z. B. an die ÖTV?

Roswitha: Die ÖTV ist mir noch nicht bekannt. Und dann mein ich, daß es 'ne wichtige Sache ist, da muß doch was gegen getan werden. Da muß doch gegen gekämpft werden. Man kann doch nicht einfach sagen, gut, ich nehm die Kündigung an und tschüs!

KPD/ML: Wir haben dann den Kampf gegen die Kündigung aufgenommen. Die Drohung wurde zurückgenommen. Wie hat die Oberschwester denn das begründet?

Roswitha: Ich war krankgeschrieben und hatte mich wieder zurückgemeldet. Als ich hinkam sagte sie mir, daß auf der Kinderstation, wo ich als Aushilfe arbeite, heute keine Arbeit mehr wäre. Ich glaubte, sie wollte mich abschieben und sprach sie deshalb auf die Kündigung an. Ich sagte, da oben in der Verwaltung lägen zwei Beschwerden, die für eine Kündigung ausreichen. Sie meinte, das würde nicht stimmen. Ich sagte: Die sind doch von Ihnen geschrieben, ich hab sie doch in der Hand gehabt. Sie: das könne gar nicht sein, sie hätte zwar mal was geschrieben, aber dann zerrissen und in den Papierkorb geworfen. Das hätte die Vertreterin gemacht, während sie im Urlaub war. Aber das ist falsch, weil die Vertretung nie in ihrem Zimmer war und die Beschwerden schon vorm Urlaub da waren. Sie wußte auch nicht mehr was sie sagen sollte. Die Schriftstücke wären jedenfalls wieder zurückgekommen.

KPD/ML: Warum meinst Du, ist die Kündigung zurückgenommen worden?

Roswitha: Weil wir dagegen gekämpft haben und so viele Kollegen ihre Unterschrift gegeben haben.

KPD/ML: Wie war es denn nachher auf Deiner Arbeit?

Roswitha: Es ist beschissener geworden. Es hieß, ich sollte zum „Helfen" kommen. Das Helfen sieht so aus: Ich fange um 7 Uhr an und muß 33 Räume putzen.

KPD/ML: Und das, wo Du schwanger bist!

Roswitha: Ja, und das bis halb neun, besser gesagt: die Ärztezimmer bis acht Uhr, dann setz ich mich ein bißchen und frühstücke. Nach dem Frühstück dann: Pforte putzen, Sehschule, Röntgenabteilung, ... zwei Schwesternhäuser und noch andere Kleinigkeiten, und das nennt sich dann helfen. Und diesen Monat habe ich auch noch kein Geld bekommen, warum weiß ich nicht. Ich habe da angerufen, normalerweise müßte das schon da sein.

KPD/ML: Was meinst Du, ob sie jetzt nicht mehr versuchen, Dich zu kündigen?

Roswitha: Ja, sicher nach der Entbindung ...

KPD/ML: Was hast Du aus alledem gelernt?

Roswitha: Ich hab' gemerkt, daß man nicht nur Kommunisten kündigt, sondern daß die sich an die ganze Familie dranmachen. Da könnte doch was sein! Die werden beobachtet und ausgehorcht.

KPD/ML: Ja, es geht praktisch gegen jeden, der aufmuckt.

Roswitha: Das war mir vorher noch gar nicht so bewußt.

KPD/ML: Wenn jetzt Kollegen aus ähnlichen Gründen gekündigt werden, weil sie sich einfach nicht alles gefallen lassen, was meinst Du, sollen sie tun?

Roswitha: Die sollen dagegen kämpfen. Sie sollen sich an die KPD/ML wenden und fragen, was man tun kann. Ich bin auch zur Partei gegangen, weil ich einen Rat brauchte, und die Partei weiß, was man machen kann!

KPD/ML: Roswitha, wir danken Dir für das Gespräch.

Kein Erdgas aus Moskau!

Bundeskanzler Schmidt verhandelte vor kurzer Zeit in Persien über ein deutsch-iranisch-sowjetisches Erdgasgeschäft, ein sogenanntes Dreiecksgeschäft. Die BRD bezieht aus der Sowjetunion 10 Milliarden Kubikmeter Erdgas, die Sowjetunion ihrerseits nimmt dafür dem IRAN 13 Milliarden Kubikmeter Erdgas ab. Damit hat die BRD-Regierung wieder einen weiteren Schritt unternommen, um stärker als bisher von den russischen Sozialimperialisten abhängig zu werden.

Das heißt aber auch mehr Zechenstillegungen an der Ruhr! Die Kraftwerke werden das zur Zeit billigere Erdgas statt Kohle verfeuern. Das bringt für die westdeutschen Monopole kurzfristig mehr Profit, aber gleichzeitig bedeutet das eine noch stärkere Abhängigkeit vom sowjetischen Sozialimperialismus. Jeder weiß, wie gerade die Sozialimperialisten ihre Handelsverträge rücksichtslos zu Erpressungen ausnutzen. Sie dringen in andere Märkte ein, und wenn sie einen genügenden Brocken Marktanteil haben, z. B. mit Hilfe von Dumpingpreisen, dann werden rücksichtslos die Preise erhöht. Zum Beispiel nutzten sie ihre Monopolstellung in den von ihnen besetzten Ländern Osteuropas in der Erdölversorgung aus, um vor einem Jahr die Preise für Erdöl trotz aller Verträge rücksichtslos mit einem Schlage um 100% zu erhöhen. Davon können die Werktätigen in der DDR, Polen, Ungarn usw. ein Lied singen, bedeutet das doch für sie noch stärkere Auspressung durch ihre revisionistischen Unterdrücker und Quislinge, um den russischen Sozialimperialisten Superprofite zu sichern.

Aber auch die Bevölkerung von München z. B. wird zur Kasse gebeten: Seit ihre Heizungen mit sowjetischem Erdgas versorgt werden, müssen sie jetzt 15 Prozent mehr zahlen!



Das Dreiecksgeschäft nützt auf lange Sicht allein Moskau. Für uns bedeutet es: nationale Abhängigkeit und für die Kumpels Zechensterben und Feierschichten! Die D„K"P-Parolen, die auf den Plakatschildern zur Landtagswahl an der Dortmunder Straße hingen, wie „Ostverträge sichern Arbeitsplätze!" haben sich als glatte Lüge herausgestellt.

Aber auch die IGBE-Betriebsräte wie Brandau und Wesat setzen sich mitsamt der Wohnungsverwaltung Herrn Gahlen für Erdgasheizungen an der Franz-Bracht-Straße und Langen Wanne ein, obwohl in Recklinghausen ein Kohlekraftwerk mit Fernheizung vorhanden ist.

Jetzt schreien Brandau und Wegat nach mehr Kohleverbrauch, nach mehr Kraftwerken. **Sie selbst** haben aber wesentlich dazu beigetragen, daß in Recklinghausen weniger Kohle verbraucht wird. Und dann redet die IGBE natürlich von Zechenstillgungen, die notwendig sind.

Die RAG hat aber erst vor kurzem Kohlebergwerke in den USA gekauft; wie jeder weiß, mit der Zustimmung zum Beispiel des IGBE-Vorsitzenden Adolf Schmidt und aller anderen IGBE-Bonzen im Aufsichtsrat der RAG. (Daran sieht man mal wieder: Die Mitbestimmung nützt nur dem Kapital und uns überhaupt nicht!) Die russischen Sozialimperialisten und die US-Imperialisten sind die größten Räuber auf der Welt

Die KPD/ML tritt für eine von den beiden Supermächten unabhängige Energiepolitik ein.

Revisionistisches

„K"PI: KAMPF GEGEN STILL-LEGUNGEN REINER UNSINN

Die revisionistische „K"PI ist dafür bekannt, daß sie in ihrer Anbiederung an die Bourgeoisie immer offener für die Erhaltung des kapitalistischen Ausbeutungssystems eintritt. Sie hat nun dafür ein neues Beispiel geliefert.

Tagtäglich werden in Italien, das von der kapitalistischen Krise schwer erfaßt ist, Betriebe stillgelegt, Arbeiter auf die Straße geworfen. Doch die Arbeiterklasse nimmt dies nicht kampflos hin. Betriebsbesetzungen gegen die Stillegungspläne der Kapitalisten sind häufig eine entschiedene Antwort der italienischen Kollegen. Hat die revisionistische „K"PI bisher diese Kämpfe sabotiert, indem sie die Arbeiter zu versöhnlerischen Verhandlungen und zu „Kompromissen" aufrief, die stets damit endeten, daß der Kampf abgewürgt und den Kollegen damit eine Niederlage aufgezwungen wurde, so tritt sie jetzt sogar ganz offen für Betriebsschließungen ein und verteidigt die Massenentlassungen durch die Kapitalisten.

Erstmals erklärte in der letzten Woche ein führendes Mitglied der revisionistischen „K"PI vor einigen hundert Arbeitern des Montedison-Chemiefaser-Betriebes Helion in Vercelli (Norditalien), daß es „reiner Unsinn" wäre, ein privat unwirtschaftlich arbeitendes Werk zu erhalten. Das heißt also, daß die Kampfaktionen der Arbeiter um ihre Arbeitsplätze Unsinn seien, die „Vernunft" aber auf der Seite der Kapitalisten stehe, die ihren Betrieb dicht machen, weil er ihnen nicht genug Profit abwirft, die Tausende Arbeiter auf die Straße jagen, um ihr Kapital woanders — vielleicht im Ausland — anzulegen, wo es ihnen mehr Profit bringt. Es zeigt deutlich, daß die modernen Revisionisten sich nicht ein Fünkchen an den Interessen des Proletariats orientieren, sondern daß der Ausgangspunkt ihrer Überlegungen und Theorien die kapitalistische Profitwirtschaft ist, die sie gegen die Arbeiterklasse verteidigen und die sie zu erhalten gedenken.

Den fassungslos zuhörenden Arbeitern erklärte der Revisionist auch noch frech, seine Partei werde sich dafür einsetzen, daß für alle Betroffenen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es sind die bekannten Versprechungen, die nicht anders auch jeder beliebige Personalchef, Firmenchef oder Regierungsvertreter abgibt — nach dem Motto: Erst mal euch loswerden, das andere wird die Zukunft zeigen. Diese Zukunft, diese Versprechungen kennen Hunderttausende italienische Arbeiter — wie auch Millionen ihrer Klassenbrüder in den anderen kapitalistischen Ländern zu Genüge: sie sitzen auf der Straße und müssen sich mit so gut wie nichts über Wasser halten. Der Unterschied zwischen x-beliebigen Regierungsvertretern oder Firmenchefs und den Revisionisten liegt lediglich darin, daß die Revisionisten versuchen, ihre Lügen mit sozialistischen Phrasen zu tarnen.

Begeisterung aber löste dieser Schritt der revisionistischen Verräter bei der Bourgeoisie aus. Überall wurde den italienischen Revisionisten Lob dafür gezollt, daß sie in aller Offenheit „mutig bekennen", wozu sie tatsächlich stehen. Auch die Kapitalistenpresse bei uns schrieb begeistert: „Die Erklärung von Vercelli ist ein mutiger Schritt der italienischen Kommunisten, dessen ganze Bedeutung sich erst an den fälligen Reaktionen ermessen läßt. Ganz klar ist dieser Schritt bestimmt von dem Willen der KPI, in Italien rasch Verantwortung zu übernehmen." Das ist allerdings wahr. In ihrem Bestreben, endlich in die Regierung zu gelangen, um so noch dichter an den Fleischtöpfen zu sitzen, sind die italienischen Revisionisten offenbar derart haltlos, daß sie ihre Tarnung, sich als Kommunisten zu geben, bisweilen offen fallen lassen.

KGB-Terrorinstrument der Neuen Zaren

Der KGB — russische Abkürzung für das Komitee des Staatssicherheitsdienstes — ist heute die hauptsächliche Stütze der faschistischen Herrschaft der Renegaten im Kreml in ihrem eigenen Land und ihr unentbehrliches Werkzeug zur Spionage, Subversion und Sabotage in anderen Ländern. Der Name ist zum Kennzeichen geworden für politische Entartung und Niedertracht, und ruft viele Verbrechen in Erinnerung, die jedesmal den Unwillen und die Verurteilung der Welt hervorgerufen haben.

Die Agentenorganisation begann ihre Tätigkeit 1954, kurz nachdem Chruschtschow die Macht an sich gerissen hatte. Seit dieser Zeit hat sie immer mehr Menschen angeworben und ist zu einem breiten Netz der brutalen Unterdrückung im eigenen Land und der Spionage und Subversion in anderen Ländern geworden. Sie hat Abteilungen in jeder Republik der Union, in Stadt und Land, im Innenministerium und in den Streitkräften. Ihre Untergrundagenten arbeiten in allen Bereichen des Landes. Darüber hinaus sind ihre offiziellen „Männer mit weißer Weste" über die ganze Welt verbreitet und bilden ein globales Spionagesystem.

Offiziell den sowjetischen Ministerräten unterstellt, steht der KGB heute unter der direkten Kontrolle des Politischen Büros der revisionistischen Partei und wird von Y. V. Andropow kommandiert. Seit Andropow zum Führer des KGB ernannt wurde, stieg er schnell vom Mitglied des Zentralkomitees zum Kandidaten und schließlich zum Vollmitglied des Politbüros auf. Damit überflügelte er, was seine Karriere in der Partei betrifft, alle seine Vorgänger. Das zeigt, welche Bedeutung die Breschnew-Clique dieser Agentenorganisation zur Unterdrückung und Spionage beimißt.

Als sich mit der Restauration des Kapitalismus durch die Chruschtschow-Clique die Klassenwidersprüche in der Sowjetunion verschärften, war das sowjetische Volk gezwungen, diese Clique seine Proteste hören und fühlen zu lassen. Beunruhigt durch die Opposition des Volkes, hat sich die revisionistische Renegatenclique mehr und mehr auf den KGB als wichtiges Instrument zur Niederhaltung der Opposition des Volkes gestützt. Mehrere hunderttausend KGB-Agenten beschatten, tyrannisieren, verhaften und begehen sogar Morde. Dekrete, Regeln und Beschlüsse werden verkündet, um den finsteren Aktivitäten des KGB ein legales Feigenblatt zu geben und ihn zu ermächtigen Verhaftungen und Verhöre vorzunehmen, wie immer es ihm paßt.

Die Verbrechen des KGB umfassen ein weites Feld. Eine seiner üblichen Praktiken ist es, Menschen in „Psycho-Neurologische Anstalten" einzuweisen, die geistig gesund, aber gegen das revisionistische Regime aufbegehren. Nach Berichten, die in den letzten Jahren aus dem Land drangen, gehören zu diesen „Geisteskranken" Arbeiter, Bauern, Wissenschaftler und andere Intellektuelle, einige Militärs und Funktionäre der nichtrussischen Minderheiten — alles Menschen, die den Mut hatten, die Stimme gegen das faschistische Regime zu erheben, gegen die Unterdrückung der nichtrussischen Nationalitäten oder gegen die fieberhafte Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen, gegen Aggression und Expansion nach außen. Um sie zu zwingen, ihre politische Meinung zu ändern, werden die „Patienten" oft gefesselt, mißhandelt oder es werden ihnen giftige Injektionen eingespritzt. Einige werden physisch und geistig ruiniert, andere werden zu Tode gehetzt.

Der KGB soll auch Revolutionäre und andere „politisch Widerspenstige" eingefangen und in „scharfer Disziplin" oder in „besondere" Arbeitslager eingesperrt haben, wo die Insassen noch gnadenloser behandelt werden.

Der KGB ist auch eine scharfe Waffe gegen die nichtrussischen Nationalitäten. Massen und Funktionäre dieser Nationalitäten werden verfolgt, wenn sie in irgendeiner Form Unzufriedenheit oder Widerstand gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch die großrussischen Chauvinisten zeigen. Die Hälfte der „Gefangenen" in sowjetischen Konzentrationslagern sind dem Vernehmen nach „Nationalisten". Großangelegte Säuberungen und Verhaftungsaktionen haben seit September 1972, als der langjährige Polizeichef E. A. Schewardnedze erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei von Georgien wurde, in ganz Georgien stattgefunden. Nach Enthüllungen der Zeitung „Zarya Vostaka" wurden mehr als die Hälfte der führenden Mitglieder des Zentralkomitees der Partei und des Ministerrates sowie die Hälfte der Mitglieder der Regierung von Georgien hinausgesäubert, sowie die Mehrheit der führenden Mitglieder der Partei und der Regierungsorgane auf Distriktebene entfernt. Bei den Funktionären auf Provinzebene ist der Prozentsatz noch größer. Seit 1970 ein neuer KGB-Boss in der Ukraine ins Amt kam, sind Razzien, Verhaftungen und Geheimverhöre von „ukrainischen Nationalisten" an der Tagesordnung.

Der KGB verfügt auch über ein straffes System von Spezialagenten in den Streitkräften, um Offiziere und Mannschaften zu überwachen und zu kontrollieren. Vom Verteidigungsministerium bis hinunter zu den Bataillonen gibt es besondere KGB-Organe, Agenten und Informanten. Unter verschiedenen Vorwänden führt das KGB-Personal regelmäßig „politische Untersuchungen" unter den Offizieren und Mannschaften durch und verfolgt Menschen mit „antisowjetischer Haltung". Entsprechend den wachsenden Aggressions- und Expansionsabsichten der sowjetischen Sozialimperialisten in anderen Ländern sind die Spionageaktivitäten des KGB in anderen Ländern in den letzten Jahren mehr und mehr angestiegen. Es wurden Zweigstellen in den sowjetischen Vertretungen in anderen Ländern aufgebaut, um Informationen zu sammeln, Sabotage und Subversion zu verüben und das sowjetische Personal zu überwachen. KGB-Agenten operieren, getarnt als Diplomaten, Journalisten, Geschäftsleute, Wissenschaftler und Mitglieder von Delegationen. Einige sowjetische Botschafter sind direkt Offiziere des KGB. Nach einer britischen Zeitung operieren nicht weniger als 3500 KGB-Spione in mehr als 90 Ländern und Regionen.

Die Associated Press meldet, daß es mehr als 100 sowjetische Geheimagenten in Frankreich gibt. KGB-Männer wurden unter den sowjetischen Angestellten im UNESCO-Hauptquartier entdeckt.

Die französischen Zeitungen „Figaro" und „Aurore" meldeten im Mai 1973, daß viele sowjetische Botschaftsangehörige in Paris militärische und industrielle Spionage betreiben.

Nach Meldungen der westdeutschen Zeitung „Bild am Sonntag" vom 26. 9. 1971 sind von 200 sowjetischen Diplomaten und anderen offiziellen Persönlichkeiten im Land 80 Spione des KGB.

In Britannien wurden KGB-Agenten in verschiedenen Masken noch aktiver und betrieben Spionage im Namen der „Freundschaft". Nach Meldungen des Londoner Institutes für Konfliktforschung haben sowjetische Spione auch ein Aktionsprogramm ausgearbeitet, um, wenn nötig, ein Frühwarnsystem in Yorkshire und ein Langstreckenkommunikationssystem von London zu sabotieren. Die italienische Zeitung „La Nazione" schreibt als Kommentar zu den KGB-Aktivitäten in Italien am 5. April 1974, daß zu den 19 Spionen des KGB, die in Italien operieren, auch Räte, der erste Sekretär, und Attachés der sowjetischen Botschaft gehören sowie TASS-Korrespondenten und Repräsentanten der sowjetischen Reiseagentur „Intourist" in Rom.

Der KGB läßt keinen Stein auf dem anderen, wenn es darum geht, sein Spionagenetz über Südostasien auszudehnen. Eine thailändische Zeitung enthüllte im letzten Jahr, daß „mehr als 5000 Russen als Spione in den südostasiatischen Ländern arbeiten" und daß „der KGB seine Agenten überall in Thailand hat", um in die Arbeiterorganisationen, die Studentenbewegung einzudringen und Informationen über die thailändische Regierung zu sammeln.

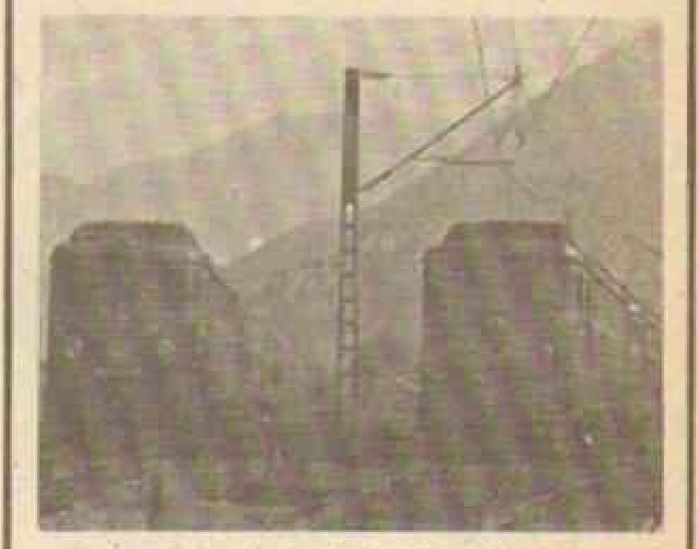
Der KGB ist im In- und Ausland berüchtigt. In den letzten Jahren ist der Widerstand der sowjetischen Bevölkerung gegen die faschistische Diktatur der sowjetischen Revisionisten unaufhörlich hervorgebrochen. Einige revolutionäre Organisationen verteilen ständig Artikel und Flugblätter, rufen das sowjetische Volk auf, sich zu erheben und die faschistische Herrschaft der sowjetischen Revisionisten zu stürzen und die Diktatur des Proletariats wiederzuerrichten. Fortwährend werden Kämpfe von den nichtrussischen Nationalitäten geführt, gegen die nationale Unterdrückung durch die sowjetischen Revisionisten mit Hilfe des KGB. In der Stadt Dnieprodzerschinsk in der Ukraine fand eine Massendemonstration von über 10000 Menschen statt, die Gebäude des KGB demolierten und die Bilder Breschnews in Stücke rissen. Sowjetische Intellektuelle klagten die sowjetischen Revisionisten in verschiedener Weise an, mit Hilfe des KGB eine Regierung des weißen Terrors errichtet zu haben.

In anderen Ländern werden die KGB-Agenten allgemein verurteilt. Viele wurden auf frischer Tat ertappt, als sie Informationen stahlen und spionierten. Die Ausweisung sowjetischer Agenten ist in der Welt eine ganz normale Angelegenheit geworden. Nach unvollständigen Statistiken sind mehr als 1000 sowjetische Agenten in mehr als 30 Ländern der Welt in der Zeit von 1971 bis 1974 ausgewiesen oder enttarnt worden. Im September 1971 wurden von der britischen Regierung auf einmal 105 sowjetische „Diplomaten" und andere offizielle Persönlichkeiten wegen Spionage ausgewiesen. In den letzten Jahren haben 12 europäische Länder mehr als 200 sowjetische Spione ausgewiesen, darunter Westdeutschland, Frankreich, Belgien, Dänemark, Norwegen und Italien. Auch von den afrikanischen Ländern wurden sowjetische Agenten enttarnt oder ausgewiesen, wegen Spionage und Anzettelns von reaktionären Staatsstreichen. Die Elfenbeinküste brach die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ab, weil der sowjetische Botschafter in subversive Tätigkeiten verwickelt war. Ein dringlicher Aufruf zur Ergreifung von Boris Moisiew, TASS-Korrespondent in Tansania, der von der Polizei von Tansania veröffentlicht wurde, erschien am 26. September 1974 in der Zeitung „Daily News". Darin heißt es: „Wer ihn sieht (Moisiew), soll sofort die nächste Polizeistation verständigen." In den letzten fünf Jahren wurden über 150 sowjetische Diplomaten aus fünf lateinamerikanischen Ländern ausgewiesen. Und erst vor wenigen Tagen wurden in Australien die KGB-Spione Kuzin und Kulikow enttarnt, die, als „Gelehrte" getarnt, Gespräche über ein sowjetisch-australisches Abkommen führen wollten.

Vom Aufbau des Sozialismus

CHINAS ERSTE ELEKTRIFIZIERTE EISENBAHNLINIE

Chinas erste elektrifizierte Eisenbahnlinie von Baodji nach Tschengdu wurde am 1. Juli dieses Jahres dem Verkehr übergeben. Die 669 Kilometer lange Eisenbahnlinie, zwischen 1952 und 1956 gebaut, schlängelt sich fast die ganze Strecke über Gebirge in den Provinzen Schensi und Szetschuan hin — über die Tjinling-Kette und das Djiänmen-Gebirge, auch müssen dabei die Flüsse Djialing und Fudjiang überquert werden. Diese Eisenbahnlinie bildet eine wichtige Verkehrsader in der Verbindung von Chinas Nordwesten mit dem Südwesten und spielt eine große Rolle bei der Unterstützung des sozialistischen Aufbaus in diesem früher kaum zugänglichen Gebiet. Aber der Neigungswinkel und die Länge des bergigen Terrains, die zahlreichen Tunnels und Biegungen entlang der ganzen Linie machten den Dampflokomotiven viel zu schaffen. Daher beschloß der Staat, zur Erhöhung des Transportvolumens diese Eisenbahnlinie zu elektrifizieren. Das Projekt wurde 1958 in Angriff genommen. Aber unter Einfluß von Liu Schao-tschis revisionistischer Linie, die das „Absitzen" befürwortete, wurde die Arbeit abgebrochen und nur eine kurze Strecke fertiggestellt.



Auf der Eisenbahnlinie Baodji-Tschengdu verkehren in China selbst hergestellte Elektroloks.

Die Große Proletarische Kulturrevolution zerschmetterte die beiden bürgerlichen Hauptquartiere — Liu Schao-tschis und Lin Biaos. Die Elektrifizierungsarbeiten konnten wieder aufgenommen werden. Alle mit dieser Aufgabe Betrauten waren höchst erfreut darüber, ihre sozialistische Begeisterung kannte keine Grenzen. Nach der vom Vorsitzenden Mao gegebenen Richtlinie „**Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft**" wurde das Projekt für die Eisenbahnlinie Chinas spezifischen Bedingungen gemäß entworfen, Ausrüstung und Materialien wurden ebenfalls von China selbst erstellt. Die Schranken ausländischer Bestimmungen wurden durchbrochen, eine Reihe von neuen Anlagen und Geräten wurde der modernen Technologie entsprechend gebaut. Während des Umbaus haben die Arbeiter über 400 technische Neuerungen eingeführt. So wurden beispielsweise die Kupferdrahtleitungen, die früher für elektrische Eisenbahnen als unentbehrlich galten, durch Leitungen aus in China selbst hergestelltem Stahlaluminium ersetzt. An jedem Streckenabschnitt, der während der Großen Proletarischen Kulturrevolution fertiggestellt wurde, erwiesen sich diese Leitungen als voller Erfolg. Das Bauprojekt erfreute sich der vielseitigen Unterstützung von seiten der verschiedenen Nationalitäten, die die Strecke besiedeln; Provinzen, Städte und autonome Gebiete im ganzen Land lieferten eifrig Tausende von Anlagen und Geräten für die Linie.



Lokführer auf der elektrifizierten Linie.

Durch Elektrifizierung der Eisenbahnlinie Baodji — Tschengdu hat sich das Transportvolumen verdoppelt, während die Investitionen nur ein Zehntel der Kosten für den Bau einer neuen Eisenbahnlinie betrugen. Da durch den Einsatz von Elektroloks die ganze Strecke entlang die Zugkraft vereinheitlicht wurde, nimmt die Zusammenstellung der Eisenbahnwaggons zu Zügen weniger Zeit und auch die Umlaufzeit ist gesunken. Darüber hinaus wurden die Signalanlagen modernisiert. Die elektrifizierte Eisenbahnlinie fördert auch die Entwicklung der industriellen wie landwirtschaftlichen Produktion die ganze Linie entlang.

Prozess gegen die Rote Hilfe

Interview mit Genossen Michael Banos

Am 15. 12., 13 Uhr, beginnt vor dem Schöffengericht in Dortmund (Amtsgericht) ein Prozeß gegen den ehemaligen presserechtlich Verantwortlichen der Roten Hilfe, Michael Banos.

Der ROTE MORGEN sprach aus diesem Anlaß mit Genossen Michael.

RM: Genosse Michael, was wirft Dir die bürgerliche Klassenjustiz in diesem Prozeß vor?

Michael: Es geht um Veröffentlichungen der Roten Hilfe im Jahre 1974. In diesem Verfahren soll über meine Einsprüche gegen 7 Strafbefehle und über eine Anklageschrift verhandelt werden. Die Vorwürfe sind wie üblich in Verfahren gegen revolutionäre Organisationen: Beleidigung, Verächtlichmachung des Staates, Billigung von Verbrechen. Über 7000 DM Geldstrafe sind schon verhängt und in der Anklageschrift wird auch noch mit dem § 129, Kriminelle Vereinigung gedroht.



Michael bei einer RH-Demonstration

RM: Wie kam es zum jetzigen Prozeß?

Michael: Schon vor der Konferenz der revolutionären Rote-Hilfe-Gruppen Westdeutschlands und Westberlins Ostern 74 war ich Presseverantwortlicher der RH Dortmund. Aus dieser Zeit gibt es lediglich einen Strafbefehl über 400 DM wegen Beleidigung eines Richters durch ein RH Flugblatt.

Nach dieser Konferenz, auf der die Rote-Hilfe-Gruppen beschlossen, für eine einheitliche, zentralisierte Rote Hilfe zu kämpfen, und unter der provisorischen zentralen Leitung die ersten überregionalen großen Aktionen angepackt wurden, ging die Bourgeoisie schärfer gegen die Rote Hilfe vor. Als wir mithalfen, die Wahrheit über den Mord an Genossen Günter Routhier zu verbreiten, da ging es los: zum ersten Mal über 1000 DM Geldstrafe für eines unserer Flugblätter.

Und zur ersten einheitlichen zentralen Kampagne der Roten-Hilfe-Gruppen, der Kampagne zu der Isolationsfolter und den Mordversuchen an politischen Gefangenen sollen wir allein wegen zwei Flugblättern 3700 DM Geldstrafe zahlen.

RM: Kannst Du nochmal etwas über diese Kampagne berichten?

Michael: Die Kampagne gegen die Isolationsfolter in den Gefängnissen in Westdeutschland war im Herbst 74 eine besonders wichtige Aufgabe. Die Bourgeoisie versuchte, den revolutionären Geist der politischen Gefangenen zu brechen. Dazu war ihr jedes Mittel recht. In monatelanger Isolation, in toten Trakts, durch Menschenversuche gewissenloser Mediziner wollte sie ihr Ziel erreichen. Der Tod von Holger Meins, dauernde gesundheitliche Schäden bei vielen Gefangenen sind die heute bekannten Folgen. In dieser Situation mußte die Rote Hilfe handeln: Die Informationen über die Zustände in den Gefängnissen mußten verbreitet werden, viele Flugblätter erschienen, unsere Zeitung berichtete darüber, überall wurden Parolen gemalt. Wir sammelten Geld für die eingekerkerten Kämpfer und viele Leute protestierten mit ihrer Unterschrift gegen die Barbareien der Justiz.

Und in dieser Kampagne gelang es uns, viele neue Kämpfer für die Rote Hilfe zu gewinnen.

Die Angriffe der Klassenjustiz aber zeigen, daß sie gemerkt hat, welch starker, unerbittlicher Feind ihr in der Roten Hilfe entstanden ist.

RM: Die Verfolgung der Roten Hilfe hat mit den Strafverfahren gegen Dich aber nicht aufgehört ...

Michael: Nein, das sieht man einmal daran, daß die Anklageschrift gegen mich, die praktisch die gesamte Agitation und Propaganda der RH unter Strafe stellt, und die Organisation mit dem § 129 bedroht, genau nach Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS eintraf. Außerdem steht heute fast jede Nummer der Zeitung der RHD unter Anklage. Und auch der neue § 130 ist eine Drohung gegen die RHD.

RM: Kannst Du das mal erläutern?

Michael: Im Programm der RHD heißt es: *,,Die ROTE HILFE schafft breite Solidarität mit all denen, die aufgrund ihrer revolutionären politischen Gesinnung und Aktionen vor die bürgerliche Klassenjustiz gezerrt werden.''* Das genau soll mit dem neuen Gesetz verboten werden. Strafbar soll dann zum Beispiel sein, die Gefangenen des Roten Antikriegstages zu unterstützen, die revolutionäre Demonstration in München 1972 zu verteidigen.

Welche Angst die Bourgeoisie vor dieser Solidarität hat, zeigen die Beispiele der gefangenen Genossen: schon heute wird ihnen ein Teil ihrer Post verweigert, ja die Gefängnisbehörden drohten sogar, jeden Brief einzubehalten, der mit Rot Front unterschrieben ist.

RM: Genosse, kannst Du noch etwas über die Vorbereitungen zu diesem Prozeß sagen:

Michael: Die Bourgeoisie will jede unserer Äußerungen unter Strafe stellen, so will sie erreichen, daß wir schweigen. Aber sie erreicht das Gegenteil, in einer breiten Kampagne, mit einem zentralen Flugblatt der RHD, mit einem Artikel in der Zeitung ,,Rote Hilfe'' werden wir für die Freiheit der revolutionären Agitation und Propaganda kämpfen. Schwerpunkt dieser Kampagne wird Dortmund sein, wo auch am Samstag vor dem Prozeß eine Veranstaltung zu diesem Prozeß sein wird. So drehen wir den Spieß um und werden den Prozeß nutzen, um die Ziele der Roten Hilfe noch mehr zu verbreiten und die Kampffront gegen politische Unterdrückung und bürgerliche Klassenjustiz stärken.

RM: Wir danken Dir für dieses Gespräch.

Routhier-Prozess in Duisburg

Augenzeugen vor Gericht

Am 27. 11. 75 begann in Duisburg der Prozeß gegen die Genossen Bernhard Kohnke, Martin und Maike Tuschen. Alle drei waren Zuschauer bei der Arbeitsgerichtsverhandlung von Hanfried Brenner gegen die Mannesmann AG, bei der es zum brutalen Polizeieinsatz kam, an dessen Folgen Günter Routhier starb.

Die drei Genossen sind angeklagt wegen Widerstand, Körperverletzung, Gefangenenbefreiung, Beleidigung und Verächtlichmachung der Bundesrepublik.

Die bürgerliche Klassenjustiz hat in den zwei vorausgegangenen Prozessen gegen Zeugen des Polizeiüberfalles im Arbeitsgericht gezeigt, daß sie mit brutalem Terror gegen diese Genossen vorgeht: 7 Monate Gefängnis wurden gegen Pit Routhier, den Sohn des Genossen Günter, verhängt; 12 000 DM Geldstrafe gegen Genossen Hanfried Brenner, der auch sofort nach dem Prozeß, als er auf einer Kundgebung darüber berichtete, erneut eine Anzeige erhielt. Auch in diesem Prozeß wird die Klassenjustiz vor der Verhängung von Gefängnisstrafen nicht zurückschrecken.

Das zeigte sich bereits am ersten Verhandlungstag, als das Gericht Genossin Maike Tuschen zu 300 DM Ordnungsstrafe verurteilte, nur weil sie den Zuschauern beim Prozeß erläuterte, warum die Einführung der Krankengeschichte in diesem Prozeß wichtig ist; sie beweist nämlich eindeutig, daß zwischen dem Polizeiüberfall und dem Tod des Genossen Günter ein Zusammenhang besteht.

Am nächsten Verhandlungstag, dem 3.12., werden die beim Einsatz im Arbeitsgericht beteiligten Polizisten als Zeugen vernommen werden, darunter auch der BKA-Beamte Schabronat.

Die weiteren Verhandlungstermine:

Amtsgericht Duisburg, 10. und 12. Dezember 1975.

4 und 6 Monate Gefängnis für ,,tief verwurzelte Anschauungen''

Zu vier Monaten und sechs Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 400 bzw. 600 DM verurteilte die Staatsschutzkammer Dortmund nach 3-tägiger Verhandlung die Genossen Burkhard und Harald aus Münster. Mit diesem Terrorurteil ging das Gericht noch weit über die Forderung des Staatsanwaltes hinaus, der für beide 3000 bzw. 3750 DM Geldstrafe gefordert hatte.

Die Genossen waren angeklagt, in einem Flugblatt und auf einer Kundgebung den Mord an Günter angeprangert zu haben. Weil sie daran die Notwendigkeit der Revolution erläutert hatten, hatte das Amtsgericht Münster diesen Prozeß an die Staatsschutzkammer in Dortmund weitergegeben. Doch so offen will die Bourgeoisie momentan den Marxismus-Leninismus doch nicht verfolgen. Sichtlich bemüht, die offene Sprache des Amtsgerichts Münster abzuschwächen, versuchte die Staatsschutzkammer den Prozeß so ,,unpolitisch'' wie möglich zu führen. Doch die Genossen machten ihnen einen Strich durch die Rechnung.

Dann ließ dieses Sondergericht auch seine Maske fallen. Entzog es am ersten Tag einem Genossen noch das Wort, weil er ,,anstatt zur Sache auszusagen, dauernd Stalin und Mao zitiere'', so protokollierte es am zweiten Tag offen Äußerungen der Genossen mit, um vielleicht eine neue Anklage zurechtzubasteln.

In der mündlichen Urteilsbegründung zeigt sich deutlich, daß die Genossen wegen ihrer kommunistischen Gesinnung verurteilt wurden. Das Gericht begründete sein Urteil damit, daß die angeklagten Äußerungen ,,besonders heftig und in den Anschauungen der Angeklagten tief verwurzelt seien. Die Strafe solle die Angeklagten dazu bringen, kritischer zu denken und ihre Ansichten sachlicher auszudrücken.'' Diesen Zweck, die Genossen gegenüber dem Kommunismus ,,kritisch'' zu machen, wird die Bourgeoisie aber mit solchen Terrorurteilen verfehlen. Denn sie beweisen gerade, daß die KOMMUNISTEN Recht haben.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

KÖLN

In Köln ging vor kurzem der sogenannte Vietnam-Prozeß zu Ende. Drei der Angeklagten wurden wegen Landfriedensbruchs zu 8 Monaten Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung verurteilt, ein Angeklagter zu 7 und einer zu 6 Monaten Gefängnis auf drei Jahre Bewährung. Zwei Angeklagte mußten freigesprochen werden, einer wurde zur Zahlung einer Geldstrafe von 1000 DM verurteilt. 1/3 der rund 100000 DM betragenden Prozeßkosten wurde den Angeklagten erlassen.

In der ersten Instanz hatte die bürgerliche Klassenjustiz insgesamt 52 Monate Gefängnis ohne Bewährung und 22 Monate mit Bewährung verhängt. Insofern ist das neue Urteil sicher ein Erfolg. Trotzdem bleibt es ein Terrorurteil, das zusammen mit anderen Prozessen in der letzten Zeit deutlich macht, daß die Bourgeoisie immer häufiger zu Gefängnisstrafen greift, um Kommunisten und Revolutionäre für revolutionäre Aktionen und für revolutionäre Agitation und Propaganda zu bestrafen und so auch andere einzuschüchtern.

MÜNSTER

In Münster fand Anfang November ein Prozeß gegen Genossen Andreas statt. Die Polizei war an diesem Tag, an dem noch ein weiterer politischer Prozeß im Gericht stattfand, schon morgens mit Helmen ausgerüstet in den Keller gezogen und hielt dort bis zum Ende die Stellung.

Genosse Andreas war angeklagt wegen schwerer Körperverletzung, Widerstand und Gefangenenbefreiung. Der Anlaß dazu war eine Demonstration gegen die Ermordung des Genossen Günter Routhier im Juni letzten Jahres in Münster. Als Nebenkläger trat der von Genossen Andreas angeblich verletzte Polizeioffizier und damalige Einsatzleiter Zinn auf, der auf eine lebenslange Rente spekuliert.

Genosse Andreas ging zunächst auf die Aufgaben der bürgerlichen Klassenjustiz ein. Als er dann mit einem Zitat von Engels die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt erklären wollte, wurde er vom Richter verwarnt, kurz darauf wurde ihm das Wort entzogen.

Von der Staatsanwaltschaft waren als Zeugen nur Polizisten geladen worden. Die Zeugen des Genossen wurden am zweiten Verhandlungstag alle abgelehnt. Bei dieser Zeugenvernehmung wurde auch für die Zuschauer, Kollegen und Verwandte des Genossen, die zum ersten Mal so einen politischen Prozeß erlebten, ganz klar, was Klassenjustiz ist. Einem der Polizisten, der zu eifrig aussagen wollte, gab der Richter zum Beispiel zu verstehen, er solle doch den Mund halten.

Wenn auch die Zeugen des Genossen abgelehnt wurden, so gab es doch Photos, die vom Verteidiger eingebracht wurden und zeigten, daß die Anklage auf Sand gebaut war.

Angesichts dieser klaren Tatsachen mußte der Staatsanwalt dann ziemlich offen zugeben, was hier verurteilt werden sollte: nämlich die revolutionäre Gesinnung des Genossen. Der Staatsanwalt forderte 18 Monate Gefängnis ohne Bewährung! Er begründete das damit, es sei nicht so schlimm, daß die Tatsachen nicht einwandfrei festzustellen seien, entscheidend sei die Einstellung des Angeklagten.

Auch für das Gericht zählten die Tatsachen nicht. Es verurteilte den Genossen zu 4 Monaten Gefängnis mit drei Jahren ,,Bewährung''. Der Staatsanwalt hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: SOLIDARITÄT

Wir bitten insbesondere für Hanfried Brenner (zu 12.000 DM Geldstrafe verurteilt) und zur Unterstützung der jetzt in Duisburg angeklagten Genossen zu spenden.

Korrespondenzen

Redaktion ,,ROTER MORGEN''
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

BÖBLINGEN/SINDELFINGEN

Ich war bis vor einigen Wochen Mitglied der MLSG. Dies ist eine Schülerorganisation, die die politische Linie des KABD vertritt. Obwohl es in dieser Organisation viele revolutionäre Genossen gibt, besitzen die MLSG-Mitglied nicht einmal die geringsten demokratischen Rechte: So wurde z. B. vor ca. einem Jahr die MLSG von der Leitung des KABD als überregionale Organisation aufgelöst, ohne daß auch nur ein MLSG-Genosse gefragt wurde. Auch wurde, solange ich Mitglied war, keine Anfrage unserer Zelle an die Leitungen des KABD und seiner Jugendorganisation beantwortet. Die MLSG wird vom KABD weder angeleitet noch kontrolliert.

Als ich zusammen mit anderen Genossen dieses unverschämte Verhalten der KABD-Leitung kritisierte, hieß es, man müsse abwarten, es gebe gewissen Anzeichen dafür, daß sich der KABD in absehbarer Zeit auch einmal um die MLSG kümmern werde usw.

Dieses Verhalten gegenüber der MLSG, aber auch andere politische Fragen, wie z. B. die schädliche Haltung des KABD zur Herstellung der Einheit der Marxisten-Leninisten, waren für mich der Anlaß, mich einmal mit einem Genossen der KPD/ML zu unterhalten. Nachdem der Genosse mich in einigen Fragen von der Richtigkeit der Politik der KPD/ML überzeugt hatte, wurden in meiner Zelle Termine festgesetzt, wo ich eine politische Erklärung abgab, über die dann diskutiert wurde. Bereits auf der zweiten Diskussion wurde ich aus der MLSG wegen ,,organisationsschädigendem Verhalten'' ausgeschlossen, ohne daß über so wichtige Fragen wie die Einheit der Marxisten-Leninisten, Aufbau der bolschewistischen Partei, Einschätzung der Wirtschaftslage u. a. diskutiert wurde. Nach dem Ausschluß diskutierte ich natürlich weiter mit den Genossen der MLSG.

Viele distanzierten sich von den Äußerungen einzelner leitender MLSG-ler, die mich als einen ,,Renegaten'', die KPD/ML als ,,Agentur der Bourgeoisie'' bezeichnet hatten.

Am 13.11. fand in Sindelfingen eine Spanienveranstaltung der MLSG statt. Noch als ich in der MLSG war, hatte ich den Vorschlag gemacht, die Veranstaltung gemeinsam mit der KPD/ML durchzuführen, was abgelehnt wurde. Auch damit waren mehrere MLSG-Genossen nicht einverstanden. Einer sagte, er würde überhaupt nicht einsehen, daß die MLSG zwar mit Revisionisten, aber nicht mit Kommunisten zusammenarbeiten würde. (Dazu später ein Mitglied der Ortsleitung: Das geht den X gar nichts an, darüber entscheidet die OL.)

Auf der Veranstaltung selbst wurden neben Referaten usw. auch revolutionäre Lieder des spanischen Volkes gesungen und ein Theaterstück aufgeführt.

Die faschistische Unterdrückung in Spanien wurde sehr gut aufgezeigt, dagegen wurde die revolutionäre Gewalt, die das spanische Volk unter Führung der FRAP dem Faschismus entgegensetzt, zu wenig Beachtung geschenkt. Das kritisierten wir dann auch in der Diskussion, an deren Anfang ich für die Partei und die ROTE GARDE eine kurze Rede hielt. Zum Schluß wurden ca. 25 DM für die FRAP gesammelt.

Inzwischen nehmen die Auseinandersetzungen innerhalb der MLSG zu. Die Politik des KABD ist nicht mehr unangefochten. Mehrere Genossen lesen regelmäßig den ROTEN MORGEN und setzen sich mit der Politik der KPD/ML auseinander. Wir sind ganz sicher, daß wir die revolutionären Genossen in der MLSG von der Richtigkeit der Politik der KPD/ML überzeugen können.

Rotfront!

Ein Genosse der Roten Garde-Sindelfingen

Spenden für den ROTEN MORGEN

Im November gingen folgende Spenden auf das Konto des ROTEN MORGEN ein: Kunden des Buchladen ,,ROTER MORGEN'', Westberlin, 4. 11. 75, 204 DM — W. K., Essen, 4. 11. 75, 5 DM — M. H., Bremen, 10. 11. 75, 5 DM — Sympathisanten der Stadtteilzelle Wedding, 10. 11. 75, 56 DM — H.-J. Sch., Frechen, 10. 11. 75, 50 DM — E. L., Bielefeld, 10. 11. 75, 20 DM — J. J. G. Basel, 12. 11. 75, 30 DM — Parteibüro Mannheim, 11. 11. 75, 65,60 DM — R. C. Westberlin-Neukölln, 17. 11. 75, 1000 DM — Marxisten-Leninisten der SKP Malmö, 17. 11. 75, 270,73 DM — R. H., Hamburg, 28. 11. 75, 500 DM — **Insgesamt wurden damit im Monat November 2206,33 DM für den ROTEN MORGEN gespendet.**

Liebe Freunde und Kollegen!
Liebe Genossen!

Am 25. 11. 75 hat unser Genosse Sascha Haschemi seine Einbürgerungsurkunde erhalten. Die Ausländerbehörden mußten ihre erklärte Absicht, Sascha in den faschistischen Iran abzuschieben, aufgeben!

Dies ist ein Sieg des zweijährigen Kampfes der Partei und der ROTEN GARDE, ein Sieg der Solidarität von zigtausenden Werktätigen, Freunden und Genossen, die mit dem Kampfruf „Sascha muß in Deutschland bleiben!" demonstrierten, ihn auf Hunderttausenden von Flugblättern, Plakaten, Aufklebern, in Zeitungsartikeln, Wandparolen und an Informationsständen im ganzen Land verbreitet haben.

Ohne diesen Kampf der Partei und ohne diese Solidarität wäre Sascha nicht eingebürgert worden. Der Sieg wurde errungen — gegen die Mauer des Schweigens, mit der Staat und Presse die geplante Abschiebung Saschas umgaben; gegen die hinterhältigen Pläne, die zahllosen Winkelzüge und Provokationen des Staatsapparates; gegen die Polizei, die Sascha zwei Jahre gesucht und nicht gefunden hat. Das beweist: Wer eine gerechte Sache vertritt, kann breite Unterstützung finden!

Wir möchten auf diesem Wege allen Freunden und Kollegen, allen Genossen, besonders der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS, die sich mit den verschiedensten Solidaritätsbeweisen am Kampf um Saschas Einbürgerung beteiligt haben, im Namen der KPD/ML und der ROTEN GARDE unseren Dank aussprechen.

ZK der KPD/ML



Die Solidarität der Massen drückte sich auch in den vielen gesammelten Unterschriften aus.


BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Urkunde über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung

Landeshauptstadt München



Demonstration für die Einbürgerung im Januar 1975

3 Jahre „Bewährung"
Genosse Peter aus der Haft entlassen

Liebe Genossen,
am Dienstag, den 25. 11. 1975 wurde ich aus dem Darmstädter Gefängnis entlassen. Der Entlassungsbescheid wurde zwar schon am 10. 11. ausgestellt, mir aber erst am 24. 11. nachmittags mitgeteilt. Damit wollte man mich anscheinend noch etwas schmoren lassen und außerdem verhindern, daß ich an meinem Entlassungstag von vielen Genossen empfangen werde. Erst eine halbe Stunde vor der Entlassung wurde mir endgültig der Entlassungsbescheid ausgehändigt, wodurch ich bis dahin im Unklaren gelassen wurde, ob ich tatsächlich entlassen werde oder nicht.

Daß dies natürlich ein schöner Streß war, könnt Ihr Euch sicher vorstellen. Aber wenn man einige Monate lang von der Klassenjustiz eingekerkert war, durch 21 Gefängnisse geschleift wurde, übersteht man das auch. Klar, als politischer Gefangener im Knast sitzen, ist natürlich eine harte Zeit. Es ist aber auch gleichzeitig eine Zeit der Solidarität. So kamen insgesamt 610 Briefe und Karten an. Das ist ein Schnitt von drei pro Tag. Dafür meinen allerherzlichsten Dank, Genossen. Es ist und wird der Bourgeoisie nicht gelingen, die politischen Gefangenen von den Massen draußen und ihrer Partei zu isolieren. 610 Briefe und Karten sind der beste Beweis dafür.

Während meiner gesamten Knastzeit wurde mir erst in den letzten vier Wochen der ROTE MORGEN ausgehändigt. Dies war natürlich nicht ein gutmütiger oder liberaler Akt der Bourgeoisie, sondern ein Erfolg des konsequenten Kampfes gegen das ROTE-MORGEN-Verbot. Ich habe regelmäßig jede Woche eine Beschwerde an das Justizministerium gerichtet, was der Knastleitung eine Menge Arbeit bereitete. Der Erfolg gegen das ROTE-MORGEN-Verbot zeigt, daß man keinen Millimeter zurückweichen darf, um bei der Bourgeoisie etwas durchzusetzen. Denn auch eine noch so geringe Schwäche eines politischen Gefangenen ermuntert die bürgerliche Klassenjustiz sofort zum Gegenschlag.

Besonders wichtig ist dabei die Unterstützung der Genossen von draußen. Ich konnte das deutlich daran sehen, daß ich im Darmstädter Knast noch nicht bekannt war, von den Wachteln oft angeschnauzt wurde. Der Ton aber wurde immer vorsichtiger, je mehr Briefe und Karten ankamen. So behandelten sie mich zuletzt wie ein rohes Ei. Ich glaube, die Genossen Schorsch, Hubert und Bernd werden ähnliches erfahren haben. Deshalb, Genossen, schreibt den politischen Gefangenen lieber drei Briefe mehr, als einen weniger.

Als ich entlassen wurde, teilten mir die Genossen, die mich abholten, in der ersten Minute mit, daß Sascha die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Ihr könnt Euch bestimmt meine Freude vorstellen. Dies wurde noch erhöht auf einer Veranstaltung meiner Ortsgruppe Mannheim/Ludwigshafen. Ich blickte nicht mehr durch. Etwa die Hälfte der Teilnehmer habe ich noch nie gesehen. Damit ist mein Wunsch in Erfüllung gegangen, nach meiner Entlassung nicht mehr zu wissen wo hinten und wo vorne ist vor lauter neuen Genossen. Was soll ich dazu noch sagen. Dies sind Tatsachen, die für sich sprechen. In der Zeit meiner Inhaftierung ist die Partei ein gutes Stück weiter vorangekommen auf dem Weg zu einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland. In diesem Sinn Genossen:

Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Viele revolutionäre Grüße an Bernd, Hubert, Schorsch, Heinz und ganz besonders an Genossen Sascha.

Euer Genosse Peter Bayer

Nach mehrjährigem Kampf
Sieg im Kampf um Saschas Einbürgerung

Fortsetzung von Seite 1

ist klar, daß die Bourgeoisie jetzt versuchen wird, das alles vergessen zu machen und den Fall Alexander Haschemi zu einem x-beliebigen Fall, der leider einige Verzögerungen erfuhr, herunterzuspielen. Wir wissen, daß es nicht so war und wir werden dafür sorgen, daß es auch möglichst viele andere Menschen erfahren. Denn wir haben in diesem Kampf erfahren, daß die Bourgeoisie nicht davor zurückschreckt, kalt und berechnend einen jungen Kommunisten der sicheren Folter, wenn nicht dem Tod, auszusetzen. Das ist eine wichtige Erfahrung für den weiteren Klassenkampf. Denn sie zeigt, daß es keine „graue Theorie" ist, wenn die KPD/ML sagt, daß man sich über die Bourgeoisie, über den kapitalistischen Staat keinerlei Illusionen machen darf. Hätte man im Fall Saschas auch nur die geringsten Illusionen über die Grausamkeit gehabt, zu der die Bourgeoisie gegenüber Kommunisten fähig ist, hätte man ihren Worten und den Gesetzen vertraut — es hätte für Sascha Folter und möglichen Tod bedeutet.

Das ist das eine. Die andere wichtige Erfahrung aus diesem Kampf ist die, daß derjenige, der für eine gerechte Sache kämpft, auch breite Unterstützung findet. Der geplante Schreibtischmord an Sascha war nicht nur ein Angriff auf einen einzelnen Kommunisten. Er war eine Herausforderung an die gesamte Partei. Die Partei hat den Kampf aufgenommen. In der Presse, im Radio oder im Fernsehen hörte man kaum etwas über Sascha. Aber die Partei hat diese Mauer des Schweigens durchbrochen — mit Hunderttausenden von Flugblättern, mit Plakaten, Parolen usw. und mit Hunderten und Tausenden, die diese Flugblätter verteilt haben, die diese Flugblätter verteilt haben, die ihren Kollegen im Betrieb über Sascha erzählt haben. Sie hat unermüdlich die Lügen der verschiedenen Behörden entlarvt und immer wieder darauf hingewiesen, daß man den Kampf für Saschas Einbürgerung nicht im Vertrauen auf die „Menschlichkeit" der Behörden und auch nicht im Vertrauen auf die Vorteile von Gesetzen gewinnen kann, sondern daß es auf den Einsatz jedes Einzelnen ankommt. Die Genossen haben dabei eigene Opfer nicht gescheut: sie haben ihre Entlassung aus dem Betrieb riskiert, wie zum Beispiel Lehrlinge in Norddeutschland. Sie haben dabei die Verfolgung durch die Polizei und die Justiz in Kauf genommen. Über 20 000 Menschen, die von der Partei und von Sascha noch nie gehört hatten, waren bereit, sich mit ihrer Unterschrift oder mit Geldspenden mit dem Kampf für Saschas Einbürgerung zu solidarisieren. Und so, gestützt auf die Massen, war die Partei stärker, wurde der Kampf gewonnen.

Aufhebung des Haftbefehls gegen Sascha!

Freiheit für alle Kämpfer des Roten Antikriegstags!



Genosse Sascha an einem Informationsstand in München im Januar 1974.

Chronologie

Sascha hat seine Einbürgerungsurkunde erhalten. Das ist der Erfolg eines zweijährigen Kampfes. Führen wir uns die einzelnen Abschnitte dieses Kampfes noch einmal vor Augen.

Im Grunde begann der Kampf für Saschas Einbürgerung bereits **1970**, als der 16jährige Sascha Mitglied der ROTEN GARDE München wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es für die Behörden keinerlei Zweifel: Alexander Haschemi, der Sohn eines Persers und einer Deutschen, in München geboren und aufgewachsen, ist für sie von deutscher Nationalität.

1971, nach dem Schulabschluß, beginnt Sascha eine Lehre als Maschinenbauer bei der Firma Hurth in München. Wird dort Jugendvertreter und Tagesschulsprecher in der Berufsschule.

1972 nimmt Sascha an einer Vietnamdemonstration in München teil. Anschliessend überfällt die Polizei einige Genossen in einer Gastwirtschaft. Auch Sascha wird zusammengeschlagen und festgenommen.

1972 wird auch der erste Antrag auf deutsche Staatsbürgerschaft gestellt. Saschas Mutter erhält eine Vorladung aufs Jugendamt. Dort liegen gegen Sascha zwei Anzeigen vor. Spätestens jetzt ist klar: Die Behörden wollen ihn nun, da er Kommunist ist, nicht mehr einbürgern.

Im April 1973 fliegt Sascha aus dem Betrieb. Ein Staatsanwalt, der Sascha als Zuschauer beim ersten Prozeß gegen einen Teilnehmer des Roten Antikriegstages gesehen hat, hat ihn im Betrieb denunziert. Sascha findet keine andere Lehrstelle mehr.

Im Mai 1973 läuft Saschas Aufenthaltserlaubnis ab. Die Behörden drohen ihm jetzt offen mit Ausweisung, falls er verurteilt wird. Seine Aufenthaltsgenehmigung wird nur noch für jeweils ein Vierteljahr verlängert.

Im Januar 1974 erreicht der Kampf für Saschas Einbürgerung einen ersten Höhepunkt. Sascha soll der Prozeß gemacht werden — wegen der Vietnamdemonstration und wegen der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972. Sascha wurde am Roten Antikriegstag nicht festgenommen. Gegen ihn wurde nachträglich, auf Grund von Fotos, Anklage erhoben. Die Partei entlarvt den Plan der Bourgeoisie, Sascha hier zu einer Gefängnisstrafe zu verurteilen, um ihn dann als „Ausländer" an das faschistische Regime im Iran abzuschieben. In München findet eine Demonstration statt. Mit Flugblättern, Kundgebungen und Ständen wird die Bevölkerung informiert.

Sascha erhält mehrere Tage Ordnungshaft. Mehrmals wird versucht, ihn außerhalb des Gerichtes festzunehmen. Offenbar soll Sascha gleich nach der Urteilsverkündung in Haft genommen werden.

Sascha erscheint nicht mehr im Gericht. Er gibt eine persönliche Erklärung ab, in der er diesen Schritt begründet.

Zu diesem Zeitpunkt — **Ende Februar 1974** — sind bereits 5 000 Unterschriften für Sascha gesammelt worden. Allein in München in wenigen Tagen 2 000. Es wird ein Solidaritätskomitee gegründet. Innerhalb von vier Tagen werden bei einer Strassensammlung in München 700 DM für Sascha gesammelt.

Am 28.2.1974 läuft Saschas Aufenthaltserlaubnis erneut ab. Die Partei ruft zu einer Demonstration auf. Der Kampf hat teilweise Erfolg. Die Aufenthaltserlaubnis muß verlängert werden.

Ende April 1974 als auch diese Genehmigung wieder abläuft, haben bereits 13 000 Menschen eine Protestresolution gegen Saschas Abschiebung unterschrieben, darunter Therese Giehse, die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen usw!

Am 1. Mai 1974 und auch am Roten Antikriegstag 1974 wird auf den Veranstaltungen der Partei ein Tonband mit Grüßen von Sascha abgespielt.

Im Januar 1975, beim Berufungsprozeß gegen die Genossen, die mit Sascha angeklagt waren, erreicht der Kampf einen neuen Höhepunkt.

Ebenfalls im Januar 1975 haben sich die Bedingungen für den Kampf um Saschas Einbürgerung verbessert. Ein Gesetz ist in Kraft getreten, das allen Jugendlichen, die als Kinder deutscher Mütter und ausländischer Väter in Deutschland geboren wurden, auf einfachen Antrag hin die deutsche Staatsangehörigkeit zuspricht. Auch Sascha, der 1954 geboren wurde, fällt unter dieses Gesetz.

Im Februar stellt Saschas Mutter zum ersten Mal einen Einbürgerungsantrag. Die Behörde erklärt, Sascha müsse selber kommen.

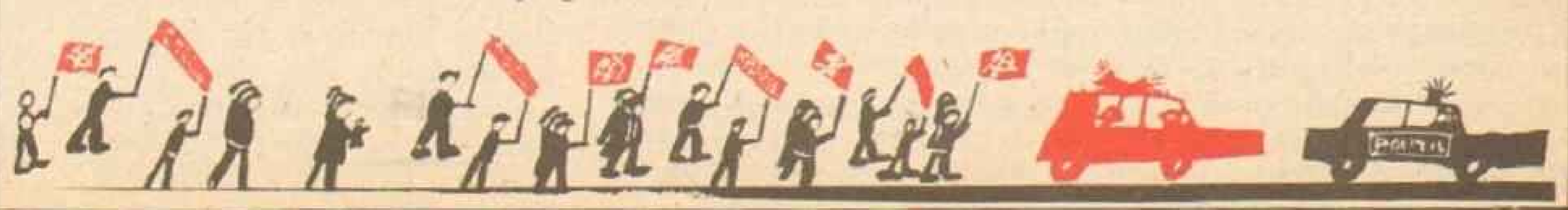
Es wird Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Nach mehreren Monaten kommt die Antwort: es reiche nicht, daß Sascha unterschrieben habe, die Unterschrift müsse beglaubigt werden.

Der Kampf erreicht erneut einen Höhepunkt. In München findet eine Demonstration statt. Veranstaltungen werden durchgeführt. Die ROTE GARDE läßt am Hauptbahnhof Luftballons aufsteigen, die RHD befestigt zweimal am „Alten Peter" ein Transparent mit der Forderung nach Saschas Einbürgerung. Die Zahl der Unterschriften unter Protestresolutionen beträgt inzwischen weit über 20 000. Zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens protestieren ebenfalls gegen die Pläne, Sascha abzuschieben.

Am 17.11., nach einem letzten Versuch der zuständigen Münchner Behörde, hat der Kampf Erfolg. Sascha erhält seine Urkunde über die deutsche Staatsangehörigkeit.

Liebe Genossen!
Ich war bei der Demonstration am Samstag in München für Sascha Haschemi. Ich bin acht Jahre alt und habe dazu dieses Bild gemalt. Mir hats sehr gefallen, obwohl es so wenige Leute waren. Die Bullen haben zwar ein Flugblatt einkassiert, in dem Stand, daß in Westdeutschland der Polizeiterror immer schlimmer wird und daß das Ausländeramt Sascha mit Absicht abschieben will, weil es weiß, daß er dort hingerichtet wird (im Iran). Rotfront!

Diesen Brief erhielten wir von einer jungen Genossin aus München.



VR Albanien

Volksversammlung beschliesst Ausarbeitung einer neuen Verfassung

Am 17. November hat die Volksversammlung der Volksrepublik Albanien beschlossen, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung der VR Albanien in Angriff zu nehmen. Es wurde eine Kommission von 51 Genossen gebildet, die vom Genossen Enver Hoxha, dem 1. Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, persönlich angeleitet wird. Diese Kommission legte bereits einen Arbeitsplan vor, wie der Entwurf zur neuen Verfassung ausgearbeitet und die breite Diskussion unter der Bevölkerung über diesen Entwurf organisiert werden soll.

Breite Diskussion der werktätigen Massen über einen Verfassungsentwurf? — Für uns ist das zunächst einmal schwer verständlich. Was bedeutet schließlich eine Verfassung in einem kapitalistischen Land wie beispielsweise das Grundgesetz in der Bundesrepublik? Im Grunde nichts weiter als ein Fetzen Papier. Natürlich ist da von „demokratischen Grundrechten" die Rede. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. So garantiert das Grundgesetz die Meinungsfreiheit. Aber wenn man als Arbeiter im Betrieb seine Meinung sagt und die paßt dem Kapitalisten oder seinen Kettenhunden nicht, dann stört man den Betriebsfrieden und man kann sich die Papiere holen. Wenn man ein Flugblatt schreibt oder verteilt, in dem Ausbeutung Ausbeutung, Polizeiterror Polizeiterror und Unterdrückung Unterdrückung genannt wird, läuft man Gefahr, daß man einen Prozeß an den Hals kriegt wegen „Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland". Wenn man gar Kommunist ist, für den gewaltsamen Sturz der Herrschaft der Kapitalistenklasse in der sozialistischen Revolution und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats kämpft, steht man schon mit einem Bein im Gefängnis. Die vielgepriesenen „demokratischen Rechte" stehen zwar in der Verfassung, aber sie gelten nicht für die Arbeiterklasse und das werktätige Volk. Da haben die Kapitalisten und ihr Staat eine Unzahl besonderer Gesetze gemacht, um die Arbeiterklasse und alle Werktätigen zu unterdrücken. Sie sind zynisch genug, die ständige Verschärfung der politischen Unterdrückung und die Vorbereitung der Errichtung einer neuen faschistischen Diktatur noch als Verteidigung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" und des Grundgesetzes auszugeben. In Wirklichkeit verteidigen die Kapitalisten und ihr Staat die Verfassung in den Punkten, in denen ihr Recht festgehalten ist, die Arbeiterklasse und das werktätige Volk auszubeuten und auszuplündern. Das ist Sinn und Zweck einer Verfassung im Kapitalismus. Die Aufzählung der vielen demokratischen Rechte und Freiheiten, die in Wirklichkeit für das werktätige Volk gar nicht existieren, bzw. immer mehr eingeschränkt werden, soll nur verschleiern, daß auch die sogenannte bürgerliche Demokratie dem Wesen nach eine Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk ist.

Anders in der Volksrepublik Albanien. Hier hat das Volk die Macht. Unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze haben die Arbeiter und Bauern Albaniens im bewaffneten Kampf gegen die italienischen und deutschen Faschistentruppen und gegen die einheimischen Reaktionäre die politische Macht erobert und die Diktatur des Proletariats, die Herrschaft des werktätigen Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse, errichtet. Am 29. November jährte sich zum 31. Male der Tag der vollständigen Befreiung Albaniens. Genosse Hysni Kapo, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, unterstreicht in einer wichtigen Rede, die er in der albanischen Volksversammlung zur Erarbeitung der neuen Verfassung gehalten hat, die Bedeutung dieses Tages:

„Mit der Befreiung des Landes und dem Sieg der Volksrevolution am 29. November 1944 wurde in der Geschichte des albanischen Volkes eine neue, leuchtende Seite aufgeschlagen. Zum ersten Mal errang Albanien die wirkliche Unabhängigkeit. Der faschistischen Besetzung wie auch der langen Periode der Unterwerfung unter die Großmächte wurde ein Ende gesetzt. Die Ausbeuterklassen wurden gestürzt, und der alte in ihrem Dienst stehende Staatsapparat wurde in seinen Grundfesten zerschlagen, es wurde der neue Staat geschaffen, der sogleich nach der Befreiung die Funktionen der Diktatur des Proletariats übernahm. Überall entstand ein in seinem Aufbau und seiner Klassenzusammensetzung, in seiner Arbeitsmethode und seinem Arbeitsstil völlig neuer Staatsapparat. Das albanische Volk war in allem von den großen unsterblichen Ideen des Marxismus-Leninismus beseelt, und unter der korrekten und weitsichtigen Führung der Partei mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze vertiefte es die Errungenschaften der Volksrevolution, als es den Weg des sozialistischen Aufbaus einschlug. Um diese tiefen Umgestaltungen fortzusetzen und als ihre Krönung und gesetzliche Verankerung, nahm die verfassungsgebende Versammlung mit dem wirklichen Willen des Volkes am 14. März 1946 die Verfassung des neuen albanischen Staates an. Sie war die erste wirklich demokratische und revolutionäre Verfassung Albaniens; die erste Verfassung, die das Volk sich selbst gegeben hatte, unmittelbar, nachdem es die Macht in die eigenen Hände genommen hatte."

Diese 1. Verfassung der Volksrepublik Albanien, die jetzt durch eine neue abgelöst werden soll, spiegelt die großen revolutionären Umwälzungen wider, die mit der Machtergreifung des Volkes unter der Führung der Partei verwirklicht wurden: Beseitigung der Herrschaft des ausländischen Kapitals, Enteignung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer, Durchführung einer Landreform nach dem Prinzip „Das Land dem, der es bebaut", Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in die Hände des Volkes usw. In dieser Verfassung sind die großen demokratischen Rechte und Freiheiten des albanischen Volkes verankert.

Genosse Hysni Kapo betont: *Das wichtigste diesbezüglich Merkmal der Verfassung bestand darin, daß sie sich nicht darauf beschränkte, sie nur zu verkünden, sondern als Verfassung eines sozialistischen Staates beruhte sie auf der realen Möglichkeit, sie auszuüben und zu garantieren. Schließlich verankerte sie nicht nur das in der Periode erreichte, sondern enthielt auch programmatische Elemente. Von diesem Gesichtspunkt aus diente sie als konstitutionelle Grundlage, um das Land auf dem Weg des Sozialismus weiterzuentwickeln und verankerte die Ziele der künftigen Tätigkeit des Staates und der Gesellschaft. Die Annahme der Verfassung des Jahres 1946 war ein großer politischer Erfolg für das Volk und die Partei der Arbeit. ‚Ihre Bedeutung', sagte Genosse Enver Hoxha, ‚bestand darin, daß sie die tiefgreifende und grundlegende Umwälzung, die im Leben der albanischen Gesellschaft infolge des Triumphes der Volksrevolution vor sich gegangen war, gesetzlich verankerte, alle großen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Erfolge, die das Volk in seinem heroischen Kampf errungen hatte, juristisch sanktionierte und klare Perspektiven zu weiteren revolutionären Umgestaltungen auf allen Gebieten des sozialistischen Lebens auf sozialistischer Grundlage eröffnete'."*

Die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Errichtung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die fortschreitende Verringerung der Unterschiede zwischen Stadt und Land, Landwirtschaft und Industrie, Hand- und



Genosse Hysni Kapo mit jungen Aktionisten, die am Bau der Eisenbahnlinie Fier-Ballsh teilgenommen haben.

Kopfarbeit, die großen Erfolge im Kampf für die Befreiung der Frau — das alles hat gleichzeitig die gesellschaftlichen Bedingungen für eine stürmische Entfaltung der Produktivkräfte geschaffen. Einst war Albanien ein reines, armes Agrarland. Heute ist Albanien ein fortgeschrittenes Agrar-Industrieland, das auf dem Sprung steht, ein Industrie-Agrarland zu werden. Mit der Stärkung der gesellschaftlichen Basis des Sozialismus hat sich auch der Überbau ständig weiter revolutioniert. Im ständigen Klassenkampf wurde die Diktatur des Proletariats gefestigt und gestärkt. Im Kampf gegen die alte Ideologie der Ausbeuterklassen und gegen den Druck der ideologischen Einflüsse der kapitalistischen und revisionistischen Welt wurde die Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur siegreich weitergeführt. Der Marxismus-Leninismus, die Ideologie der Arbeiterklasse und der Partei der Arbeit, ist in ganz Albanien zur herrschenden Ideologie geworden. In den letzten 31 Jahren hat das albanische Volk so eine Etappe des sozialistischen Aufbaus zurückgelegt und steht nun am Beginn einer neuen Etappe.

„Das ist der von unserem Volk und unserem Vaterland in diesen 31 Jahren durchlaufene historische Weg", sagte Genosse Hysni Kapo. *„Er zeugt von der Richtigkeit der von der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze mit Weitsicht und unbeugsamer Entschlossenheit befolgten marxistisch-leninistischen proletarischen Linie, er zeugt von der unbestreitbaren Überlegenheit der von uns errichteten sozialistischen Gesellschaftsordnung.*

Diese ganze Periode ist voller unzähliger Kämpfe und Anstrengungen für den Aufbau und die Verteidigung des Sozialismus. Die Diktatur des Proletariats wurde ununterbrochen gefestigt und die revolutionäre Wachsamkeit stets aufrechterhalten, um jede Tätigkeit der gestürzten Ausbeuterklassen und aller Feinde des Sozialismus, der inneren und der äußeren, zu zerschlagen. Diese haben immer versucht, das albanische Volk von dem lichten Weg abzubringen, auf dem es die Partei der Arbeit führt, und es in die finstere Vergangenheit zurückfallen zu lassen. Den Angriffen, dem Druck und der Wühlarbeit und den Blockaden der Bourgeoisie, des Imperialismus und der äußeren Reaktion, des modernen Revisionismus, des sowjetischen Sozialimperialismus und aller Feinde des Sozialismus mußte die Stirn geboten und sie mußten zerschlagen werden. Mit beispielloser Opferbereitschaft und Selbstlosigkeit wurde die jahrhundertealte, aus der Vergangenheit ererbte Rückschrittlichkeit überwunden und ein großer Schritt vorwärtsgetan, der das glückliche sozialistische Leben brachte und dem albanischen Volk neue, glänzende Perspektiven für den vollständigen Aufbau des Sozialismus in Albanien eröffnete. All diese Erfolge wurden durch einen ununterbrochenen Klassenkampf erzielt, der, wie Genosse Enver Hoxha hervorhob, auf allen Gebieten und mit den verschiedensten Mitteln nicht nur gegen die Feinde, sondern auch im Schoß des Volkes stattfand, um die fremden, das Bewußtsein der Werktätigen vergiftenden Einflüsse zu beseitigen. In dieser lebenswichtigen Frage beachtete die Partei der Arbeit Albaniens stets die großen Lehren Lenins, daß die Diktatur des Proletariats nicht das Ende des Klassenkampfes ist, sondern seine Fortsetzung in neuer Form.

Bei all diesen gewaltigen Bemühungen dafür, daß die bisherigen Umgestaltungen vollbracht, die großen Erfolge, die wir heute genießen, erreicht und die Einheit des Volkes im Kampf gegen die äußeren und inneren Feinde verwirklicht und gefestigt wurde, spielte die erste sozialistische Verfassung unseres Staates als Grundgesetz und ganze Grundlage unserer revolutionären Gesetzgebung eine bedeutende historische Rolle. Aber vom Gesichtspunkt der in allen Lebensbereichen des Landes erfolgten tiefen Veränderungen aus ergibt sich klar, daß die geltende Verfassung, trotz der an ihr in späteren Jahren vorgenommenen Veränderungen, in vielen Aspekten überholt ist. Daher stellte der 6. Parteitag der Partei der Arbeit aufgrund des Berichtes von Genossen Enver Hoxha die Aufgabe, die neue Verfassung auszuarbeiten."

In seiner äußerst wichtigen Rede faßt Genosse Hysni Kapo die vom Zentralkomitee der Partei der Arbeit erarbeiteten Richtlinien für die Erarbeitung der neuen Verfassung zusammen. An erster Stelle nennt Genosse Hysni Kapo:

„Die neue Verfassung muß vollständig die in unserer revolutionären Praxis verkörperte Linie der Partei der Arbeit Albaniens widerspiegeln. Die korrekte marxistisch-leninistische Linie, die von der Partei der Arbeit bei der Entfaltung der ununterbrochenen sozialistischen Revolution, des Aufbaus und der Verteidigung des Sozialismus befolgt wurde und die dem albanischen Volk glänzende Siege gebracht hat, muß in den Verfassungsnormen vollständig widergespiegelt werden, so wie sie es in Wirklichkeit ist: eine klare, prinzipienfeste, marxistisch-leninistische Linie. Die Verfassung muß in erster Linie die grundlegenden Ziele und Aufgaben des Staates der Diktatur des Proletariats in der heutigen Entwicklungsetappe des Landes, die Hauptrichtungen seiner Tätigkeit in der Innen- und Außenpolitik festlegen, die mit der historischen Erfahrung Albaniens eng verbundenen bekannten Prinzipien der Klassiker des Marxismus-Leninismus verkörpern."

Besonderes Gewicht wird bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung darauf gelegt werden, die Diktatur des Proletariats gegen die Entstellungen und Verfälschungen des modernen Revisionismus zu verteidigen. Genosse Hysni Kapo erläutert: *Während die modernen Revisionisten die Diktatur des Proletariats als ein während der gesamten Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus völlig notwendiges Phänomen leugnen und behaupten, daß sie sich mit dem Verschwinden der Ausbeuterklassen in einen ‚Staat des ganzen Volkes' verwandele, wird im Gegensatz dazu in der neuen Verfassung des albanischen Staates das marxistisch-leninistische Prinzip bekräftigt und zur Verfassungsnorm erklärt, daß in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus ‚deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats', [Karl Marx)".*

Im Kampf gegen die revisionistischen Verfälschungen wird die neue Verfassung betonen, daß die führende Rolle der Partei unteilbar ist und während der ganzen Periode des Sozialismus hindurch verwirklicht werden muß.

Die neue Verfassung soll die gegenwärtige Etappe der sozialistischen Entwicklung widerspiegeln. Die Etappe des vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft. Sie soll sowohl die erzielten Erfolge als auch die weiteren Perspektiven der Entwicklung zum Ausdruck bringen. In der neuen Verfassung werden sich die Erfahrungen Albaniens und des Weltsozialismus beim Aufbau des Sozialismus widerspiegeln. Das Prinzip der unmittelbaren Arbeiterkontrolle wird ebenso in der neuen Verfassung verankert werden, wie die Frage der wirklich sozialistischen Beziehungen zwischen den Kadern und den werktätigen Massen. Besondere Bedeutung wird dem Kampf gegen den Bürokratismus und Liberalismus in der neuen Verfassung gewidmet sein. Genosse Hysni Kapo führt dazu aus: *„In der neuen Verfassung muß sich unbedingt die neue welthistorische Erfahrung der Diktatur des Proletariats widerspiegeln, die aus dem positiven Beispiel der sozialistischen Länder wie Albanien, wie auch aus dem negativen Beispiel der Sowjetunion und anderer revisionistischer Länder gewonnen wurde. Diese Erfahrung zeigt, daß es ohne den erbarmungslosen Kampf gegen den Bürokratismus und Liberalismus, den beiden wichtigsten Gefahren für die friedliche Entartung der Diktatur des Proletariats, nicht möglich ist zu verstehen, wie die sozialistischen Errungenschaften und das Fortschreiten auf diesem Weg garantiert werden können."*

„Die neue Verfassung", erklärte Genosse Hysni Kapo vor der albanischen Volksversammlung, „muß den wahren demokratischen Charakter unserer sozialistischen Gesellschaft ausdrücken. In unserem Land ist das werktätige Volk selbst an der Macht und alles geschieht in seinem Namen und in seinem Interesse. Daraus folgt auch der zutiefst demokratische und humanitäre Charakter unserer sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung des Staates der Diktatur des Proletariats, der die Interessen aller Werktätigen ausdrückt und verteidigt. Allein die Diktatur des Proletariats gewährleistet den werktätigen Massen die wahre Demokratie. Ohne eine sozialistische Demokratie gibt es keine Diktatur des Proletariats, wie es auch keine wahre Demokratie für die Werktätigen ohne die Diktatur des Proletariats geben kann."

Landeskonferenz für das Lernen von Dadschai

Dadschai - das leuchtende Banner der Landwirtschaft in China

Auch in diesem Jahr wurde in der Volksrepublik China — wie schon in den 13 aufeinanderfolgenden Jahren zuvor — auf dem Gebiet der Landwirtschaft eine neue Rekordernte eingebracht. Trotz Überschwemmungen in einigen Gebieten und Dürren in anderen.Dies ist ein Sieg des beharrlichen Aufbaus einer sozialistischen Landwirtschaft gemäß der Weisung des Genossen Mao Tsetung: ,,*Die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als den führenden Faktor betrachten*". Und es ist ein Schlag zugleich gegen die sowjetischen Sozialimperialisten, die mit ihrer entarteten, kapitalistischen Landwirtschaft eine schwere Niederlage erlitten: Millionen und Abermillionen Tonnen Getreide haben sie im Ausland kaufen müssen. Das große sozialistische China dagegen ist heute auf dem Gebiet der Getreideversorgung völlig unabhängig. Nicht nur, daß das chinesische Volk mit Getreide versorgt ist, ja sogar bedeutende Vorräte anlegen kann, es kann sogar noch Getreide ausführen.

Viele Provinzen, Städte und autonome Regionen des Landes verzeichneten einen Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion um 10%. Der Ertrag der Sommerernte allein erreichte in Honan, Hopeh, Schensi und Peking die Höhe des ganzjährigen Ertrages von 1949, dem Jahr der Befreiung. Bei der Frühreisernte erreichten die meisten Gebiete in der Provinz Hunan in Zentralchina 4,5 Tonnen pro Hektar. Doppelt soviel Kreise wie im letzten Jahr steigerten den Frühreisertrag auf die Marke von 6 Tonnen. Eine große Zahl von Kommunen und Brigaden erreichten 7,5 Tonnen pro Hektar. Auch bei der Ernte von Spätreis wurden neue Erfolge erzielt.

All diese Erfolge sind vor allem der Massenbewegung zum ,,Lernen in der Landwirtschaft von Dadschai" zu verdanken, die im ganzen Land von Millionen Bauern unter Führung der Partei immer breiter und besser durchgeführt wird. Diese breite Massenbewegung auf eine neue Stufe zu heben, hat in der Provinz Schansi eine ,,Landeskonferenz für das Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft" stattgefunden. 3700 Delegierte aus allen Teilen des Landes haben daran teilgenommen.

Welche Bedeutung diese Massenbewegung für den Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai, die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft hat, hob Genosse Guo-feng in seinem zusammenfassenden Bericht auf der Konferenz hervor: ,,*Die landesweite Massenbewegung nach der Weisung ,,Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai!" hat eine neue, wichtige Stufe erreicht. Eine große Kampfaufgabe, vor der wir stehen, ist, die ganze Partei zu mobilisieren, für die Entwicklung der Landwirtschaft noch größere Anstrengungen zu unternehmen und für den Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai im ganzen Land zu kämpfen. Es ist dies eine dringend anzugehende Aufgabe bei der Durchführung der wichtigen Weisung des Vorsitzenden Mao über das Studium der Theorie und die Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus und für die Festigung der Diktatur des Proletariats, eine Aufgabe, um die Volkswirtschaft voranzutreiben, damit China vor dem Ende dieses Jahrhunderts in die vorderste Reihe der Welt aufschließen kann; eine Aufgabe, um im Wettlauf mit dem Feind Zeit und Tempo zu gewinnen und gute Arbeit bei den Vorbereitungen auf einen Kriegsfall zu leisten. Die ganze Partei muß rasch mobilisiert werden, sie muß die Auffassungen und ihre Schritte vereinheitlichen, sie muß das Volk des ganzen Landes um sich scharen und anleiten, damit diese große politische Aufgabe erfüllt werden kann. Im ganzen Land Kreise vom Typ Dadschai aufbauen bedeutet, jeden Kreis im Land zu einer Kampffestung zu machen, die an der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, am sozialistischen Weg festhält. Auf diese Weise werden die Leitungsorgane aller Ebenen im Land weiter revolutioniert werden. Die Kader und Mitglieder unserer Partei und die Volksmassen werden ihr Verständnis für den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen erheblich vertiefen. Unsere Diktatur des Proletariats und das sozialistische System werden sich so weiter festigen und entwickeln. Und wir werden noch größere Kraft für die Zerschlagung jeder Art Angriffe jeglicher Feinde besitzen.*"

Dadschai — Vorbild für die Landwirtschaft in China

Dadschai befindet sich in der Provinz Schansi in Nordchina und liegt mehr als 1000 Meter über dem Meeresspiegel im Taihang-Gebirge. In der alten Gesellschaft war Dadschai ein armes Bergdorf. Das ganze Dorf zählte über 80 Familien mit mehr als 400 Menschen. Seine 800 Mu Ackerland (1 Mu = 0,15 Hektar) waren in mehr als 4000 Stücke geteilt, die verstreut in Schluchten oder an Berghängen lagen. Der Boden bestand aus dünner Erdkrume, die Bodenerosion war stark, und der jährliche Pro-Mu-Ertrag betrug nur 50 kg. Rund 80% der Dorfbewohner waren arme Bauern und untere Mittelbauern. Sie arbeiteten als Landarbeiter für den Gutsbesitzer sowie für die reichen Bauern und litten unter grausamer Unterdrückung und Ausbeutung. Sie lebten im Elend, und viele waren gezwungen, ihre Kinder zu verkaufen.

Diese Zeiten sind für immer vorbei. Nach der Befreiung organisierten sich die Dadschaier und gingen den Weg der Kollektivierung unter der Führung ihrer Parteizelle. Ungeachtet der natürlichen Nachteile der rauhen, öden Berge, des unfruchtbaren Bodens sowie wiederholter Naturkatastrophen haben sie nach der Weisung des Genossen Mao: ,,*Fest entschlossen sein, keine Opfer scheuen und alle Schwierigkeiten überwinden, um den Sieg zu erringen*" einen harten Kampf zur Umwandlung der Berge geführt. Sie haben schroffe, von der alten Gesellschaft unbewirtschaftete Abhänge in geebnete Terrassenfelder umgewandelt und Schluchten voller Unkraut zu gut bebautem Boden mit hohen Erträgen trotz Dürre und Hochwasser, so daß in 20jähriger harter Arbeit der Pro-Mu-Ertrag von 50 kg auf 500 kg anstieg. Auch auf dem Gebiet der Forstwirtschaft, Viehzucht und in Nebengewerben wurden große Fortschritte erzielt. Durch ständiges Vorwärtsschreiten in der Mechanisierung der Arbeit ist erreicht worden, daß 60% der jährlichen Gesamtarbeitsleistung der Brigade von landwirtschaftlichen Maschinen verrichtet werden.

Heute ist Dadschai zu einem neuen sozialistischen Dorf voller Lebenskraft geworden. Seine Erfolge beruhen darauf, daß unter der Führung der Parteizelle die armen und unteren Mittelbauern konsequent gegen revisionistische Verräter und alle Tendenzen, auf dem Gebiet der Landwirtschaft den Kapitalismus wiederherzustellen, gekämpft haben und am Weg des Aufbaus einer sozialistischen Landwirtschaft festhielten. Tschen Yung-gui, der Parteisekretär der Brigade-Parteizelle, erklärt dazu: ,,*Die ausschlaggebende Ursache ist die, daß die Menschen ihr Denken geändert haben. Sie können das Land, die Technik, die Produktion und das Dorf verändern, weil sich ihr Denken gewandelt hat. Diese Veränderung wurde erreicht, da sich die Menschen mit dem Marxismus-Leninismus und den Maotsetungideen gewappnet haben.*"

Auf der Landeskonferenz für das Lernen von Dadschai faßte Hua Guofeng die Bedeutung Dadschais zusammen: ,,***Dadschai ist ein Banner, vom Vorsitzenden Mao selbst aufgepflanzt. Es ist ein typisches Beispiel für das Festhalten an der grundlegenden Linie der Partei, für die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, für den Aufbau der sozialistischen Landwirtschaft nach dem Prinzip ,Mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher'. Das Fundamentale der Erfahrung Dadschais liegt in seinem Beharren auf dem Prinzip, die proletarische Politik das Kommando führen und die Maotsetungideen alles leiten zu lassen, in seinem Festhalten am Geist des Selbstvertrauens und des harten Kampfes, am kommunistischen Stil der Liebe für den Staat und für das Kollektiv. Dadschai hat die Bauern stets im Sinne des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen erzogen und die sozialistische Revolution auf politischem, wirtschaftlichem, ideologischem und kulturellem Gebiet vertieft. Es hat beständig Kritik und Selbstkritik geübt und die Revolutionierung seiner Führungsgruppe verstärkt. Es hat dem Enthusiasmus, der Weisheit und Schöpferkraft der Massen vollen Spielraum gegeben und damit gewährleistet, daß sich die landwirtschaftliche Produktion stetig entwickelt und die landwirtschaftlichen Techniken Jahr für Jahr Fortschritte machen.Einen Kreis vom Typ Dadschai aufbauen heißt, dieses Fundamentale an der Erfahrung Dadschais im ganzen Kreis zu verbreiten.***"

Die Konferenz legte nach ausführlicher Diskussion und Studium der Erfahrungen von Dadschai sowie der Erfahrung der gesamten Massenbewegung folgende Kriterien für einen Kreis vom Typ Dadschai fest: 1. Es muß im Kreisparteikomitee einen führenden Kern geben, der entschieden an der Linie und Politik der Partei festhält und im Kampf vereint ist; 2. im Kreis müssen die armen Bauern und unteren Mittelbauern als Klasse das Heft sicher in der Hand haben, so daß sie einen entschlossenen Kampf gegen die kapitalistischen Aktivitäten führen und die Klassenfeinde wirksam überwachen und umerziehen können; 3. die Kader der Kreis-, Kommune- und Brigadeebene müssen regelmäßig an der kollektiven Produktionsarbeit teilnehmen, wie es die Kader von Hsiyang tun; 4. beim wirtschaftlichen Investbau, bei der Mechanisierung der Landwirtschaft und bei der wissenschaftlichen Bodenbestellung müssen schnelle Fortschritte und wesentliche Resultate erzielt worden sein; 5. die Kollektivwirtschaft muß beständig ausgeweitet worden sein, Produktion und Einkommen der armen Kommunen und Brigaden dort müssen das gegenwärtige Durchschnittsniveau der Kommunen und Brigaden der Gegend erreicht oder übertroffen haben; 6. eine allseitige Entwicklung in Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Viehzucht, Nebengewerben und Fischerei muß zu verzeichnen sein, mit beachtlichen Produktionssteigerungen, großen Beiträgen für den Staat und beständiger Verbesserung des Lebensstandards der Kommunemitglieder.

Der entscheidende Schlüssel bei der Durchführung des Aufbaus eines Kreises vom Typ Dadschai, stellte die Konferenz fest, ist das Kreisparteikomitee, das zum einen das leitende und zum anderen das ausführende Organ ist. Die Produktionsbrigade Dadschai selbst ist ein leuchtendes Beispiel dafür, daß ein wirklich starkes und vorangehendes Kreisparteikomitee in der Lage ist, für die Kommunen und Brigaden in Übereinstimmung mit der Linie der Partei das Tempo anzugeben. Um die Millionen erfassende Kampagne ,,Lernen in der Landwirtschaft von Dadschai" voranzubringen, überall im Lande den Aufbau von Kreisen des Typs Dadschais zu verwirklichen, ist es die wichtigste Aufgabe der Parteikomitees aller Ebenen, eine tiefgehende Erziehung im Sinne der grundlegenden Linie der Partei durchzuführen. Denn das ist die grundlegende Garantie für den Erfolg der Massenbewegung. In seinem Bericht auf der Landeskonferenz wies Genosse Hua Guo-feng darauf hin, welch ernstes Problem die Erziehung der Bauernschaft ist: ,,*Die Bauern sind gewillt, unter der Führung der Kommunistischen Partei den sozialistischen Weg zu gehen. Wir müssen uns unbeirrbar auf die armen Bauern und unteren Mittelbauern stützen, uns mit den Mittelbauern zusammenschließen und gegen den Kapitalismus kämpfen. Mit dem Wachstum der Volkskommune und mit der Verbesserung ihres Lebens hat die überwältigende Mehrheit der Bauern noch klarer erkannt, daß nur der Sozialismus China retten kann, und ihr Enthusiasmus für den Sozialismus ist noch größer geworden. Gleichzeitig müssen wir begreifen, daß es in der sozialistischen Gesellschaft noch Klassen und Klassenkämpfe gibt und daß die drei großen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitern und Bauern und zwischen Kopf- und Handarbeit nach wie vor bestehen. ,**Unser Land praktiziert gegenwärtig unter anderem ein Warensystem, auch das Lohnsystem ist ungleich, wie das achtstufige Lohnsystem. Unter der Diktatur des Proletariats können diese nur eingeschränkt werden.**' Deshalb werden unvermeidlich stets aufs neue bürgerliche Elemente entstehen, dies gilt sowohl für die Städte als auch für die ländlichen Gebiete. Der traditionelle Einfluß der Kleinproduktion hat sich noch unter den Bauern erhalten, und ein Teil der wohlhabenden Mittelbauern hat immer noch eine ziemlich starke spontane Tendenz zum Kapitalismus. ,**Die Bauernmassen mit der sozialistischen Ideologie zu durchdringen und die Tendenzen zum Kapitalismus zu kritisieren**', dies ist eine langwierige Aufgabe, bei deren Erfüllung wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen.*"

China in einen aufblühenden Garten verwandeln

Die notwendigen Bedingungen für den Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai im ganzen Land sind bereits im landesweiten Maßstab vorhanden, wurde auf der Konferenz festgestellt. Seit 1970 wurden die Erfahrungen vom Kreis Hsiyang, der sich innerhalb von drei Jahren zu einem Kreis vom Typ Dadschai entwickelte, verbreitet, und die Bewegung zum Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft hat immer mehr an Stoßkraft gewonnen. Kommunen und Brigaden von der Art Dadschais sind in großer Zahl hervorgetreten, mehr als 300 Kreise haben sich in verschiedenen Landesteilen als fortschrittliche Einheiten beim Lernen von Dadschai ausgezeichnet, und eine revolutionäre, die Volksmassen mitreißende Strömung des Lernens von Dadschai hat in vielen Gebieten und in einer Reihe von Provinzen Gestalt angenommen. Große Erfolge sind bereits erzielt worden im Kampf der Kader und der breiten Volksmassen gegen die kapitalistischen Kräfte und ein gewaltiger Aufschwung der sozialistischen Kräfte hat stattgefunden. In großem Stil ist landwirtschaftlicher Investbau durchgeführt worden, wobei in den vergangenen vier Jahren in jeder Winter-Frühjahrsperiode jeweils etwa 100 Millionen Menschen daran teilnahmen und jedes Jahr durchschnittlich weitere 1,6 Mio. Hektar Land neu bewässert wurden. Die Mechanisierungsrate der Landwirtschaft hat sich Schritt für Schritt erhöht. Die Menge der in den letzten vier Jahren gelieferten, für Be- und Entwässerungsanlagen benötigten Anlagen, von Kunstdünger und Traktoren, übertraf die gesamten Lieferungen in den vorausgegangenen Jahren, und eine Reihe von Produktionsbrigaden, Kommunen und Kreisen hat einen verhältnismäßig hohen Mechanisierungsgrad erreicht — gemäß der Lehre des Vorsitzenden Mao Tsetung: ,,***Der grundlegende Ausweg für die Landwirtschaft ist die Mechanisierung.***" Die großen Erfolge der Landwirtschaft Chinas in diesem Jahr, die erneute Rekordernte ist bereits Ergebnis dieser machtvollen Bewegung. Ihre Weiterentwicklung, ihr Voranschreiten hat für den Aufbau des Sozialismus und die Festigung der Diktatur des Proletariats in China grundlegende Bedeutung. In seinem Bericht auf der Landeskonferenz sagte Genosse Guo-feng: ,,*Sie ist eine weitre große revolutionäre Bewegung in den ländlichen Gebieten, von ähnlicher Bedeutung wie die Bodenreform, die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft und die Bildung der Volkskommunen.*"

,,***Nach fünf Jahren harten Kampfes, das heißt bis 1980, sollten mindestens ein Drittel aller Kreise im Land Kreise vom Typ Dadschai geworden, und in den anderen Kreisen sollten weitere Brigaden und Kommunen dieses Typs entstanden sein. Jetzt gibt es im ganzen Land über 300 fortgeschrittene Kreise, die sich im Lernen von Dadschai ausgezeichnet haben. Während diese ihre Erfolge weiter konsolidieren und beständig Fortschritte machen müssen, sollten in den nächsten fünf Jahren durchschnittlich mindestens 100 neue Kreise vom Typ Dadschai pro Jahr im ganzen Land hervortreten.***" Ebenso soll bis zum Jahr 1980 die Mechanisierung der Landwirtschaft im großen und ganzen erreicht werden. ,,***Der Aufbau von Kreisen vom Typ Dadschai im ganzen Land***", schloß Genosse Huan Guo--feng seinen zusammenfassenden Bericht auf der Landeskonferenz, ,,*ist eine große und schwierige Kampfaufgabe. Auf unserem Weg vorwärts werden wir unvermeidlich viele Schwierigkeiten zu überwinden haben. Doch werden wir, das ist gewiß, mit allen Hindernissen fertig werden und unser Ziel erreichen, wenn wir die vom Vorsitzenden Mao ausgearbeitete Linie und Politik, die von ihm formulierten Richtlinien und Arbeitsmethoden getreu anwenden, auf die Massen vertrauen und uns auf sie stützen. Wir, die Kommunisten, revolutionären Arbeiter und Angestellten, armen Bauern und unteren Mittelbauern und jungen Menschen mit Schulbildung, die auf das flache Land und in die Berggebiete gegangen sind, haben den Willen und die Fähigkeit, ,,in hartem Kampf mit der eigenen Hände Arbeit unsere Welt umzugestalten, unsere bis jetzt noch sehr rückständigen ländlichen Gebiete, in einen aufblühenden und gedeihenden Garten zu verwandeln*"..."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

KP Ecuadors/ML kämpft für die Einheit der Arbeiter

Wie die Zeitung „En Marche", Organ des Zentralkomitees der marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei Ecuadors, berichtet, ist in letzter Zeit in Ecuador festzustellen, daß der Klassenkampf der werktätigen Massen gegen die arbeiterfeindliche Politik der Oligarchie anwächst. „*In unserem Land*", so schreibt die Zeitung, „*rücken große Schlachten zwischen der Arbeiterklasse und der Ausbeuterbourgeoisie heran.*

Diese Tendenz zeigt sich klar in der gegenwärtigen Arbeiterbewegung Ecuadors. In den Jahren 1974 und '75 ist die Klassenbewegung vorangekommen. Die Unzufriedenheit über die ständige Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die niedrigen Löhne und weitere Formen der Ausbeutung und Unterdrückung haben dazu geführt, daß breite Abteilungen der werktätigen Massen sich organisieren und kämpfen. In dieser Periode ist die Zahl der Sreiks vor allem in den Städten Quito und Guayaquil angestiegen. Die Werktätigen haben die Weisungen und die Versuche der Gewerkschaftsführer, den Klassenkampf zu sabotieren, zurückgewiesen. Es wurden verschiedene Kampfformen entwickelt, wie die Solidaritätsstreiks in Picinca, die Kurzstreiks, das Ablehnen, Überstunden zu machen, in Guayaquil usw."

Unter diesen Bedingungen kämpft die marxistisch-leninistische Kommunistische Partei Ecuadors dafür, die Einheit und Solidarität unter den Streikenden zu vergrößern, um dem Kampf der Massen gegen das Kapital einen neuen Aufschwung zu geben. Koordinationsversammlungen der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen wurden in Guayaquil abgehalten, hebt die Partei hervor. Die Basis der Gewerkschaftsorganisationen schreitet allgemeinen Kämpfen entgegen, wie der Beschluß beweist, in Picinca und Esmeraldas regionale Streiks durchzuführen, die von 13 örtlichen Regionalorganisationen mit Zentrum in Guayaquil beschlossene Forderung, einen nationalen Streik durchzuführen. Die marxistisch-leninistische KP Ecuadors verweist auf die große Besorgnis der Unternehmer über die Kampfoffensive der Arbeiter. Sie entlarvt und widersetzt sich deren Maßnahmen, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen und die Arbeiter zu spalten. „*Die Regierung*", betont „En Marcha", „*dient in dieser Beziehung den Kapitalisten und der großen Handelsbourgeoisie. Sie hat einige Täuschungsmanöver unternommen, wie den Ausgleich von 250 Sucre (Währungseinheit — RM), eine lächerliche Zulage von 8% zu den Löhnen einiger Arbeiterkategorien. Doch die Arbeiter haben diese demagogischen Maßnahmen abgelehnt.*

Angesichts der zunehmenden Streikbewegung bereitet die Regierung das ‚Arbeitsgesetz' vor, das vorsieht, das Streikrecht anzugreifen und im allgemeinen alle Kämpfe der Gewerkschaftsbewegung für illegal zu erklären." Wie die Zeitung betont, ist aber nichts imstande, den Schwung der Arbeiterklasse aufzuhalten. Unabhängig davon, daß das Unternehmertum versucht, die arbeiterfeindlichen Unterdrückungsmaßnahmen zu legalisieren, kann nichts den zunehmenden Kampf der werktätigen Massen bremsen und niederhalten. Im Gegenteil: Diese Handlungen werden nur dazu führen, daß sich die Klassenschlachten des Proletariats weiter verstärken.

In dieser politischen Situation hat sich die marxistisch-leninistische KP Ecuadors die Aufgabe gestellt zu kämpfen und die Einheit der Volksmassen im Kampf zu verstärken, damit die Arbeiterklasse allen Manövern und Angriffen ihrer Feinde ihre entschlossene Aktion entgegenstellt, um so der einheimischen Bourgeoisie immer machtvollere Schläge zu versetzen. „*Wir müssen von örtlichen Kämpfen zu allgemeinen Aktionen übergehen*", betont die Partei, „*die Auseinandersetzungen um ökonomische Forderungen mit politischen Forderungen verbinden, den Kampf um höhere Löhne mit dem Kampf gegen die arbeiterfeindliche Politik der Oligarchie verbinden. Die Marxisten-Leninisten müssen sich an die Spitze dieses Zusammenschlusses der Massen stellen, sich an allen politischen Initiativen beteiligen, mutig und in jedem Fall an allen Klassenaktionen teilnehmen, um die Massenorganisationen aufzubauen, damit dem Klassenkampf der Volksmassen Ecuadors gegen die volksfeindliche Politik der Oligarchie und ihrer Lakaien ein neuer Aufschwung verliehen wird.*"

Zur Information

Die Kommunistische Partei Ekuadors/ML wurde am 1. August 1964 gegründet.

Die Kommunistische Partei Ecuadors/ML wurde im Kampf gegen den Verrat der modernen Revisionisten geschaffen, die die alte Kommunistische Partei Ecuadors auf den Weg der vollständigen Entartung führten und sie zu einer Abteilung der Bourgeoisie und der Konterrevolution machten. Vor allem leugneten die modernen Revisionisten, daß die Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution in Ecuador — die Übernahme der Macht durch das Volk, die Verjagung der amerikanischen Imperialisten sowie aller anderen fremden Eindringlinge aus dem Land, die Befreiung der meistens indianischen Bauern aus der feudalen Abhängigkeit der Großgrundbesitzer, der Sturz der proimperialistischen Oligarchie usw. — nur durch die gewaltsame Revolution, den Volkskrieg, gelöst werden können. Sie wollen das Volk auf den Weg des friedlichen Überganges und damit in die Niederlage führen.

Die KPE/ML kämpft für die Schaffung einer antiimperialistischen, antifeudalen revolutionären Front. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, sich an allen Klassenaktionen zu beteiligen und sich an die Spitze des Zusammenschlusses der Massen, vor allem der Arbeiterklasse, die sich immer häufiger zum Kampf erhebt, zu stellen.

Neue Erfolge des Kampfes der Partisanen von Araguaia

Die Flammen des Volkskrieges für die nationale und soziale Befreiung haben sich auch in Brasilien ausgeweitet. Die Partisanenkräfte operieren im Süden des Staates Pará, in einem Gebiet, das 1000 km lang und 600 km breit ist. Trotz der Übermacht der Waffen und der heimtückischen Intrigen der faschistischen Diktatur der Generäle, sind der Mut und die Tapferkeit der Partisanenkräfte Araguaias ungebrochen. Sie haben erfolgreich den feindlichen Operationen standgehalten, die Angriffe zurückgeschlagen und sind daraus gestärkt hervorgegangen.

Bei den Kämpfen in den tropischen Dschungeln des Amazonas erlitten die zwei von der Diktatur aufgebotenen Expeditionen, bestehend aus Zehntausenden Soldaten und mit modernsten Waffen ausgerüstet, schwere Verluste. Die Partisanenkräfte sind aus dem Feuer dieses Kampfes noch stärker hervorgegangen. Der Befreiungskampf gegen die dritte Expedition der Diktatur dauert erfolgreich an, wird organisierter und heftiger. Die Partisanen von Araguaia, die neue Methoden des Volkskrieges anwenden und von der Bevölkerung unterstützt werden, umgehen die Einkreisungen durch die Regierungstruppen und fügen ihnen empfindliche Verluste zu.

Zu diesen Erfolgen erklärte der Kommandant der Partisanenkräfte vor einiger Zeit: „*In diesen drei Jahren ist es uns gelungen, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen und im Gebiet voranzukommen.*"

Der Widerstand des brasilianischen Volkes, der erfolgreich im Süden des Staates Pará andauert, zeigt, daß das brasilianische Volk als den einzigen Weg für seine Befreiung den bewaffneten Kampf gewählt hat. **Es erkennt aus den Tatsachen selbst, daß es weder die modernen Waffen noch die Zahl der Söldnersoldaten sind, die den Ausgang des Kampfes entscheiden, sondern das politische Bewußtsein der Volksmassen, ihre Entschlossenheit und ihr Mut, bis zur vollständigen Zerschlagung des faschistischen Regimes zu kämpfen.**

Das Ziel, für das die brasilianischen Partisanen kämpfen, ist gerecht. Sie haben sich gegen die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung, die auf der einheimischen Bevölkerung lastet, sowie gegen die versklavende Politik des Yankee-Imperialismus erhoben. Die Bestrebungen, für die die Partisanen kämpfen, ihr Blut vergießen und ihr Leben opfern, haben auch in einem Kommunique Widerhall gefunden. Darin heißt es: „*Wir kämpfen für die Freiheit und die Rechte des Volkes, gegen die Tyrannei und Ausbeutung unseres Vaterlandes. Wir wollen, daß Brasilien frei und unabhängig wird, daß seine nationalen Reichtümer dem Wohl seiner Söhne und Töchter und nicht dem der ausländischen Monopole dienen.*"

Gerade weil sie für ein so hohes Ziel kämpfen, finden sie im Volk eine ständig größere Unterstützung. Über die grausame Ausbeutung empört und aufgebracht, haben sich ganze Massen mit den Partisanen vereint und verstärken so derenReihen.

Augenblicklich sind die Operationen der Partisanen auf die Dörfer konzentriert, um die Bevölkerung im Kampf zu aktivieren und um den Abzug der feindlichen Truppen zu verhindern. Sie sind darauf konzentriert, die Polizeikräfte zu zerschlagen, Waffen und Munition zu erobern und sie sich zu beschaffen sowie auch darauf, unbedingt die Pläne der Diktatur, die Bauernschaft des Amazonas von ihrem Boden zu vertreiben, zu sabotieren.

Der erfolgreiche Kampf im Süden des Staates Pará entlarvt offen, wie falsch die Erklärungen der faschistischen Generäle sind, die behaupten, die Partisanenkräfte völlig eingedämmt und liquidiert zu haben. Durch diese Erklärungen wollen sie wenigstens etwas das hoffnungspendende Licht der Freiheit, das sich über das ganze Land verbreitet, verfinstern. Trotz ihrer Anstrengungen werden sie jedoch nicht verhindern können, daß der Befreiungskampf des brasilianischen Volkes anwächst. Im Gegenteil! **In dessen Feuer entsteht und erstarkt eine ganze Generation von Kämpfern, die sich stählt und lernt, erfolgreich standzuhalten und über die faschistische Militärdiktatur zu siegen.**

(Eine Sendung von Radio Tirana)

Palästina: Ibrahim Al-Badawi — ein Held der Revolution

Die palästinensischen Patrioten verstärken ihren Kampf gegen die israelischen Zionisten immer mehr. Vor allem in den von den Zionisten besetzten Gebieten entwickeln sich die Kämpfe der Volksmassen gegen die verhaßten Besatzer in immer größerem Umfang.

Aus diesem Grund faßten die israelischen Zionisten vor kurzem den Plan, im Gazastreifen und auf dem Westufer des Jordan „lokale Selbstverwaltungen" einzurichten, die in Wirklichkeit Marionetten der Tel Aviver Regierung sind und der Verewigung der israelischen Herrschaft in diesem Gebiet dienen sollen. Aber gegen diesen teuflischen Plan hat sich die Bevölkerung in den Städten und Dörfern des Gazastreifens und auf dem Westufer des Jordan zu machtvollen Protestaktionen erhoben. Es wurden Streiks und Massendemonstrationen durchgeführt, an denen sich Tausende beteiligten. **In Ramallah und Nablus trugen die Demonstranten Transparente, auf denen sie bekräftigten, daß die PLO die einzig legitime Sprecherin des palästinensischen Volkes und die Vertreterin seiner nationalen Hoffnungen ist.** Trotz des Einsatzes der Armee und der Polizei gelang es den israelischen Behörden nicht, die Protestaktionen zu unterdrücken. Im Gegenteil, sie weiteten sich sogar noch auf andere Gebiete aus.

Gleichzeitig verstärkten auch die palästinensischen Patrioten ihre bewaffneten Aktionen gegen den verhaßten Feind. Und obwohl die israelischen Zionisten die Hilfe und die Unterdrückung vor allem der beiden Supermächte — die USA-Imperialisten liefern ihnen Waffen und Dollars und die russischen Sozialimperialisten die Menschen, um die Waffen zu bedienen — erhalten, um die palästinensische Revolution zu unterdrücken, können sie die Flammen des revolutionären Befreiungskrieges nicht löschen. Nicht die israelischen Zionisten, die mit den modernen Waffen ausgerüstet sind, sondern das palästinensische Volk, das für eine gerechte Sache kämpft, wird letzten Endes den Sieg davontragen. Die Gewähr dafür sind die Menschen, die zum Gewehr greifen, um ihr Vaterland zu befreien, die keine Opfer scheuen und von hohem revolutionären Geist erfüllt sind. Eine Armee, die aus solchen Kämpfern besteht, ist unbesiegbar.

Um noch größere Erfolge im Kampf zu erringen, hat das Oberkommando der „Al-Assifa"-Kommandos vor kurzem alle Befreiungskämpfer aufgerufen, sich im Geist Khalil Ibrahim Al-Badawis, der am 2. Juni den Heldentod starb, zu stählen, seinen Heldenmut und unbeugsamen Kampfeswillen als Vorbild zu nehmen und die Revolution bis zum Sieg und zur Befreiung weiterzuführen.

Wer war Ibrahim Al-Badawi?

1946 im Gazastreifen geboren, war er seit seiner Kindheit Zeuge des elenden Lebens der Palästinenser, die von den israelischen Zionisten aus ihrem Vaterland vertrieben worden waren. Sein Herz wurde von tiefem Haß auf den Feind erfüllt. 1967 besetzten die israelischen Zionisten seine Heimatstadt Gaza. Ibrahim Al-Badawi schloß sich sofort den Partisanen an, um für die Vertreibung der Besatzer und für die Befreiung seiner Heimat zu kämpfen. Die Kommandoeinheit, in der er kämpfte, führte in den vom Feind besetzten Gebieten mit der Hilfe und unter dem Schutz der Bevölkerung zahlreiche Kampfaktionen durch. Ibrahim Al-Badawi selbst beteiligte sich an über 50 Schlachten.

Am 2. Juni erhielt er den Befehl, eine israelische Patrouille in einem Stadtteil von Gaza anzugreifen. Schon früh morgens legte er den Feinden einen Hinterhalt. Es dauerte nicht lange und ein Trupp feindlicher Soldaten erschien. Er beobachtete sie und als sie nahe genug herangekommen waren, schleuderte er eine Handgranate mitten unter die feindlichen Soldaten, von denen viele getötet wurden. Ein heillose Verwirrung brach aus. In diesem Moment stürzte sich Ibrahim Al Badawi mitten unter die Feinde. Innerhalb von drei Minuten tötete er fünf von ihnen und erbeutete eine Reihe von Waffen.

Aber während des Rückzuges wurde ihm von einer zur Verstärkung herbeigeeilten Einheit des Feindes der Weg verlegt. Sie umzingelten ihn und forderten ihn auf, sich zu ergeben. Aber von Haß erfüllt stellte sich Ibrahim Al-Badawi dem Feind zum Kampf. Obwohl seine Munition zu Ende ging, obwohl er zeitweilig nur mit einer Hand kämpfen konnte, feuerte er Schuß um Schuß auf die Feinde ab und tötete und verwundete viele von ihnen, bevor er selbst sein Leben für die Befreiung der besetzten arabischen und palästinensischen Gebiete opferte.

Ibrahim Al-Badaw starb, aber sein revolutionärer Heldenmut beflügelt heute die palästinensischen Kommandos, die auf dem Weg des revolutionären Befreiungskampfes vorwärtsstürmen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)

RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE	
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)	43,3m entspricht 6,92 MHz (KW) 42,7n entspricht 7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

Merex-Prozeß: Parlamentarier als Waffenhändler entlarvt

Am Mittwoch letzter Woche ging der Geheimprozeß gegen die Bonner Waffenhandelsfirma Merex zu Ende. Merex-Chef Mertens und drei seiner Mitarbeiter waren angeklagt wegen Verstößen gegen das Außenhandels- und Wirtschaftsgesetz sowie gegen die Abgabenordnung wegen illegaler Waffengeschäfte. Mertens und seine Mitarbeiter wurden freigesprochen, weil sie nicht verantwortlich für das Zustandekommen dieser Geschäfte waren. Aufgedeckt wurde durch diesen Prozeß, daß diese illegalen Geschäfte von höchsten Regierungsvertretern der Erhard-Regierung, BND-Bediensteten veranlaßt und gesteuert wurden.

Bei den Waffenhandelsgeschäften handelt es sich um Waffenlieferungen von ausgesonderten Bundeswehrbeständen in den Jahren 1965 bis 1967 in sogenannte Spannungsgebiete wie Indien, Pakistan und Saudiarabien. Geschütze, Raketen, Maschinengewehre, und Munition wurden nach Saudiarabien geliefert. 28 ,,Seehawk''-Flugzeuge, Turbinen und Bordkanonen nach Indien und 89 ,,Sabre''-Flugzeuge und Munition nach Pakistan. Alles zusammen im Wert von rund 95 Millionen DM. Ein einträgliches Geschäft. Diese illegalen Waffengeschäfte verstoßen gegen die gesetzliche Bestimmung, nach der Waffenlieferungen in Spannungsgebiete verboten sind.

Fast 10 Jahre stritten die ehrenwerten Parlamentarier, ehemaligen Minister, Kanzler und Staatssekretäre diese Geschäfte ab. Carstens von der CDU, damaliger Staatssekretär im Bundeskanzleramt, hat sogar einen SPD-Abgeordneten verklagt, weil er während der Nollau-Affäre behauptet hatte, daß Carstens von diesen Geschäften gewußt habe.

Es hieß, es seien lediglich 89 ,,Sabre''-Flugzeuge in den Iran geliefert worden, wie Gumbel, ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, sagte. Doch aufgedeckt wurde jetzt, daß das lediglich eine Tarnung war, denn die Flugzeuge sind von Teheran weiter nach Pakistan geflogen worden. Auch die illegalen Geschäfte mit Saudiarabien und Indien waren getarnt als Lieferungen nach Italien und England.

Diese Geschäfte, so wurde jetzt nach 10 Jahren aufgedeckt, wurden auf Veranlassung des Bundesnachrichtendienstes und höchster Regierungsstellen der Erhard- und Kiesinger-Regierung durchgeführt und gesteuert, während Merex den Transport besorgte. Selbst Lübke, ehemaliger Bundespräsident, war in diese Waffengeschäfte verwickelt und hatte selbst Verhandlungen mit anderen Staatsoberhäuptern geführt. Die SPD, die damals in der Opposition war, wollte von alledem nichts gewußt haben und benutzte diese Vorfälle, um ihre ,,weiße Weste'' herauszustreichen. Doch Mertens deckte in dem Prozeß auf, daß auch die SPD von diesen illegalen Geschäften gewußt hatte und sicher auch in sie verwickelt war. Die guten Beziehungen von Wehner zu den Geheimdiensten der westdeutschen Imperialisten sind ja bekannt.

Mit diesen illegalen Waffengeschäften haben diese Vertreter der westdeutschen Imperialisten gezielt Konflikte zwischen anderen Ländern ausgenutzt und sie mit ihren Waffenlieferungen mitangeheizt, um daraus ihr Kapital zu schlagen. Diese Herrschaften, die nur so vor Aufrichtigkeit, Ehrenhaftigkeit und Wohlwollen strotzen, wenn man sie reden hört, das sind die eigentlichen Verbrecher.

Dieser erneute Skandal, neben all den anderen Skandalen der letzten Jahre zeigt, wie verrottet und verfault diese bürgerliche Demokratie mit ihren sogenannten Volksvertretern ist. Mit diesen Geschäften haben sie sich sogar noch Steuervorteile verschafft in einer Höhe von ca. 1,3 Millionen DM, die sie uns aus der Tasche gezogen haben.

Indem wir diese Herren in der proletarischen Revolution verjagen, ihren Ausbeuterstaat zerschlagen und die Diktatur des Proleariats aufbauen, können wir diesen Verbrechern endgültig das Handwerk legen.

Majdanek-Prozeß in Düsseldorf: So schützt der Staat die Massenmörder

Im Düsseldorfer Landgericht begann ein Prozeß gegen einige KZ-Mörder von Majdanek. In der bürgerlichen Presse, wie beispielsweise in der ,,Süddeutschen Zeitung vom 26. 11.,heißt es dazu: ,,Nach den großen KZ-Prozessen der Vergangenheit, bei denen es um die Greuel in Auschwitz und Treblinka ging, werden jetzt in Düsseldorf jedenfalls noch einmal sehr gründlich nationalsozialistische Massenverbrechen aufgerollt.'' In Wirklichkeit zeigt gerade das Beispiel Majdanek, wie die westdeutsche Justiz alle Mittel ausgeschöpft hat, um die Nazi-Verbrecher zu schützen und das Ausmaß der Massenmorde herunterzuspielen.

So wird im Düsseldorfer Landgericht von 250000 Mordopfern ausgegangen, obwohl bekannt ist, daß mindestens 1 Million Menschen dort bestialisch ermordet wurden. Das Gericht begründet das damit, daß nach so langer Zeit nicht mehr genügend Zeugen und anderes Beweismaterial zur Verfügung stünden, um das ganze Ausmaß der Verbrechen zu erfassen.

Aber woran liegt es, daß dieser Prozeß erst jetzt — 30 Jahre nach Kriegsende — stattfindet? Liegt es nicht auf der Hand, daß dieser Prozeß nicht nur jahre- sondern jahrzehntelang von der Justiz verschleppt wurde, gerade weil es noch zu viele Zeugen und zu viele greifbare Beschuldigte gab? Erst Ende der 60er Jahre wurden 1300 Beschuldigte namentlich bekanntgegeben. Rund 20 Jahre hatte die Justiz dazu gebraucht. Von diesen 1300 Beschuldigten waren dann auch 950 mittlerweile gestorben oder galten als unauffindbar. Aber auch gegen die verbleibenden 350 wurde keineswegs Anklage erhoben. 1971 gab es plötzlich nur noch 29 konkret Verdächtige. Anklage aber wurde immer noch nicht erhoben. Erst einmal wurden — 26 Jahre nach Kriegsende — gerichtliche Voruntersuchungen (!) eröffnet. Jetzt sitzen noch ganze 16 Massenmörder auf der Anklagebank. Gegen einen wurde das Verfahren bereits wegen ,,Verhandlungsunfähigkeit'' eingestellt, bei einem weiteren ist das bereits abzusehen. Bis auf einen befinden sich diese Massenmörder alle auf freiem Fuß. Und sie werden auch mindestens noch weitere 2 1/2 Jahre in Freiheit bleiben. So lange soll der Prozeß nämlich dauern. Bis dahin wird sich die Zahl der Angeklagten noch weiter verringert haben. **Gibt es klarere Beweise dafür, daß alles getan wurde und wird, um diese Verbrecher vor einer Verurteilung zu schützen?**

Ein bezeichnendes Licht auf diesen Prozeß wirft das Vorgehen der Verteidigung. Da werden Zeugen als befangen oder voreingenommen hingestellt, weil sie Polen oder Juden sind. Da wird beantragt, den Westberliner Historiker Scheffler als Sachverständigen abzulehnen, weil er auch bei jüdischen Professoren studiert habe. Die gleichen Argumente wie einst vor den NS-Gerichtshöfen.

So also sieht das ,,Aufrollen'' der Verbrechen des Hitlerfaschismus durch die kapitalistische Klassenjustiz aus. Kein Wunder: das Finanzkapital, der Drahtzieher des Hitlerfaschismus, hält die Macht nach wie vor in der Hand. Größen des Hitlerregimes wie Speer dürfen heute wieder mit sentimentalen und verlogenen Erinnerungen an das Mord-Regime Millionen scheffeln. Erneut treibt die Kapitalistenklasse die Faschisierung ihres Staatsapparates voran, wird die Errichtung einer faschistischen Diktatur über die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ins Auge gefaßt. Mit dem Faschismus und seinen Hintermännern wird erst in der sozialistischen Revolution wirklich abgerechnet werden.

Erneuter Polizeimord in München: Jugendlicher von hinten erschossen

Von hinten, auf der Flucht, wurde letzten Samstag der 21jährige Autofahrer Christian Tatzko von der Polizei abgeknallt. Christian Tatzko und 4 weitere Männer waren mit einem gestohlenen Auto in München gegen eine Straßenlaterne gefahren. Anwohner alarmierten die Polizei. Die 5 jungen Männer flüchteten. Mit Polizeihunden und mehreren Einsatzwagen gelang es der Polizei, die jungen Männer festzunehmen bis auf Christian Tatzko und Armin E., die die Flucht ergriffen.

Polizeimeister Martin Tolksdorf nahm die Verfolgung auf, er zog seine Waffe und knallte Christian Tatzko von hinten nieder. Das ist jetzt bereits der 6. Mordanschlag der Polizei in den letzten Wochen.

Natürlich heißt es wieder, der Polizist habe in ,,vermeintlicher Notwehr'' gehandelt, wie es auch im Fall Gerhard Send geheißen hat und in zig anderen Fällen. Natürlich soll alles genauestens ,,untersucht'' werden. Aber schon jetzt zeigt sich, daß sich die Polizei wieder ein Lügengebäude zurechtzimmert, um diesen Mord zu rechtfertigen. Der Polizist Tolksdorf behauptet: ,,Der Fliehende wandte sich in einer Entfernung von acht Metern um und fingerte mit der linken Hand an seiner Jacke herum. Ich glaubte, er wolle eine Pistole ziehen.'' Doch daß sich Christian Tatzko umgedreht haben soll, steht in Widerspruch zum Obduktionsergebnis, das eindeutig feststellt, daß die Kugel Christian Tatzkos Körper von hinten durchschlug. Eine Pistole hat er auch nicht bei sich gehabt.

Tolksdorf behauptete auch, er habe einen Warnschuß abgegeben und dann gezielt geschossen. Doch das steht in Widerspruch zur Aussage des Zeugen Armin E., der ausgesagt hat, daß Tolksdorf lediglich ,,stehen bleiben'' rief und beide Schüsse sofort gezielt abgab.

Dem Mörder von Christian Tatzko wird nichts passieren, wie es bereits Hunderte Fälle von Morden der Polizei bewiesen haben und erst jüngst ist auch das Verfahren gegen die Polizisten, die Gerhard Send niedergeschossen hatten, eingestellt worden, obwohl Zeugen genau die Aussagen der Polizisten widerlegt hatten.

Dieser Polizeiterror ist eben auch kein Einzelausrutscher eines Polizisten, sondern das ist die Praxis der Polizei, wie sie heute gegen die Bevölkerung vorgehen. Allein in den letzten Wochen sind 6 Mordanschläge von der Polizei verübt worden.

Im September wurde Gerhard Send in Bochum niedergeschossen, weil er eine helle Jacke trug und angeblich auch eine verdächtige Bewegung gemacht hatte, gleichzeitig wurde eine Studentin niedergeschossen. Ende Oktober wurde ein Autofahrer in Bochum auf offener Straße niedergeschossen. Am 6. 11. schossen Zivilpolizisten in Köln einen Mann in einem Pfandleihhaus nieder, das ganze Wohnviertel wurde von mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten abgeriegelt und vor ca. 2 Wochen wurde ein Räuber, der sich in einem Kleiderschrank versteckte, in Köln mit 19 Schüssen aus einer Maschinenpistole niedergemäht. Wie Freiwild werden die Menschen in unserem Land von der Polizei abgeknallt. ,,Die Polizei, dein Freund und Helfer'', das ist eine üble Demagogie der Bourgeoisie. Die Polizei, das ist ein Gewaltinstrument des kapitalistischen Staates gegen die Bevölkerung. Nieder mit dem Polizeiterror!

GESCHENKABONNEMENT

Lieber Leser des ROTEN MORGEN, wenn Sie jetzt überlegen, was Sie Ihren Verwandten, Freunden und Bekannten zu Weihnachten schenken könnten, vergessen Sie den ROTEN MORGEN nicht! Wenn Sie diesen Bestellschein ausfüllen und 30 DM überweisen, erhalten Sie einen Gutschein für ein Abonnement des Jahrgangs 1976.

An Verlag G. Schubert
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Vom 1. 1. 76 bis zum 31. 12. 76 soll der ROTE MORGEN an folgende Adresse geschickt werden:

ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Name ....

Straße ....

Postleitzahl/Ort ....

Die Überweisung erfolgt durch:

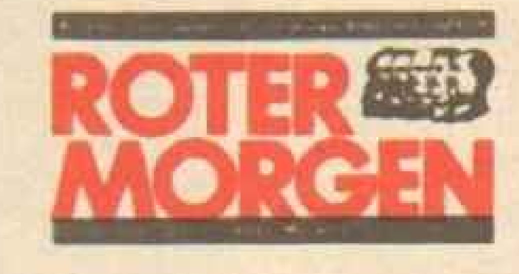
Name ....

Postleitzahl/Ort ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,--DM. Dieser Betrag ist im voraus auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 — 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 — 393 zu überweisen.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26



hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr......

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname....................

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift....................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,- DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 - 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 - 393 zu überweisen.

49/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen ,,Roter Morgen'', Stresemannstr. 110, Tel. 040/ 43 99 137, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel. 0511/ 44 51 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel. 0621 / 37 63 44, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen ,,Roter Morgen'', Haußmannstr. 107, Tel. 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen ,,Roter Morgen'', Thalkirchner Str. 19, Tel. 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen ,,Roter Morgen'', Schererstr. 10, Tel. 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen ,,Roter Morgen'', Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel. 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Kiel, ,,Thälmann-Buchladen'', Reeperbahn 13, Tel. 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen ,,Roter Morgen'', Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Tel. 0251 / 6 52 05, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Demonstrationen und Veranstaltungen gegen das 13. Strafrechtsänderungsgesetz

Demonstrationen

HAMBURG
13. 12., 11 Uhr, Hansaplatz (Nähe Hauptbahnhof).

DORTMUND
13. 12., 11.30 Uhr, Nordmarkt.

STUTTGART
13. 12., 11 Uhr, Bihl-Platz (Stuttgart-Heslach).

WESTBERLIN
13. 12., 14 Uhr, Karl-Marx-Platz.

Veranstaltungen

HAMBURG
13. 12., 16 Uhr, ,,Stübens Gesellschaftsräume'', Hamburg-Wilhelmsburg, Am Vogelhüttendeich.

HANNOVER
11. 12., 20 Uhr, Ernst-Winter-Heim, Am Lindener Berg 39.

WESTBERLIN
13. 12., 18 Uhr, ,,Neue Welt'', Hasenheide.

Die Demonstrationstermine und Orte der Veranstaltungen der anderen Landesverbände können in den örtlichen Parteibüros erfragt werden. In *Bremen* findet am 6. 12. um 11 Uhr eine Demonstration zu Spanien statt.